



Noch nicht genehmigt

Protokoll 11

Stadtratssitzung

Donnerstag, 02.06.2022, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	591
Mitteilungen des Vorsitzenden	592
1 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl	593
2 Krieg in der Ukraine: Angespannte Lage im Asyl- und Flüchtlingsbereich: Ausserordentliche befristete Aufstockung des Personalkörpers in der Abteilung Schutz und Rettung; Nachkredit zum Globalbudget 2022.....	593
3 Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (Dienststelle 280): Verlängerung der ausserordentlichen befristeten Aufstockung des Personalkörpers aufgrund COVID- 19-Folgen; Nachkredit zum Globalbudget 2022	595
4 Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2022–2025	597
5 Umbau Bahnhof und Arealentwicklung Bern Bümpliz Nord: Kostenanteil der Stadt Bern an die Verbreiterung der Personenunterführung; Ausführungskredit.....	607
6 Bären-/Waisenhausplatz: Umgestaltung und Sanierung, Erarbeitung des Bauprojekts bis Bewilligungsverfahren: Erhöhung Projektierungskredit sowie Schutzmassnahmen Bundesplatz; Projektierungskredit	610
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 23.45 Uhr	619
34 Kleine Anfrage Janina Aeberhard (GLP): Geplante Reglementsänderung (FEBR): Gleich lange Spiesse für alle oder Defizitgarantie für städtische Kitas durch die Hintertür einschleusen?	620
35 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Kirchenfeldschulhaus: Kritische Nachfragen zum Vorgehen des Gemeinderates: Anpassung Zeitprognose? Kann der Gemeinderat u.a. garantieren, dass nach Bau des Schulhauses gemäss aufgelegtem Projekt die beliebten Kindergärten an der Motta-, Flora-, Thormannstrasse und Dalmaziquai bestehen bleiben?	620
6 Fortsetzung: Bären-/Waisenhausplatz: Umgestaltung und Sanierung, Erarbeitung des Bauprojekts bis Bewilligungsverfahren: Erhöhung Projektierungskredit sowie Schutzmassnahmen Bundesplatz; Projektierungskredit	621
7 Dringliches Postulat Fraktion Mitte (Lionel Gaudy/Milena Daphinoff, Mitte): Schutzmassnahmen für die flüchtenden Menschen aus der Ukraine rechtzeitig ergreifen	624
8 Interpellation Fraktion GB/JA! (Lea Bill, GB): Wo steht die Sauberkeitscharta?	625
9 Interpellation Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Ist der Ausbau des Fernwärmenetzes auf Kurs?	626

10	Interpellation Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen/Eva Krattiger JA!): Grundrechte in der Corona-Krise so weit wie möglich garantieren!	626
11	Interpellation Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher/Katharina Gallizzi, GB): Kann Pilotprojekt Gebäudesanierungen als städtisches Impulsprogramm die Wirtschaft nach der Coronakrise wieder in Schwung bringen?	627
12	Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #7: Autofreie Stadt Bern.....	627
13	Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Konsequente Klimapolitik #2: Vermeidung von schikanösen Behinderungen für den Strassenverkehr!	633
14	Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP und Hans Ulrich Gränicher, SVP): Konsequente Klimapolitik #3: Kurze Wege auch für den Strassenverkehr	633
15	Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer GFL/Bettina Jans-Troxler EVP): Klimaschutz? Zäme geits! Parkhäuser für die Zukunft rüsten	633
16	Motion Zora Schneider (PdA): Für den aktiven Klimaschutz – freie Fahrt für alle!	634
17	Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL): Klimamassnahmen prioritär umsetzen; Begründungsbericht	637
18	Motion Eva Gammenthaler (AL): Umweltschonende Ernährung in städtischen Betrieben	638
19	Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #2: Foodwaste stoppen!.....	650
20	Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #3: Verbot für den Verkauf eingeflogener Esswaren!	650
21	Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #6: Verbot von Plastiksäcken.....	651
22	Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, GB/JA! (Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP/Katharina Gallizzi, GB): Klimanotstand – Kommission für den Klimaschutz schaffen	651
23	Motion Zora Schneider (PdA): Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürger sollen bei ökologischen Massnahmen und Klimamassnahmen zu Wort kommen!	656
24	Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #8: Flugverbot für Dienstreisen.....	657
	Verschobene Traktanden.....	660
	Eingänge	661

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

1. Vizepräsident Michael Hoekstra

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi
Yasmin Amana Abdullahi	Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic
Valentina Achermann	Franziska Geiser	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Katharina Altas	Lukas Gutzwiller	Simone Richner
Ruth Altmann	Bernadette Häfliger	Claudio Righetti
Ursina Anderegg	Erich Hess	Mirjam Roder
Tom Berger	Brigitte Hilty Haller	Sarah Rubin
Nicole Bieri	Seraphine Iseli	Rahel Ruch
Diego Bigger	Ueli Jaisli	Michael Ruefer
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Remo Sägesser
Gabriela Blatter	Anna Jegher	Judith Schenk
Regula Bühlmann	Barbara Keller	Marianne Schild
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Florence Schmid
Francesca Chukwunyere	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Nicole Cornu	Eva Krattiger	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Anna Leissing	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Corina Liebi	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Ayse Turgul
Alexander Feuz	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Jemima Fischer	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Janina Aeberhard	Lionel Gaudy	Tabea Rai
Lena Allenspach	Nora Joos	Kurt Rügsegger
Laura Binz	Nora Krummen	Sara Schmid
Dolores Dana	Alina Irene Murano	Manuel C. Widmer
Claudine Esseiva		

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	Marieke Kruit TVS
----------------	------------------------	-------------------

Entschuldigt

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI
--------------------------	-----------------------

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel
Marianne Hartmann, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen des Vorsitzenden

Erster Vizepräsident *Michael Hoekstra*: Heute Abend haben wir einen Rücktritt zu vermelden. Bevor ich sage, um wen es sich handelt, verlese ich das Rücktrittsschreiben:

«Liebi Awäsendi – Nach meiner ersten Stadtratssitzung fand die Stadtratspräsidiumsfeier von Christoph Zimmerli im damals neu sanierten Stadttheater statt. Eine Feier mit ziemlich vielen Armeeangehörigen, Cüpli und Apérohäppli, Herren in Schale, Tambouren und zahlreichen nicht enden wollenden Reden. Ich fühlte mich dermassen fehl am Platz, ich wäre am liebsten wieder umgekehrt und hätte auf das Amt verzichtet. Gerettet hat diesen Abend Ursina Anderegg, die Reto Nause an der Krawatte zupfte und damit das fraktionsinterne Punktespiel gewann. Immerhin, dachte ich, in dieser Fraktion dürfte es lustig werden. Seither sind über fünf Jahre vergangen und der Stadtrat erwies sich zum Glück als deutlich weniger militärisch und steif, als ich nach diesem Anlass befürchtet hatte. Die Fraktion hingegen hat meine anfänglichen Erwartungen glücklicherweise erfüllt und immer wieder bewiesen, dass Politik auch Spass machen kann. Aber Spass war natürlich nicht alles: Ich bin in eine Fraktion gekommen, die ihre Politik und ihre politischen Forderungen ernst nimmt, die immer wieder versucht, ihre Positionen zu hinterfragen und zu erklären, die ihre Linie auch dann vertritt, wenn man dafür als naiv oder idealistisch beschimpft wird und auch einmal die eine oder andere Beleidigung dafür einstecken muss. Eine Fraktion, in der man sich umeinander kümmert, sich gegenseitig fördert und unterstützt. Liebe GB/JA!-Frauen, für dieses Gemeinschaftsgefühl, das zusammen Lachen und zusammen hässig Sein, möchte ich mich ganz herzlich bei euch bedanken.

Doch nun, ist für mich der Zeitpunkt gekommen, an dem ich zwar etwas traurig, aber auch mit grosser Vorfreude zurücktrete. In den letzten Monaten sind für mich persönlich zu viele Sachen zeitlich zu kurz gekommen, zu viele Abende waren mit politischen Sitzungen besetzt. Auch ist es mir zunehmend schwergefallen, mich genügend abzugrenzen. Beruflich und im Stadtrat zu sehen, wie auf allen politischen Ebenen nicht genügend unternommen wird für den Klimaschutz, finde ich schwierig auszuhalten. Die Dringlichkeit für Klimaschutz sollte längst allen klar sein, die Fakten sind längst bekannt. In jedem IPCC-Bericht wird der Ton dringlicher und die Aussichten düsterer. Und doch werden die nötigen Massnahmen nur zögerlich angepackt, die Verantwortlichkeiten zwischen Stadt, Kanton und Bund hin- und hergeschoben und jeder kleine Schritt vorwärts als grosser Erfolg gepriesen. Ich finde es schwierig, in dieser Situation nicht zu resignieren. Bevor es so weit kommt, mache ich lieber Platz für jemanden, der motiviert ist und sich wie ich vor fünf Jahren auf dieses Amt freut. Ich wünsche Mahir Sancar deshalb schon jetzt eine gute Zeit im Stadtrat!

Nebst den politischen Aufs und Abs, war der Stadtrat für mich aber auch sehr lehrreich. Mich fasziniert bis heute, um wie viele verschiedene Themen sich die städtische Politik und Verwaltung kümmern. Ich empfinde es als grosses Privileg, von so vielen engagierten und von ihren Fachgebieten begeisterten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung einen Einblick in ihr Schaffen erhalten zu haben. Ich möchte mich deshalb ganz herzlich bedanken für all die Ausführungen zu Bitumen-Emulsionen und Microtunneling-Verfahren, Kanalreinigungs- und Entsorgungsfahrzeugen, zur Leitzentrale und Fahrzeugbeschaffung von Bernmobil, zu Gelbbauchunken und biologischen Nützlingen, Vertikalversätzen und Verkehrsmodellen, zu gefühlt 100 Schulhäusern, unterschiedlichen Wettbewerbsverfahren und zu vielem mehr.

Ich war jetzt ziemlich genau ein Fünftel meiner Lebenszeit Stadträtin. Und ehrlich gesagt, finde ich das ziemlich viel. Das zeigt sich auch daran, wie viele verschiedene Menschen in dieser Zeit in der JA! aktiv waren und mich und die anderen JA!-Stadträtinnen tatkräftig unterstützt haben. Vor fünf Jahren zitterten wir um Seraina Patzens Wiederwahl. Geglückt ist ein zweiter Sitz. Vor einem Jahr kam ein dritter dazu und jetzt haben wir sogar eine Grossrätin. Dass ein Haufen mehr oder weniger chaotischer junger Menschen diese Entwicklung hinbekommt, liegt nebst den politischen Grosswetterlagen an ganz viel Herzblut, Freude am Enga-

gement und Zeit von allen, die in diesen Jahren in der JA! aktiv waren. Liebe JA!, ihr seid wirklich die Besten: Eure wahnsinnigen Ideen, eure unersättliche Lust auf Veränderung und Verbesserung in allen Aspekten der Stadtpolitik und euer riesiges Unverständnis, wenn die politischen Mehrheiten wieder einmal unerwartet gegen uns stehen, waren für mich immer eine starke Motivation. Ihr habt mich in diesen Jahren immer unterstützt mit Ideen für Vorstösse, kritischen Fragen und emotionalem Rückhalt. Ihr seid grossartig, weil ihr euch nicht zufrieden gebt mit halbherzigen Kompromissen, immer wieder nachfragt «Aber hää, werum söu ds nid ga?», nur um dann einen Vorschlag zu machen, wie wir politisch doch noch etwas mehr einfordern könnten.

Auch bei euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, möchte ich mich herzlich bedanken für die Zusammenarbeit und die Zeit und Energie, die ihr in euer politisches Engagement steckt. Ich wünsche euch allen weiterhin viel Freude an der Politik und manchmal etwas mehr Mut, statt eine «Politik der kleinen Schritte» auch einmal «es paar grossi Gämp» zu machen. Nun freue ich mich auf meine letzte Stadtratssitzung und hoffe, wir sehen uns nachher beim Bier.»

Liebe Eva Krattiger, für mich, der ich erst seit rund zwei Jahren Mitglied des Stadtrats bin, sind Sie mit Ihren fünf Jahren Ratsmitgliedschaft ein Urgestein. Ich habe ein wenig nachgeforscht: Sie sitzen seit anfangs 2017 im Stadtrat. Zu Beginn waren Sie Mitglied der PVS, 2018 und 2019 machten Sie einen Abstecher in die AK – mit Unterbrüchen – und seither, seit dem 15. Mai 2020 bis heute, engagieren Sie sich wieder in der PVS. In Ihrer Laufbahn als Stadträtin haben Sie insgesamt 38 Vorstösse eingereicht, und zwar zu folgenden Themen: Hitzewellenkundgebungen, Klima, Klimabudget, Solarenergie, Parkieren und autofreie Stadt. Die Aufzählung ist nicht abschliessend. Sie haben sich also enorm engagiert und wir werden Sie vermissen. Herzlichen Dank auch von unserer Seite für Ihr Engagement.

Applaus.

Erster Vizepräsident *Michael Hoekstra* fährt fort: Neue Ratsmitglieder sind keine zu begrüessen und es sind auch keine Geburtstage zu vermelden. Zu den allgemeinen Mitteilungen: Bitte vergessen Sie nicht, mit dem Badge ein- und auszustempeln. Dringliche Vorstösse reichen Sie bitte wie immer bis 21.00 Uhr und die übrigen bis 21.30 Uhr ein.

2020.SR.000387

1 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl

Der Stadtrat wählt Jelena Filipovic (GB/JA!) als Ersatz für Eva Krattiger als Mitglied in die Kommission PVS.

2022.SUE.000010

2 Krieg in der Ukraine: Angespannte Lage im Asyl- und Flüchtlingsbereich: Ausserordentliche befristete Aufstockung des Personalkörpers in der Abteilung Schutz und Rettung; Nachkredit zum Globalbudget 2022

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat bewilligt für die befristete Aufstockung des Personalkörpers um 400 Stellenprozent in der Abteilung Schutz und Rettung Bern im Jahr 2022 einen Nachkredit von to-

tal Fr. 285 000.00 (zulasten Dienststelle 245) und erhöht den Globalkredit 2022 auf Fr. 22 255 040.95.

2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.
Bern, 30. März 2022

Sprecherin FSU *Regula Bühlmann* (GB): Beim vorliegenden Nachkreditantrag handelt es sich um eine Folge des Kriegs in der Ukraine. Eine solche Situation kannten wir in der Stadt Bern bisher nicht und sie stellt uns alle vor Herausforderungen, die wir bis jetzt ebenfalls nicht gekannt haben. Es ist klar, dass die Stadt flexibel reagieren muss. So war auch die Empfehlung des Stadtpräsidenten zu verstehen, dass Schutz und Rettung Bern die ukrainische Botschaft bei der Bewältigung der vielen Hilfsgüter unterstützen sollte, die sie erhielt und mit der sie aufgrund der schieren Menge überfordert war. Diese Aufgabe gehört zwar nicht zum Grundauftrag von Schutz und Rettung Bern, aber die FSU wertete die Unterstützung trotzdem als angemessene Reaktion auf die Situation und die Ereignisse. Auch die erforderliche Mehrarbeit bei der Betreuung der Geflüchteten in den Unterkünften kann die Kommission nachvollziehen. Seit dem 8. April leistet der Kanton mehr Unterstützung und auch die Heilsarmee kann zunehmend mehr Aufgaben bei der Betreuung übernehmen. Dadurch wird Schutz und Rettung entlastet. Seit Ende April ist nur noch die technische Betreuung in den Unterkünften die Aufgabe von Schutz und Rettung Bern. Seit Kriegsbeginn bis Ende April 2022 wurden aber 1500 Überstunden von relativ wenig Personal geleistet. Es kam zu Überlastungen und auch zu einer Krankschreibung. Insofern ist es klar, dass die zusätzlichen Stellenprozente immer noch nötig sind – dies nur schon, um aufzuarbeiten, was während der vergangenen schwierigen Zeit liegenblieb. Die FSU beantragt dem Stadtrat daher einstimmig, den vorliegenden Nachkredit zu genehmigen.

Fraktionserklärung

Regula Bühlmann (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! ist mit dem vorliegenden Nachkreditantrag einverstanden. Wir wollen aber zu bedenken geben, dass im Rahmen der Sparmassnahmen Stellen gestrichen respektive nicht mehr neu besetzt werden, sodass die verbleibenden Mitarbeitenden schneller überlastet sind oder krank werden. Auch wenn in Notsituationen wie der vorliegenden auf die Schnelle per Nachkredit Stellen geschaffen werden können, macht dies die Belastung für die betroffenen Mitarbeitenden nicht wieder gut – vor allem, weil bis jetzt primär bei der SUE befristete Stellenprozente gesprochen wurden, obwohl sowohl die Pandemie als auch der Ukrainekrieg auch für das Personal in anderen Direktionen eine Zusatzbelastung dargestellt haben dürften. Man muss also gut hinschauen. Wir erwarten vom Gemeinderat daher auch, dass er bei der Reduktion von Stellen zum Vornherein darauf achtet, dass es nicht zu einer Überlastung des Personals kommt, sobald eine aussergewöhnliche Situation eintritt.

Direktor SUE *Reto Nause*: Vielen Dank für die gute Aufnahme des Geschäfts in der Kommission und heute Abend auch im Ratssaal. Es ist tatsächlich so, dass wir – zuerst mit der Coronapandemie und danach mit dem Krieg in der Ukraine – sozusagen von einer Krise in die nächste rutschen. Die SUE ist krisenerprobt, aber Krisen haben normalerweise ein Anfangs- und ein Enddatum. Aktuell scheint dies nicht mehr der Fall zu sein und ich bin sehr dankbar, wenn wir die Unterstützung des Parlaments erhalten, damit wir die eintretenden Effekte ein wenig abfedern können.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Nachkredit von 285 000 Franken zu. (53 Ja, 0 Nein, 1 Enthalten)

[Namen](#) 005

2021.SUE.000053

3 **Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (Dienststelle 280): Verlängerung der ausserordentlichen befristeten Aufstockung des Personalkörpers aufgrund COVID-19-Folgen; Nachkredit zum Globalbudget 2022**

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat bewilligt für die Verlängerung der ausserordentlichen, befristeten Aufstockung des Personalkörpers im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz vom 1. Juli bis 31. Dezember 2022 einen Nachkredit von total Fr. 280 000.00 (zulasten Dienststelle 280). Er erhöht das Globalbudget vom Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz 2022 mittels Nachkredit um Fr. 280 000.00 auf Fr. 5 973 674.14. Der bewilligte Nachkredit ist im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zu kompensieren.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.
- Bern, 6. April 2022

Sprecherin FSU *Tanja Miljanovic* (GFL): Beim vorliegenden Nachkreditantrag geht es um 280 000 Franken. Im Sommer 2021 genehmigte der Gemeinderat einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 495 000 Franken, um das Personal im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS) aufzustocken. Damals ging es um eine Aufstockung für die Zeit von Sommer 2021 bis Ende Juni 2022, und zwar um 300 Stellenprozent für Sozialarbeitende und um 150 Stellenprozent für das Administrativpersonal. Der Stadtrat genehmigte den Kredit im Herbst 2021. Von den insgesamt 495 000 Franken konnten total 465 000 Franken innerhalb der Direktion SUE kompensiert werden. 30 000 Franken konnten aufgrund der hohen Fallzahlen nicht kompensiert werden. Die ausserordentliche Aufstockung endet diesen Monat. Es stellt sich daher die Frage, wie sich die Lage entwickelt hat. Leider muss man sagen, dass sie sich nicht gut entwickelt hat. Bei den Beistandschaften sind die Zahlen sowohl rückblickend als auch vorausschauend hoch. Im letzten November kam es zu einem Peak mit 40 zusätzlichen Abklärungsfällen, was dazu führte, dass auch noch im Januar 2022 pro Monat 10 bis 15 Beistandschaften mehr errichtet werden mussten.

Auch im Kinderschutzbereich sind die Fallzahlen gestiegen. Die Stadt Bern steht in engem Kontakt mit verschiedenen Organisationen wie der Berner Gesundheit, der Erziehungsberatung und der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie mit niedergelassenen Psychiater*innen vor Ort, der Schulsozialarbeit und den Schulen. Das grosse Problem ist und bleibt aber, dass die stationären und ambulanten psychologischen Angebote ausgebucht sind. Wir sprechen von einer Wartezeit von einem halben Jahr für eine psychologische Begleitung von suizidalen Jugendlichen! Gleichzeitig gibt es auch zunehmend mehr Mütter, die psychiatrisch hospitalisiert werden, was das Kindeswohl zusätzlich stark belastet. Die Situation ist also vollkommen unhaltbar. Dementsprechend wenden sich Eltern und Jugendliche vermehrt direkt an ihren Beistand oder ihre Beiständin, um Hilfe zu erhalten.

Die schwierige Situation ist für die Mitarbeitenden im Bereich Kinderschutz sehr belastend. Um die Gesundheit der städtischen Mitarbeitenden möglichst zu schützen, führt die Stadt Fallinterventionen und Supervisionen durch. Dabei werden die Belastungsfaktoren für die Mitarbeitenden erhoben und bei Bedarf werden Massnahmen ergriffen. Man hat sogar einen Coach engagiert. Gleichwohl ist die maximale Fallbelastung überschritten. Es bestehen keine

Kapazitäten mehr, um weitere Fälle aufzunehmen und es zeichnet sich ein sehr gefährlicher Zuteilungsstopp ab. Das EKS ging in der Zwischenzeit bereits mehrmals auf den Kanton zu, um gegen die Platznot in anderen Institutionen anzugehen. Daraufhin setzte der Kanton eine Stellenerhöhung in den Universitären Psychiatrischen Diensten (UPD) um, aber die vorhandenen Kapazitäten reichen weiterhin nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf abzudecken. Um dieser untragbaren Situation entgegenzuwirken, beantragt der Gemeinderat eine Verlängerung der ausserordentlichen befristeten Aufstockung des Personalkörpers um weitere sechs Monate bis Ende 2022.

Es geht also um einen Nachkredit von 250 000 Franken für 300 Stellenprozente in der Sozialarbeit und 150 Stellenprozente in der Administration für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2022. Zu diesem Betrag dazu kommen die nicht kompensierten 30 000 Franken aus der aktuellen Periode. Zusammengerechnet beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat einen Kredit von 280 000 Franken. In Bezug auf den Kanton ist zu erwähnen, dass der Gemeinderat damit rechnet, dass auch für das laufende Jahr rückwirkend eine höhere kantonale Abgeltung von ungefähr 230 000 Franken entrichtet wird. Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat, den Kreditantrag anzunehmen.

Fraktionserklärung

Nicole Bieri (JUSO) für die Fraktion SP/JUSO: Ich spreche als Parlamentarierin, der das Anliegen wichtig ist, aber auch als Betroffene, denn ich bin angehende Sozialarbeiterin und arbeite momentan ebenfalls in einem Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz. Ich weiss daher, dass zu wenig Zeit und zu viele neue Fälle aktuell ganz generell ein brennendes Problem darstellen. Das EKS wünscht nochmals eine Aufstockung der Stellenprozente, weil es die Arbeit nicht mehr zufriedenstellend erledigen kann und einzelne Sozialarbeiter*innen burn-outgefährdet sind. Das berührt mich als angehende Sozialarbeiterin besonders, weil ich weiss, unter welchem Druck man steht, gute Arbeit abzuliefern. Letztendlich will man das Beste für die Klientel und die Gesellschaft. Dies kann ein grosses Spannungsfeld darstellen, da die Interessen manchmal gegenläufig sind. Man muss sich auf die Klienten einlassen und ihnen Zuhören und gleichzeitig gilt es – in Abwägung auch von äusseren Interessen und Ansprüchen –, Entscheide zu fällen. Es kann sich um Entscheidungen handeln, die dem Klienten oder der Klientin gefallen – möglicherweise gefallen sie ihm oder ihr aber auch nicht. Damit ist die Zusammenarbeit aber noch nicht beendet – im Gegenteil, nach der Abklärung beginnt die Arbeit erst. Man muss versuchen, den Draht zur betroffenen Person aufrechtzuerhalten, was einmal mehr gelingt und einmal weniger. Mit Sicherheit gelingt es besser, wenn man weiss, dass man dafür genügend Zeit hat und zumindest die Stadtregierung hinter einem steht.

Im Vortrag wird geschildert, dass es sich bei den hinzugekommenen Dossiers primär um Menschen mit hoher Suizidalität handelt. Durch die Coronapandemie ist möglicherweise irgendein Netz oder eine Regulationsmöglichkeit weggefallen, sodass die Leute zusammengebrochen sind. Es gibt auch Menschen mit psychischen Problemen... jetzt habe ich den Faden verloren.

Wie auch immer: Die Anforderungen an uns Sozialarbeiter*innen sind in diesem Bereich hoch: Wir müssen den Klient*innen aktiv zuhören und uns auf sie einlassen, gleichzeitig aber auch den Rahmen der Gesellschaft wahren – immer unter den Bedingungen der sozialarbeiterischen Professionalität. Oft geht es dabei um sich widersprechende Interessen und man muss den bestmöglichen Kompromiss finden. Daher brauchen wir korrekte Abklärungen und dafür benötigt man Zeit. Immerhin soll niemandem ein Recht abgesprochen werden, das die betreffende Person selber wahrnehmen kann. Abgesehen davon kann im Idealfall während der Abklärung vieles gelöst werden.

Gerade neu errichtete Beistandschaften sind aber auch anspruchsvoll. Die Beistandsperson muss sich zuerst einen Überblick verschaffen und sich orientieren, wie man mit den Beteiligten langfristig arbeiten will. Es gilt, eine gute Beziehung zu etablieren. Eine gute Qualität der Arbeit ist wichtig, da das eigene Handeln Einfluss auf das Leben von anderen Personen hat. Gerade bei Akutfällen geht es darum, trotz allem einen kühlen Kopf zu bewahren und jeden Schritt abzuwägen. Wenn aber die eigene psychische Belastung steigt, weil man immer mehr und noch mehr tun müsste, übersieht man irgendwann Dinge oder fällt ganz aus. Das muss verhindert werden. Ebenso gilt es zu vermeiden, dass keine neuen Fälle mehr aufgenommen werden können. Melder*innen von Gefährdungen sowie Ratsuchende sollen sich weiterhin darauf verlassen können, dass das EKS der Stadt Bern eine zuverlässige Stelle ist, bei der sie die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Es ist schlimm genug, dass suizidale Kinder und Jugendliche keinen Platz finden, weil es im Moment zu wenige psychologische und psychiatrische Angebote gibt. Dazu kommen möglicherweise aber auch noch einige Kinder aus der Ukraine, denn bei 35% der Geflüchteten handelt es sich um unbegleitete Minderjährige. Falls nicht absehbar ist, dass ihnen die Eltern bald folgen oder Begleitpersonen mit Vertretungsrecht bei ihnen sind, werden für diese Minderjährigen gegebenenfalls Beistandschaften oder Vormundschaften errichtet werden müssen.

Wir können zwar mit der Annahme dieser Anträge nicht alle Probleme lösen, aber wir können einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Situation nicht verschlimmert. Als Parlament sind wir verantwortlich dafür, das Netz aufrechtzuerhalten. Ich bitte Sie daher, Ja zu stimmen – die Fraktion SP/JUSO wird dies auf jeden Fall tun.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Nachkredit von 280 000 Franken zu. (55 Ja, 2 Nein, 0 Enthalten)

[Namen](#) 006

2021.BSS.000120

4 Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2022–2025

Sprecher SBK *Tom Berger* (FDP): Der Gemeinderat legt uns die neue Strategie zur beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern vor. Diese Strategie gilt für die kommenden vier Jahre und bewegt sich finanziell im identischen Rahmen wie die vorherige Strategie. Ich halte mein Kommissionsvotum bewusst kurz. Dies bedeutet nicht, dass das vorliegende Geschäft nicht wichtig wäre, aber der Vortrag, der uns vom Gemeinderat vorgelegt wurde, ist sehr umfassend und verständlich und ich werde primär auf die Punkte eingehen, die in der Kommission zusätzlich besprochen wurden.

Die Ausgangslage ist bekannt: Trotz guter Wirtschaftslage und tiefer Arbeitslosenquote sorgen der Strukturwandel, die zunehmende Spezialisierung und die Auslagerung von Arbeitsstellen ins Ausland dafür, dass sogenannte niedrig Qualifizierte den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt nicht finden. Besonders betroffen sind junge Erwachsene ohne Ausbildung, Alleinerziehende und Personen mit ausländischer Herkunft respektive Migrationsvordergrund. Um diesen Personen zu helfen, gibt es im Kanton Bern die Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe (BIAS) für die berufliche und soziale Integration. Im BIAS-System befinden sich Angebote des Kantons, die entsprechend mit kantonalen Mitteln finanziert werden. Aus Sicht des Gemeinderats weist das System Lücken auf, die von der Stadt Bern gefüllt werden sollen. Mit der vorliegenden Strategie will die Stadt Bern die Lücken schliessen und das kantonale Grundangebot mit innovativen Angeboten ergänzen. In der

Vergangenheit kam es sogar vor, dass Pilotprojekte, die von der Stadt Bern lanciert wurden und sich als erfolgreich erwiesen, vom Kanton in sein Grundangebot aufgenommen wurden. Generell ist anzumerken, dass die Stadt und der Kanton in diesem Bereich sehr gut zusammenarbeiten können.

Die vorliegende Strategie beinhaltet eine klare Evaluation der abgelaufenen Strategie, was sehr zu begrüßen ist. Falls Sie diese Evaluation angeschaut haben, ist Ihnen sicher aufgefallen, dass nicht alle Ziele erreicht werden konnten respektive nicht alle Massnahmen den gewünschten Effekt erzielten. In der SBK wurde uns gesagt, dass man dies sehr bewusst so eingegangen sei. Die Stadt Bern bringe den Mut auf, auch einmal etwas Neues auszuprobieren und ein Pilotprojekt zu lancieren. Dabei könne man an einen Punkt kommen, an dem man merke, dass das Projekt nicht den gewünschten Effekt erziele. Dementsprechend sind diese Massnahmen nicht mehr Teil der neuen Strategie.

Die neue Strategie für die Jahre 2022-2025 beinhaltet fünf Leitsätze, die Sie auf Seite 21 des Vortrags finden. Die Massnahmen und Mittel sowie der Terminplan sind in den Kapiteln 5 und 6 detailliert beschrieben. In der vorberatenden Kommission SBK gaben primär zwei Punkte Anlass zu Diskussionen: Der Kanton Bern hat seinerseits ein Projekt unter dem Namen «Optimierung Arbeitsintegration Kanton Bern» (AIBE) lanciert. Die genaue Ausgestaltung des neuen Systems ist noch nicht bekannt, weshalb sich der Gemeinderat noch nicht im Detail damit befassen konnte. Die Stadt Bern war aber dank ihres Fachwissens in die Arbeitsgruppen involviert und steht mit dem Kanton in sehr enger Zusammenarbeit, was zur Folge hat, dass die vorliegende Strategie so ausgearbeitet ist, dass sie mit dem neuen System des Kantons kompatibel sein sollte. Aktuell steht die Befürchtung im Raum, dass der Kanton künftig noch stärker auf die berufliche Integration fokussieren könnte, was zur Folge haben könnte, dass es bei der sozialen Integration zu einer Aufgabenverteilung vom Kanton an die Gemeinden käme und die Stadt Bern die Kosten für die soziale Integration dementsprechend vollumfänglich selber tragen müsste.

Der zweite Punkt, der in der SBK diskutiert wurde, ist die neue Massnahme 6, bei der es um die Gewährung von niederschweligen Hilfen geht. Die Zielgruppe dieser Massnahme sind alle Personen, die infolge der Pandemie heute schlechter dastehen als vor der Pandemie. Namentlich genannt wurden beispielsweise Sexarbeiter*innen und Sans-Papiers. Betroffen sind auch – aber nicht nur – Personen mit ausländischer Herkunft, die aus Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen auf den Bezug von Sozialhilfe verzichten, obwohl sie darauf angewiesen wären. Die Stadt Bern möchte innerhalb der nächsten vier Jahre also auch Gelder in die sogenannten niederschweligen Hilfen investieren, damit sichergestellt werden kann, dass alle Personen staatliche Hilfe erhalten, die diese benötigen.

Die Stadt Bern setzt sich also auch für die kommenden vier Jahre dafür ein, dass die Lebenssituation der sozial Schwächsten gezielt verbessert werden kann. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit und des sozialen Zusammenhalts, aber auch der Wirtschaftlichkeit. Die SBK empfiehlt Ihnen, die vorliegende Strategie zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Fraktionserklärungen

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: In der Schweiz sind über 700 000 Menschen armutsbetroffen und 1,3 Mio. Menschen von Armut bedroht. Das heisst, dass jede zwölfte Person in Armut lebt und jede sechste kurz davor steht. Viele dieser Menschen leben unter dem Existenzminimum und sind sozial isoliert, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen. Diese Zahlen sind sehr erschreckend und für einen Staat wie die Schweiz unglaublich beschämend. Noch erschreckender ist es, dass die Armut bei uns sehr unsichtbar ist und unsichtbar gemacht wird. Sie steht kaum im politischen Fokus und wenn, dann oft in arroganten und stigmatisierenden, hässlichen öffentlichen Debatten.

Wir sind sehr froh, dass die Stadt Bern ihre Verantwortung betreffend Armutsbekämpfung wahrnimmt und der Gemeinderat mit der Strategie zur beruflichen und sozialen Integration einen weiteren Beitrag dazu leistet. Die Fraktion GB/JA! begrüsst es, dass die Verwaltung und der Gemeinderat immer wieder ganz genau hinschauen und zielgerichtet möglichst niederschwellig zugängliche Angebote erarbeiten und laufend anpassen. Die vorliegende Strategie zeigt auf, dass die Stadt vom Bedarf der Menschen ausgeht, die Unterstützung benötigen, und nicht umgekehrt – wie es auf Bundesebene und kantonaler Ebene laufend und immer schlimmer der Fall ist. Wir nehmen die Strategie dementsprechend positiv zur Kenntnis.

Die Rahmenbedingungen und Entwicklungen auf den übergeordneten Ebenen sind nach unserem Dafürhalten seit Jahren schrecklich und verantwortungslos. Vor allem die laufenden Entwicklungen auf kantonaler Ebene sind enorm erschreckend. Neben der jahrelangen sozialpolitischen Abbaupolitik und der Zweiklassengesetzgebung im Ausländer- und Asylwesen, bei der Gruppen von Menschen der Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen – auf die sie Anrecht hätten – bewusst versperrt wird, machen sich der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor, Regierungsrat Schnegg, sowie alle seine Kumpanen und alle anderen politischen Verantwortungsträger*innen daran, sämtliche sozialen Systeme dem neoliberalen, schädlichen Dogma unterzuordnen. Im Moment werden auf Verordnungsebene sehr viele Reformen in grossem Tempo vorgenommen, auch Strukturreformen. Soziale Angebote werden auf kantonaler Ebene in den freien Wettbewerb geschickt und sollen auf diese Weise untereinander in Konkurrenz gestellt werden. Gleichzeitig wird die Logik der Subjektfinanzierung im Eiltempo vorangetrieben. Subjektfinanzierung ist an sich schon ein schreckliches Wort, denn bei den Subjekten geht es um einzelne Menschen, die Unterstützungsbedarf haben. Wir kennen diese Art von Finanzierung bereits bei den Kitas, bei der Spitex, im Asylwesen und neuerdings auch bei den Jugendheimen. Als nächstes sind derartige Verschärfungen auch bei der beruflichen und sozialen Integration geplant. Diese Logik bedeutet einen enormen Druckanstieg für Institutionen und Angebote. Sie führt zu Dumping, Planungsunsicherheiten und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Zudem führt sie auch dazu, dass der Staat den Überblick über die Versorgungslücken verliert, die zunehmend niemanden mehr interessieren. Vor allem führt das Ganze aber dazu, dass die Anbietenden gezwungen werden, sich auf diejenigen Menschen zu konzentrieren, die sich – in Anführungs- und Schlusszeichen – finanziell lohnen. Was mit allen anderen geschieht, die sich nicht finanziell lohnen, ist der politischen Ebene, die verantwortlich wäre – also dem Kanton – egal.

Die Verknüpfung von Finanzierungen nur aufgrund von Integrationserfolgen von Individuen – auch dies in Anführungs- und Schlusszeichen – ist auf so vielen Ebenen völlig daneben, dass man gar nicht weiss, wo man mit der Aufzählung beginnen soll. Die Entwicklung ist haarsträubend und entspricht der aktiven Förderung von Chancenungleichheit und dem Ausschuss aus unserer Gesellschaft. Wir bewegen uns sozialstaatlich immer weiter weg vom eigentlichen Verfassungsauftrag. Das Paradigma von beruflicher Integration in den ersten Arbeitsmarkt um jeden Preis wird von Fachpersonen und von der Wissenschaft schon sehr lange hinterfragt. Ja, selbstverständlich hat der Zugang zu Erwerbsarbeit eine sehr wichtige Funktion bei der Armutsbekämpfung, aber wir wissen auch, dass es Faktoren und Entwicklungen gibt, die es vielen Menschen verunmöglicht, die von der Gesellschaft erwartete Erwerbsarbeitsleistung zu erbringen. Der Arbeitsmarkt verändert sich ständig und der Leistungsdruck steigt – beides ist nicht neu. Viele Menschen bleiben entweder viel zu lange im für sie falsch designten Auffangsystem hängen und finden nicht mehr heraus oder sie kommen gar nicht in diese Systeme hinein. Besonders betroffen sind, wie wir gehört haben, sogenannte niedrig qualifizierte Jugendliche ohne Ausbildung, Mütter – vor allem alleinerziehende –, ältere Frauen und Personen, welchen wir den Schweizer Pass verweigern.

So, wie es aussieht, wird der Kanton den Fokus auf die Integration in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt noch verstärken und verliert den Blick auf die Unterstützung von Personen, die

auch soziale Inklusionsangebote sowie eine Stabilisierung ausserhalb des ersten Arbeitsmarkts benötigen würden. Dies bedeutet, dass Angebote in den Gemeinden, die auf die soziale Integration fokussieren – unabhängig von einer Erwerbsarbeit –, je länger, je wichtiger werden. Für uns ist klar, dass sich die Stadt in diesem Bereich weiterhin und vermehrt auch finanziell engagieren müssen. Die vorliegende Strategie geht den bewährten Weg von wirksamen Massnahmen und Angeboten weiter und reagiert differenziert, nach wie vor innovationsfreudig und pragmatisch auf die übergeordneten Entwicklungen und immer enger werdenden Rahmenbedingungen.

Besonders wichtig sind der Fraktion GB/JA! folgende Punkte: Wir finden es sehr gut und zielführend, dass der Fokus vermehrt auf Menschen gelegt wird, die keinen Zugang zur Sozialhilfe haben respektive diesen nicht in Anspruch nehmen können, da sie mit ernsthaften Konsequenzen rechnen müssten. Wir wissen, dass für viele auch bürokratische Hürden bestehen und Behördengänge verständlicherweise schwierig sind. Zivilgesellschaftliche Institutionen und freiwillige Vereine haben daher eine sehr wichtige Funktion: Sie können den Zugang zur Sozialhilfe durch unabhängige Beratungen ausserhalb von behördlichen Stellen erleichtern. Sie können auch ausserhalb der staatlichen Sicherungssysteme konkrete Hilfe anbieten, befinden sich näher an den Leuten und können deren Bedürfnisse daher auch sehr differenziert an die Behörden und an die Stadt Bern herantragen. Dies bedeutet, dass die Zusammenarbeit mit den Akteur*innen ausserhalb der Stadtverwaltung intensiviert werden muss. Dies geschieht jetzt und ist in der vorliegenden Strategie auch so verankert, was wir sehr begrüessen. Es ist aber auch wichtig, dass der Staat solchen Organisationen und Freiwilligen nicht zu viel und grundsätzlich Aufgaben sowie die finanzielle Verantwortung überlässt. Wir erwarten daher, dass die Stadt laufend genau hinschaut, die Organisationen nötigenfalls unterstützt und Freiwilligenarbeit nach wie vor fördert sowie gute Rahmenbedingungen schafft. Wir können uns auch vorstellen, dass in Zukunft zusätzliche Subventionierungen von solchen Organisationen notwendig werden könnten. Dabei denken wir beispielsweise an unabhängige Rechtsberatungsangebote, die möglicherweise zusätzlich aufgebaut werden müssten. Weiter fordern wir einen Ausbau der soziokulturellen Angebote, denn diese haben in unserer Stadt eine sehr zentrale Funktion, auch im aufsuchenden Sinn. Sie sind nahe bei den Leuten und können einen wesentlichen Beitrag an die soziale Integration leisten.

Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die differenzierte und menschenorientierte Arbeit. Ihnen allen in diesem Saal danken wir, dass Sie in den kommenden Zeiten, wenn sich die Rahmenbedingungen noch mehr verschärfen, Ihre Verantwortung in der Armutsbekämpfung weiterhin und vermehrt wahrnehmen und sich für alle Menschen engagieren, die in Bern mit uns zusammen leben, auch wenn vermutlich die allermeisten von uns keinen Kontakt zu diesen Menschen haben – die Gründe dafür habe ich erläutert.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP unterstützt das Engagement der Stadt Bern für die berufliche und soziale Integration voll und ganz. Wir begrüessen es, dass alle Massnahmen immer wieder überprüft, weiterentwickelt oder allenfalls auch gestrichen werden. Danke für die sorgfältige Bilanz und für die Planung der Massnahmen für die nächsten vier Jahre.

Im vorliegenden Bericht bereitet uns das Projekt des Kantons zur sogenannten Optimierung der Arbeitsintegration Sorgen. Die ersten Einblicke in die geplanten Massnahmen respektive die vorgesehene Neuorientierung lassen befürchten, dass die soziale Integration der arbeitslosen Personen, die kaum eine Chance haben, im ersten Arbeitsmarkt Fuss zu fassen – des weitaus grösseren Teils der Arbeitslosen also –, vernachlässigt wird zugunsten der wenigen Personen, bei denen dies gelingen kann. Wir hoffen sehr, dass auf Seiten des Kantons noch bedeutende Anpassungen vorgenommen werden und die soziale Integration nicht an die Gemeinden abgeschoben wird. Es beruhigt uns ein wenig, dass sich die Leiterin des Sozialamts,

Claudia Hänzi, im Projektteam direkt einbringen kann. Von der BSS erwarten wir, dass zumindest die SBK einbezogen wird, falls es bei den Massnahmen zu finanziellen Veränderungen kommt oder bevor man an einer Ausschreibung teilnimmt. Den vorliegenden Bericht nehmen wir positiv zur Kenntnis.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVP: Das vorliegende Dossier ist sehr umfangreich und enthält die wesentlichen Informationen zum Thema. Im Bericht wird auch die Vergangenheit – die Periode von 2018 bis 2021 – beschrieben und bewertet, was ich sehr positiv finde. Die Mängel werden in der neuen Strategie nach Möglichkeit behoben. Schlussendlich geht es darum, möglichst viele Personen – niedrig Qualifizierte, Alleinerziehende, und so weiter – möglichst gut in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Die Zusammenarbeit von Stadt und Kanton zum Erreichen dieses Ziels ist relativ gut und gibt vielen wieder eine Chance, im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen – oder wieder Fuss zu fassen. Persönlich bin ich der Meinung, dass die Chancen für die Betroffenen, am Arbeitsprozess teilzuhaben, mit den jetzt vorliegenden Massnahmen erhöht werden. Ich nehme den vorliegenden Bericht daher positiv zur Kenntnis. Unsere Fraktion ist nicht ganz gleicher Meinung und wird sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich halte den zweiten Teil unseres Fraktionsvotums. Unser Abstimmungsverhalten hängt möglicherweise auch ein wenig von den Antworten der Gemeinderätin auf unsere offenen Fragen ab. Vielleicht werden doch noch einige von uns Ja stimmen. Dass man integrieren muss, ist für uns völlig klar. Ebenso unbestritten ist, dass es sich um den richtigen Ansatz handelt – wir unterstützen diesen. Wir sehen aber zwei Probleme – zum ersten: Für die Arbeitgeber und die Verbände ist es durchaus interessant, solche Weiterbildungen anzubieten. Es gibt Leute, die aus ihrem Heimatland teilweise gute Vorkenntnisse mitbringen und hier die entsprechende Ausbildung machen können. Wenn diese Leute aber mehr oder weniger denselben Lohn erhalten wie ein Lehrabgänger, ist es für den Arbeitgeber möglicherweise nicht mehr so attraktiv – er müsste dem so Ausgebildeten, der über eine Attestlehre verfügt, einen ähnlich hohen Lohn bezahlen wie einer Person, die eine mehrjährige Berufslehre absolviert hat. Mir scheint, dass dies ein kritischer Punkt ist. Der zweite Punkt ist der folgende: Wenn die so ausgebildeten Personen in städtischen Betrieben angestellt werden, welche die privaten Kleinunternehmen teilweise konkurrenzieren, löst dies bei einem Teil unserer Fraktion einen gewissen Unmut aus. Entsprechende Vorbehalte wurden uns auch von Seiten gewisser Gewerbevertreter zugetragen. Ich bitte Gemeinderätin Teuscher, im Rahmen Ihres Votums dazu Stellung zu nehmen.

Man soll diesen Leuten helfen, dieser Meinung bin ich auch. Ein Schlüssel zur Integration ist eine Verbesserung der Ausbildung. Wenn man den Leuten aber helfen will, muss man aufpassen, dass man die Anforderungen nicht zu hoch setzt. Viele sind möglicherweise interessiert, den betroffenen Personen eine Stelle anzubieten, haben aber Vorbehalte, wenn diese Personen auf dem Arbeitsmarkt gleich teuer sind wie ordentliche Lehrabgänger. Zudem geht es auch um eine Konkurrenzierung von privaten Kleinbetrieben.

Nicole Cornu (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat die neue Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration zur Kenntnis genommen. Sie unterstützt den gewählten Schwerpunkt Qualifizierung und Bildung und stimmt den vorgeschlagenen Massnahmen mehrheitlich zu. Es ist wichtig, dass den Menschen in der Sozialhilfe, die noch über keinen Berufsabschluss verfügen, möglichst niederschwellige Qualifizierungsangebote zugänglich gemacht werden und dass man sie bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt, denn in der Sozialhilfe ist der Anteil der Stellensuchenden ohne Berufsabschluss in den letzten Jahren gestiegen. Wann immer möglich muss es das Ziel sein, Menschen den

Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Konkurrenzangebote sollten damit keine geschaffen und unterstützt werden. Subsidiär haben Angebote des zweiten Arbeitsmarkts aber durchaus ihre Berechtigung.

In der Strategie werden folgende besonders förderungswürdige Zielgruppen speziell erwähnt: Die sogenannten niedrig Qualifizierten, junge Erwachsene ohne Ausbildung, Frauen sowie Personen ausländischer Herkunft. An dieser Stelle kritisiert die Fraktion SP/JUSO, dass ältere Arbeitslose im Bericht nicht ebenfalls explizit als förderwürdige Zielgruppe erwähnt werden. Die Arbeitslosenzahlen zeigen klar, dass es für Menschen über 50 nach einer Entlassung oftmals sehr schwierig ist, eine neue Stelle zu finden. Ältere Personen sind dem Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit daher auch stärker ausgesetzt als junge Menschen. Wir erwarten vom Gemeinderat daher zielgruppenspezifische zusätzliche Massnahmen für ältere Menschen. Diese Massnahmen sollten sich auch in einer solchen Strategie wiederfinden. Zweitens stehen wir dem Einsatz von Freiwilligen, der von Ursina Anderegg loblich erwähnt wurde, als städtische Massnahme eher skeptisch gegenüber – dies vor allem deshalb, weil sie als eine von lediglich zwei Massnahmen der sozialen Integration genannt wird. Diese Integration zu unterstützen, ist nach unserem Dafürhalten eine klare Aufgabe des staatlichen Gemeinwesens und muss auch entsprechend finanziert werden. Freiwillige leisten in diesem Bereich aber zweifellos eine ganz wichtige Unterstützung. Unter diesen beiden genannten Vorbehalten gegenüber der vorliegenden Strategie stimmt die Fraktion SP/JUSO dem Bericht dennoch zu. Wir sehen die Strategie als wichtigen Beitrag zur Integration und zur Armutsbekämpfung.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Die Fraktion FDP/JF teilt im Grundsatz die Ansicht des Gemeinderats, dass es ein Gebot der Menschlichkeit, des sozialen Zusammenhalts und der Wirtschaftlichkeit ist, den sozial Schwächsten gezielt zu helfen. Die vorliegende Strategie zur beruflichen und sozialen Integration stellt einen wichtigen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit dar. Trotzdem erlauben wir uns zwei kritische Kommentare: Um Menschen beruflich integrieren zu können, benötigt man primär Arbeitsplätze. Die besten Qualifizierungsprogramme sind letztendlich nutzlos, wenn die besser qualifizierten Personen schlicht keinen Arbeitsplatz finden. Wir können dem Gewerbe nicht ständig, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, Hürden in den Weg stellen und uns wundern, wenn man plötzlich weniger Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Namentlich in der Gastronomie bringt es nicht sehr viel, wenn man den Schwerpunkt darauf legt, die Gastronomie aber gleichzeitig in die Ecke drängt und ihr vorwirft, sie kommerzialisieren und verdrängen und dergleichen mehr. Aus Sicht der Fraktion FDP/JF ist es also sehr wichtig, dass die Stadt – wie es im Vortrag auch erwähnt wird – eng mit den Branchenverbänden zusammenarbeitet und die Qualifizierungsprogramme effektiv auf die Bedürfnisse dieser Betriebe abstimmt.

Die zweite kritische Bemerkung betrifft die soziale Integration: Die Schweizer Gesellschaft funktioniert sehr stark über das Vereinswesen. In einer Sportstadt wie Bern kommt den Sportvereinen bei der sozialen Integration eine sehr wichtige Rolle zu. Es ist die Aufgabe der Stadt, diesen Vereinen optimale Rahmenbedingungen zu bieten, damit sie das gesellschaftliche Engagement wahrnehmen und möglichst viele Personen bei der sozialen Integration unterstützen können. Auch hier nehmen wir aber positiv zur Kenntnis, dass der Gemeinderat in seiner Strategie festhält, dass er mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eng und Hand in Hand zusammenarbeiten will – auch wenn er dabei möglicherweise nicht primär an die Sportvereine gedacht hat.

Die Fraktion FDP/JF nimmt die vorliegende Strategie ohne Wertung zur Kenntnis. Der Grund dafür ist die Massnahme 6 mit den niederschweligen Hilfen. Es ist unbestritten, dass es ein Problem darstellt, wenn Personen, die Anrecht auf Sozialhilfe hätten, diese nicht beziehen können oder wollen. Wir sind aber der Meinung, dass dieses Problem auf kantonaler Ebene oder auf Bundesebene gelöst werden muss und die Stadt Bern nicht als Lückenbüsserin ein-

springen sollte – dies leider nicht zuletzt auch mit Blick auf die nach wie vor angespannte finanzielle Situation der Stadt.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Wir schätzen die gute Arbeit und den ausführlichen Bericht sehr. Problemfelder werden ehrlich aufgezeigt und es wird nicht alles schöngeredet. Aus diesem Grund haben wir auch die Diskussion in der SBK sehr geschätzt. Aber wie die FDP haben auch wir bezüglich der Massnahme 6 unsere Bedenken. Grundsätzlich sind wir nicht gegen niederschwellige Hilfen. Für viele Leute sind solche Hilfen sehr zentral und wichtig. Mit der Begründung im Bericht sind wir jedoch nicht ganz einverstanden. Es werden verschiedene Begründungen herangezogen – unter anderem diejenige, dass auf den Bezug von Sozialhilfe verzichtet werde, weil sich die betreffenden Personen schämen oder ausländerrechtliche Konsequenzen befürchten. Zum Verzicht aus Schamgründen: Dies ist kein Grund, um Parallelstrukturen aufzubauen, wenn es ja Sozialhilfe gäbe. Zum Verzicht wegen der Befürchtung von ausländerrechtlichen Konsequenzen: Wir sehen das Problem bei der Begründung, denn hier werden Sans-Papiers und Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung B erwähnt. Das Problem wird mit niederschweligen Hilfen nicht gelöst, sondern es handelt sich dabei eher um eine Symptombekämpfung. Dass sich Sans-Papiers in einer sehr prekären Situation befinden, ist offensichtlich und anerkannt. Das Problem wird aber nicht gelöst, indem niederschwellige Hilfen angeboten werden, sondern indem Lösungen gefunden werden, damit die Leute nicht mehr in ihrer prekären Situation leben müssen. Wir sehen daher nicht ein, weshalb die Stadt eine Parallelstruktur für diese Personengruppen schaffen und als staatliche Stelle so deren illegalen Aufenthalt akzeptieren sollte. Sie sollte vielmehr versuchen, glaubwürdige Lösungen zu finden. Dabei wird sie von Bundesbehörden und kantonalen Behörden wohl eher gehört, wenn sie das Ausländerrecht umsetzt und respektiert und nicht den Status der Sans-Papiers niederschwellig akzeptiert. Es müssen Lösungen gefunden werden, bei welchen Sans-Papiers legal hier bleiben können – und nicht aufgrund niederschwelliger Hilfen. Die Fraktion GLP/JGLP nimmt den vorliegenden Bericht neutral zur Kenntnis.

Einzelvotum

Johannes Wartenweiler (SP): Ich möchte noch einige Bemerkungen aus gewerkschaftlicher Sicht zu dieser Diskussion und zur vorliegenden Strategie anbringen. Beschäftigungsprogramme sind Kinder der 1990er-Jahre, als die Deregulierung und Liberalisierung wie eine Schockwelle durch die Gesellschaft raste und viele Leute auf die Strasse stellte, die früher einen Job hatten. In dieser Zeit entstanden verschiedene Angebote, teils private, teils öffentliche – und viele davon zweifelhaft. Alle hatten sie zum Ziel, den Prozess, dass die Wirtschaft keine Menschen mehr aufnehmen konnte, irgendwie abzuwickeln. Seit damals betreibt die Stadt Bern unter verschiedenen Namen Integrationsprogramme. Heute sind die meisten davon im Kompetenzzentrum Arbeit (KA) zusammengefasst. Ich zweifle nicht daran, dass es sich im Einzelfall um gute und sinnvolle Massnahmen handelt, aber für die Gesellschaft und die Stadt müssen es Notlösungen sein, denn aus unserer Sicht gibt es zwei Probleme: Der erste Punkt ist die Lohnkonkurrenz. Es muss sichergestellt werden, dass Beschäftigungsprogramme nicht reguläre Löhne konkurrenzieren und Dumpinglöhne sowie Wettbewerbsverzerrungen produzieren. Deshalb sollten solche Programme immer zeitlich beschränkt und mit einer qualifizierenden Massnahme verbunden sein. Auch die eigentlich gewinnorientierte Recyclingindustrie, die in den Neunziger- und Nullerjahren ihr Personal aus den Beschäftigungsprogrammen rekrutierte, schwenkt inzwischen auf eine stärker regulierte Praxis um und hat entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen.

Zum zweiten Punkt: Wir sind auch skeptisch gegenüber der Schaffung von neuen Angeboten gemäss dem Geist der Beschäftigungsprogramme. Das Veloangebot in der Stadt Bern – zum

Beispiel Publibike – stützt sich massgeblich auf das Personal des KA. Dies schafft günstige Bedingungen für die Vermietung der Velos und ist auch für die Kund*innen ein sehr nettes Angebot. Die Arbeit, die bei Publibike anfällt, könnte aber auch von ganz normalen Personen erledigt werden, die genau einen solchen Job benötigen, der nicht sehr hohe Qualifikationen verlangt – dies wäre allerdings nicht mehr ganz so billig. Zudem finde ich, dass es sich bei der Abstützung von öffentlichen Angeboten auf den zweiten Arbeitsmarkt um eine Fehlentwicklung handelt. Dies habe ich bereits bei der Einführung von Publibike kritisiert.

Fazit: Aus unserer Sicht sind die heute diskutierten konkreten Angebote schlank und mit 4 Mio. Franken – auf vier Jahre gerechnet – auch nicht teuer. Aus Sicht der Gewerkschaften sollten wir aber alles daran setzen, den zweiten Arbeitsmarkt so klein wie möglich zu halten und so schnell wie möglich überflüssig zu machen.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Die berufliche und soziale Integration ist eine zentrale Aufgabe für eine Gesellschaft – ein Gebot – und auch eine zentrale Aufgabe der Sozialhilfe. Aber diese Aufgabe kann niemand alleine lösen, diesbezüglich müssen wir ehrlich sein. Die berufliche und soziale Integration stellt je länger, je mehr eine grosse Herausforderung dar. Ich danke Tom Berger für das Vorstellen der Vorlage. Auf die Punkte, die er erwähnt hat, gehe ich nicht näher ein, sondern befasse mich stattdessen mit Ihren Voten.

Der Gemeinderat hat der beruflichen und sozialen Integration bis anhin einen hohen Stellenwert beigemessen, denn er ist davon überzeugt, dass sie einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass Menschen unabhängig und selbstbestimmt leben können. Mit der vorliegenden Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration wollen wir die Herausforderungen annehmen, die nach unserem Dafürhalten in den nächsten Jahren zentral sein werden, und versuchen, Massnahmen zu setzen, die wir als prioritär und zielführend erachten. Natürlich kann man immer sagen, dass man andere Dinge oder noch mehr machen sollte. Der finanzielle Rahmen ist uns aber vom Stadtrat und vom Gemeinderat vorgegeben und wir sind überzeugt, dass wir uns mit dem vorliegenden Programm in den wichtigsten Bereichen weiterentwickeln können. Wir wollen mit unseren Massnahmen nicht die kantonalen Massnahmen konkurrenzieren, sondern Lücken schliessen, die aus unserer Sicht vorhanden sind. Solche Lücken finden sich beispielsweise in der Qualifizierung oder im Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder bei den niederschweligen Hilfen. Auf letztere werde ich noch zu sprechen kommen.

Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zielführend vornehmen zu können, ist immer schwierig, das ist eine Tatsache. Natürlich teile ich die Einschätzung, dass das Ziel darin bestehen sollte, die Leute möglichst in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, aber wenn man sieht, wie sich dieser entwickelt, muss man sagen, dass hier immer mehr Jobs wegfallen und nicht ersetzt oder ins Ausland verlagert werden. Die Stichworte dazu lauten Digitalisierung und Globalisierung. Dieser Entwicklung sind wir bis zu einem gewissen Grad ausgeliefert. Aus diesen Gründen bin ich davon überzeugt, dass die soziale Integration nicht reduziert werden sollte, sondern dass wir weiterhin darauf setzen sollten. Die soziale Integration kann sehr viel dazu beitragen, dass sich Menschen in unserer Gesellschaft zu Hause fühlen und ihrem Dasein bei uns in der Stadt Bern einen Sinn abgewinnen können.

In der Zwischenzeit wurde die Situation noch viel komplizierter. Die Coronapandemie und der Krieg in der Ukraine sind zusätzlich herausfordernd. Als wir die Strategie erarbeiteten, wussten wir natürlich noch nichts von diesem Krieg und dass dadurch sehr viele Leute zu uns in die Schweiz kommen werden.

Zu den kritischen Voten von heute Abend: Es wurde gesagt, wir würden mit unseren Angeboten andere konkurrenzieren. Offenbar gibt es Kleingewerbler, die dieser Meinung sind, und ich wäre froh, wenn diese sich bei mir melden, denn ich suche sehr gerne den Austausch. Ich sehe diese Konkurrenz nicht, denn bei allen Arbeiten, die das KA anbietet, vernetzen wir uns

mit der Wirtschaft. Wir könnten unsere Arbeit nicht machen, wenn es keine Arbeitsplatzangebote von Seiten der Wirtschaft und von Organisationen gäbe und man den Leuten keine Chance gäbe, eine Ausbildung zu machen oder einer Beschäftigung nachzugehen.

Zum Thema Löhne: Es wurde gesagt, man müsse zu hohe Löhne bezahlen. Auch dieses Argument sehe ich nicht. Wir zahlen keine Billiglöhne, sondern entrichten zusammen mit den Arbeitgebern die üblichen Löhne. Es gibt das Programm Jobtimal, das von Arbeitgeberseite, der Stadt Bern und von Seiten der Arbeitnehmenden – den Gewerkschaften – erarbeitet wurde. Bei diesem Programm bezahlt der Arbeitgeber nur den Teil, den der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin leistet. Der andere Teil des Lohns wird von der Sozialhilfe abgedeckt. Ich sehe daher keine Konkurrenz unserer Angebote im Hinblick auf das Gewerbe.

Die Löhne waren in der letzten Strategie ein Thema. Wir wollten einen Schwerpunkt setzen, weil wir der Meinung sind, dass es nicht sein kann, dass es sogenannte Working Poors gibt – Leute, deren Arbeitgeber nicht genügend Lohn bezahlen und die deshalb trotz Arbeitsstelle auf Sozialhilfe angewiesen sind. Bei diesem Punkt sind wir mit unseren Mitteln nicht weitergekommen. Wir haben es nicht geschafft, die Arbeitgeber davon zu überzeugen, dass man bei diesen Löhnen ansetzen müsste. Hier sind insbesondere auch die Gewerkschaften gefordert, damit das Thema weiterhin auf der Traktandenliste bleibt. Es ist ein Armutszeugnis für uns, wenn wir Leute irgendwo zu 100% arbeiten lassen, sie damit aber nicht genug verdienen, um ihr Leben selber finanzieren zu können.

Durch die Coronapandemie haben wir auch sehr vieles gelernt. Wir haben erkannt, dass es auch bei uns in der Stadt Bern Leute gibt, die nicht genügend haben – keine genügend regulären Sicherungssysteme oder keine genügend sicheren Jobs – um auch in einer Krise über die Runden zu kommen. Aus diesem Grund ist mir das Angebot der niederschweligen Hilfen sehr wichtig. Es geht nicht darum, zu sagen, dass diese Leute alle die Möglichkeit hätten, Sozialhilfe zu beziehen. Gerade während der Coronakrise haben wir zusammen mit den privaten Organisationen und den Kirchen einen Flyer erarbeitet und darin die Leute informiert und aufgefordert, die Sozialhilfe aufzusuchen und sich beraten zu lassen. Die Botschaft lautete, dass sie Sozialhilfe beziehen dürfen und nichts zu befürchten haben. Wir wollen mit den niederschweligen Hilfen nicht diejenigen Personen unterstützen, die sich schämen, Sozialhilfe zu beantragen, sondern es geht darum, Leute zu unterstützen, die kein Anrecht auf ein Sicherungssystem haben. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass die betroffenen Personen gar nichts haben.

Salome Mathys, Sie haben erwähnt, bei den Sans-Papiers seien die niederschweligen Hilfen nicht der richtige Weg und man solle sich dafür einsetzen, dass Sans-Papiers besser bezahlt werden. Ich stimme Ihnen voll und ganz zu, aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass gerade diese Personen in der Coronakrise von einem Tag auf den andern ihren Job verloren haben. Die Leute, die Sans-Papiers angestellt hatten, haben argumentiert, sie könnten sich keine Haushaltshilfe mehr leisten oder sie befürchteten eine Ansteckung mit dem Coronavirus. Fair wäre gewesen, wenn sie gesagt hätten, dass die angestellten Personen weiterhin einen Lohn erhalten – so wie es vielen Arbeitnehmer*innen ging. Aber das haben diese Arbeitgeber nicht gemacht. Sie haben die betroffenen Personen entlassen – das Ganze ging sie nichts mehr an. Die entlassenen Personen hatten Kinder und eine Familie zu betreuen. Das empört mich – so kann man nicht mit Leuten umgehen! Ich will nicht, dass die Stadt Bern mit Sans-Papiers so umgeht. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gerade diese Personen durch die Coronakrise enorm schlechter gestellt wurden. Mit den niederschweligen Hilfen können wir hier tatsächlich etwas bewirken. Dasselbe gilt für Sexarbeiter*innen. Auch sie haben in der Coronakrise sehr gelitten, denn auch sie haben kein soziales Sicherungssystem, das sie in Anspruch nehmen können. Mit unseren niederschweligen Hilfen wollen wir auch sie unterstützen.

Zum Punkt, den Tom Berger erwähnt hat: Es geht um Ausländer*innen, die bis zu einem gewissen Grad Sozialhilfe beziehen könnten, dies aber nicht tun, weil sie ausländerrechtliche Konsequenzen in Kauf nehmen müssten. Ich stimme Ihnen allen zu: Es geht nicht darum, dass die Stadt Bern dieses System gutheisst. Wir haben uns gegenüber dem Kanton und dem Bund immer positioniert und gesagt, dass eine Verknüpfung von sozialer Unterstützung und ausländerrechtlichen Massnahmen nicht das Ziel sein kann und wir dies bekämpfen werden. Ich hoffe, dass die Coronakrise auf nationaler und kantonaler Ebene aufgezeigt hat, dass man diese Verknüpfung auflösen muss. Aber! Die Leute sind hier und haben Angst, Sozialhilfe zu beantragen, was ich nachvollziehen kann. Wenn sie zu lange Sozialhilfe beziehen, können sie ausgeschafft werden. Wir müssen daher auch diesen Personen eine Unterstützung bieten. Abgesehen davon sind wir in der Schweiz nicht die einzigen, die in diese Richtung überlegen. Mir schwebt vor, dass wir uns bezüglich der niederschweligen Angebote an der Stadt Luzern orientieren. Dort wurden solche Angebote bereits umgesetzt, die Stadt Luzern arbeitet diesbezüglich mit gemeinnützigen Organisationen zusammen.

Zum freiwilligen und staatlichen Engagement: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele Leute dem Staat nur wenig Vertrauen entgegenbringen – weshalb auch immer, bleibe dahingestellt. Gerade während der Coronakrise haben wir daher gemerkt, dass der Staat und private Organisationen viel enger zusammenarbeiten müssen. Als Staat müssen wir sagen, dass es nicht wichtig ist, ob wir es sind, die das Angebot haben – wichtig ist, dass die Personen, die von Armut und Not betroffen sind, wissen, wo sie nachfragen müssen. Wir werden daher auch in Zukunft in engem Austausch mit den privaten Organisationen stehen. Unser Runder Tisch heisst jetzt nicht mehr «Corona und Armut», sondern «Runder Tisch Armut». Wir und alle Organisationen wollen nicht, dass Bern eine Stadt ist, die Armut toleriert. Ich bin daher sehr froh, dass der Runde Tisch noch vor den Sommerferien einberufen wird und die ersten Workshops stattfinden werden, um sich zu überlegen, wie die niederschweligen Hilfen ausgestaltet werden können.

Bei den niederschweligen Hilfen handelt es sich auch um ein Legislaturziel des Gemeinderats. Er hat in seinen Legislaturrichtlinien Folgendes festgehalten: «Die Legislatur 2021-2024 ist durch die Nachwirkungen der Coronapandemie bestimmt. In dieser Situation ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, Sicherheit zu vermitteln und mit Zuversicht in die kommenden vier Jahre zu blicken.» Diese Zuversicht wollen wir allen Leuten in der Stadt Bern geben. Wir werden also weiterhin stark auf die berufliche Integration setzen, aber auch die soziale Integration ins Zentrum stellen. Auch hier sehen wir, dass auf kantonaler Ebene im Moment gewisse Tendenzen vorhanden sind, die wir nicht unterstützen können. Wir sind nicht der Meinung, dass man die soziale Integration ganz den Gemeinden zuschieben sollte, aber der Gemeinderat will Leute unterstützen, die keinen Zugang zur Sozialhilfe haben. Die Vorschläge des Kantons liegen uns noch nicht vor. Sobald sie uns vorliegen, werden wir uns dazu positionieren. Wir sind sehr froh, dass die niederschweligen Hilfen mehrheitlich gut aufgenommen werden. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass diese auf eine Planungserklärung aus dem Stadtrat zurückgehen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Strategie des Gemeinderats zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2022-2025.

(43 zustimmend, 5 ablehnend, 16 ohne Wertung) [Namen](#) 007

2019.GR.000008

5 Umbau Bahnhof und Arealentwicklung Bern Bümpliz Nord: Kostenanteil der Stadt Bern an die Verbreiterung der Personenunterführung; Ausführungskredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt das Geschäft Umbau Bahnhof und Arealentwicklung Bern Bümpliz Nord: Ausführungskredit (Beitragsgeschäft); Kostenanteil der Stadt Bern an die Verbreiterung der Personenunterführung; Ausführungskredit.
2. Für den Kostenanteil der Stadt Bern am Projekt Verbreiterung und Aufwertung der Personenunterführung Bümpliz Nord wird ein Ausführungskredit von Fr. 6 560 000.00 zulasten der Investitionsrechnung I5100794 (Konto 56400000, Kostenstelle 510110) bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 30. März 2022

Antrag 1 PVS

In Zusammenarbeit mit der Hochschule der Künste Bern (HKB) und Graffiti-Künstler*innen wird geprüft, wie die Wandflächen der Personenunterführung sowie der Zugangsrampen Seite Fellerstrasse gestaltet werden können.

Sprecher PVS *Michael Ruefer* (GLP): Vorliegend geht es um den Ausführungskredit zum Kostenanteil der Stadt Bern bei der Erweiterung der Personenunterführung Bahnhof Bümpliz Nord. Das Projekt steht nicht alleine, sondern hängt mit verschiedenen anderen Projekten auf anderer Stufe zusammen, nämlich: Ertüchtigung Barrierefreiheit Bahnhof Bümpliz Nord, Leistungssteigerung SBB Bern West mit Horizont 2026 und Wohnbauprojekt BLS Immobilien. Bei letzterem geht es um das Überbauungsprojekt «Cerniera» beim Bahnhof Bümpliz Nord. Vor rund 10 Jahren stimmten wir über die Zone mit Planungspflicht (ZPP) an der Mühledorfstrasse ab, die Personenunterführung am Bahnhof war ein Bestandteil davon. Mit einer Vereinbarung zwischen der Stadt und der BLS wird der Kostenteiler für den Ausführungskredit definiert. Diese Vereinbarung war Gegenstand von Verhandlungen.

Zum heutigen Stand: Die Ankunftssituation beim Bahnhof ist heute nicht sehr einladend. Die Unterführung hat einen Knick und ist ziemlich düster. Eine Verlängerung dieser Unterführung führt Richtung Fellergut-Zentrum, auf der anderen Seite befinden sich die Hochschule der Künste Bern (HKB), das Entsorgungszentrum und weiter vorne das Tscharnergut. Wie erwähnt, bauen BLS Immobilien am Bahnhof Bümpliz Nord nach 2025 die Überbauung Mühledorfstrasse, ein Teil davon steht bereits. Auf der anderen Seite der Geleise plant die Stadt eine Verdichtung mit Quartier- und Gebietsentwicklungen, das Stichwort dazu lautet Chantier Bethlehem West. In der Nähe ebenfalls geplant ist die Verdichtung der Siedlung Meienegg – dies unter Vorbehalt der Bedenken des Heimatschutzes. Der Bedarf für eine Kapazitätserhöhung und Verbreiterung der Unterführung Bahnhof Bümpliz Nord ist daher ausgewiesen.

Die neue Unterführung soll mit 18 Metern deutlich breiter werden als heute, einen direkten, geraden Zugang aufweisen und auch direkt in Richtung Tscharnergut führen. Zu den Perrons der Geleise 3 und 4 gibt es eine Treppe und eine Rampe, zum Ausgang Mühledorfstrasse eine grosse Velorampe, einen Lift und eine Treppe. Ausserdem ist eine Rampe Richtung HKB geplant, um einen direkten Zugang zu ermöglichen. In der neuen Unterführung entstehen zwei neue Räume zur Nutzung – beispielsweise als Kunstraum und als Cargovelo-Station. Eine weitere Velostation ist beim Zugang Mühledorfstrasse geplant, sobald die Überbauung fertiggestellt ist. Die Details der genauen Gestaltung der Unterführung respektive des

Zugangs Mühledorfstrasse sind noch nicht festgelegt, wir haben erst die Projektskizze gesehen. Für die Umsetzung der Verbreiterung der Unterführung existiert ein eng getakteter Zeitplan, denn die Personenunterführung muss nicht zuletzt auch aus technischen und logistischen Gründen vor der Realisierung des Immobilienprojekts neu gebaut werden. Das Projekt Leistungssteigerung Bern West der SBB gibt wiederum den Takt für die Realisierung der Personenunterführung und für den Umbau der Perrons nach den Vorgaben des Behindertengesetzes (BehiG) vor.

Zum Finanziellen: Das Projekt ist im Agglomerationsprogramm als A-Massnahme angemeldet. Der Stadt verbleiben voraussichtlich Nettokosten von 3,6 Mio. Franken. Dies darf als günstig gewertet werden, wie das Tiefbauamt und die zuständige Gemeinderätin, Marieke Kruit, gegenüber der PVS bestätigt haben. Der städtische Bruttobeitrag an die Unterführung beträgt 6,5 Mio. Franken.

Zum Antrag der PVS: Es geht dabei um die Gestaltung der Wandflächen in der Unterführung. Der Antrag ist als Prüfauftrag formuliert und wurde von der Kommission mit 8 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

Die PVS beantragt dem Stadtrat mit 9 Ja-Stimmen und ohne Enthaltungen einstimmig, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Unsere Fraktion hat den vorliegenden Antrag der PVS zur Graffitiwand intensiv – fast zu intensiv – diskutiert. Wir sprechen von einer Unterführung, die neu gebaut werden soll und für die Entwicklung des Quartiers äusserst wichtig ist. Einige von uns finden den Prüfauftrag der PVS in Ordnung – er tut ja niemandem weh. Die Mehrheit ist aber der Meinung, dass der Antrag überflüssig sei und sich die Sprayer ihre Wände selber suchen und nicht von der Stadt darauf aufmerksam gemacht werden sollen.

Wie dem auch sei – der Gemeinderat hat das vorliegende Geschäft in mehreren Sitzungen gut verhandelt. Wir freuen uns sehr auf die Aufwertung des heutigen dunklen Schlauchs und über den neuen Wohn- und Lebensraum, der in Bümpliz Nord entsteht. Das Areal am Bahnhof ist perfekt erschlossen, die Leute können sich sehr nachhaltig bewegen. Punkto Raumplanung handelt es sich um einen Vorzeigeort. Der neu gestaltete Bahnhof und die anstehende Entwicklung im Chantier Bethlehem West machen das Gebiet äusserst attraktiv. Gleichzeitig hat es in der Nähe sehr viel Grünraum, man hat also den Fünfer und das Weggli.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das vorliegende Geschäft scheint relativ unbestritten zu sein oder es will sich niemand dazu äussern. Da ich das Geschäft ziemlich wichtig finde, ergreife ich trotzdem das Wort. Wer die Unterführung schon einmal durchquert hat, weiss, dass es sich um einen Ort handelt, der aufgefrischt werden sollte. Wenn man mit einem Kinderwagen oder – noch schlimmer – mit einem Rollstuhl von der Mühledorfstrasse zu den Geleisen gelangen will, muss man sehr ungemütliche Hindernisse überwinden. Der Weg führt über zwei sehr klapprige, enge Lifte und durch dunkle Durchgänge und man weiss auch nicht genau, wo man hindurchgehen muss. Es ist alles sehr uneinladend. Aber auch für Menschen, die gut zu Fuss sind, ist die Unterführung gruselig, dunkel und unübersichtlich. Ich benutze diese Unterführung relativ oft und merke, dass ich vor allem abends immer etwas schneller gehe, damit ich möglichst schnell wieder herauskomme.

Vor diesem Hintergrund freut es uns sehr, dass die Unterführung verbreitert wird und gerader verlaufen sowie hindernisfreier gestaltet werden soll. Wir begrüssen es auch, dass im neuen Bahnhof genügend Platz vorhanden sein wird, um Velos abzustellen. Dadurch wird das Umsteigen vom Velo auf den Zug erleichtert, was wiederum die Attraktivität der

umweltschonenden Mobilitätsformen fördert, weil sie so besser kombiniert werden können. In diesem Zusammenhang plädieren wir allerdings dafür, dass die Velos bei der geplanten Velostation gratis abgestellt werden können – dies ging für mich aus dem Vortrag nicht klar hervor –, damit das Angebot möglichst niederschwellig bleiben wird und das Umsteigen gefördert wird.

Dem Antrag der PVS stimmen wir zu. Wir begrüssen es sehr, dass die Unterführung heller und freundlicher werden soll. Trotzdem befindet sie sich weiterhin zwischen Bümpliz und Bethlehem und sollte aus unserer Sicht diesen urbanen und lebendigen Quartieren auch gerecht werden. Es sollte daher Platz haben für Graffitis, denn diese sind aus unserer Sicht ein Teil der westlichen Kultur. Michael Ruefer sagte vorhin, die Sprayenden sollen dort sprayen dürfen, wo sie gerne möchten. Das sehen wir durchaus ähnlich, aber das Problem ist, dass Graffitis ständig übermalt werden, falls es sich nicht um legale Sprayorte handelt. Wenn man die Graffitikultur fördern möchte, muss man den PVS-Antrag unterstützen.

Mohamed Abdirahim (JUSO) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist relativ klar, dass der Perimeter umgebaut werden und den heutigen Standards gerecht werden muss. Gerade wegen des BehiG muss der Bahnhof angepasst werden, wie auch meine Vorrednerin ausgeführt hat. Ich habe in meinem Umfeld gehört, das es für Menschen, die auf einen Rollstuhl oder eine Gehhilfe angewiesen sind, mühsam ist, von den Geleisen zum Ausgang zu gelangen. Wir begrüssen daher die angestrebte Hindernisfreiheit im vorliegenden Projekt und finden es gut, dass sich bei diesem Thema etwas bewegt. Zum Thema Belebung des öffentlichen Raums: Ich bin gespannt, was in den beiden Räumlichkeiten passieren wird, und werde kritisch beobachten, was dort nach dem Umbau stattfindet.

Der Umbau des Bahnhofs und die Verbreiterung der Personenunterführung sind für uns unbestritten. Zu den Graffitis. Die Graffitis, die dort seit 2004 bestehen, sind ein Markenzeichen der Unterführung. Sie haben einen grossen Wiedererkennungswert, auch für das Quartier. Ich selber durfte als Viertklässler mitverfolgen, wie die Sprayerinnen und Sprayer die Unterführung gestalteten und dies hinterliess bei mir einen grossen Eindruck. Es ist schade, dass diese Graffitis Platz machen müssen. Zum Glück gibt es den PVS-Antrag, der verlangt, dass geprüft wird, ob mit Sprayer*innen und der HKB, die sich gleich nebenan befinden, etwas auf die Beine gestellt werden kann. Farblose Wände haben wir in der Stadt Bern genug und ich fände es schön, wenn man etwas Neues gestalten könnte, das vielleicht auch etwas heller ist als die bisherigen Graffitis. Die Fraktion SP/JUSO stimmt dem Ausführungskredit zu und nimmt den Antrag der PVS an.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Ich danke dem Referenten für die umfassende Vorstellung des Geschäfts und Ihnen allen für die positive Aufnahme. Die Bahnhofunterführung Bümpliz Nord soll schöner, breiter und sicherer werden, und natürlich auch BehiG-konform. Sie ist tatsächlich nicht mehr zeitgemäss und die Aufwertung ist auch im Hinblick auf die Erschliessung der neu geplanten Überbauung und Quartierentwicklung dringend notwendig. Der Gemeinderat will daher gleichzeitig mit dem Ausbau des BLS-Bahnhofs die Unterführung zwischen dem Fellergut und dem Tscharnergut verbreitern und aufwerten. Zum einen sind da die Bedürfnisse der Stadt: Dazu gehört ein direkter Aufgang in die geplante Überbauung an der Mühledorfstrasse. Dieses Anliegen haben wir bei der BLS frühzeitig deponiert und konnten zum Glück eine Vereinbarung abschliessen. Konkret haben wir vereinbart, dass sich die Stadt Bern mit einem Pauschalbetrag von 6,5 Mio. Franken an der Erneuerung der Personenunterführung beteiligt.

Es ist sehr wichtig, dass der Ausbau zügig angepackt werden kann, wie auch vom Referenten erwähnt wurde. Einerseits müssen wir eine Lösung haben, bevor das Immobilienprojekt definitiv umgesetzt wird. Andererseits macht es die geplante Leistungssteigerung Bern West

der SBB zwingend nötig, dass die BLS den Bahnhof jetzt umbauen kann. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Kredit von 6,5 Mio. Franken zuzustimmen. Die geplanten Massnahmen der Stadt sind im Agglomerationsprogramm 4. Generation angemeldet. Die Kostenbeteiligung des Bundes wird voraussichtlich 30% bis 50% betragen. Vom verbleibenden Teil wird der Kanton voraussichtlich 20% bis 30% übernehmen.

Zum Antrag der PVS: Die Wichtigkeit der Graffitikunst innerhalb der Jugendkultur in Bern West ist bekannt und unbestritten. Im Rahmen der Projektentwicklung wurde dieser Punkt auch mehrmals thematisiert. In der weiteren Projektbearbeitung soll mit allen beteiligten Partnern und der HKB ein Konzept erarbeitet werden. Dabei wird sicher zentral sein, dass die Verbindung hell und einladend gestaltet wird. Als ich kürzlich im Westen von Bern an einer Veranstaltung teilnahm, sagte mir jemand, das Schönste an der jetzigen Unterführung seien die Graffitis. Offenbar sind diese dem Quartier sehr wichtig.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag PVS zu. (48 Ja, 14 Nein, 2 Enthalten) [Namen 008](#)
2. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Geschäft zu. (65 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen 009](#)

2012.GR.000587

6 Bären-/Waisenhausplatz: Umgestaltung und Sanierung, Erarbeitung des Bauprojekts bis Bewilligungsverfahren: Erhöhung Projektierungskredit sowie Schutzmassnahmen Bundesplatz; Projektierungskredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Bären-/Waisenhausplatz: Umgestaltung und Sanierung für die Erarbeitung des Bauprojekts bis Bewilligungsverfahren: Erhöhung Projektierungskredit sowie Schutzmassnahmen Bundesplatz; Projektierungskredit.
2. Der bewilligte Projektierungskredit für die Umgestaltung und Sanierung des Bären-/Waisenhausplatzes von Fr. 550 000.00 wird um Fr. 2 250 000.00 auf Fr. 2 800 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. I5100374 (Kostenstelle 510110), erhöht.
3. Der Stadtrat bewilligt einen Projektierungskredit von Fr. 260 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. I5100789 (Kostenstelle 510110), für die Massnahmen zum Schutz des Bundesplatzes (Vorprojekt bis und mit Ausschreibung).
4. Die Projektierungskredite sind später in die Realisierungskredite aufzunehmen.
5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 6. April 2022

Anträge

1.	PVS-Minderheit	Im Zusammenhang mit der weiteren Projektierung der Gesamtsanierung Bären-/Waisenhausplatz ist zu prüfen, ob und in welcher Form das Metroparking weiter betrieben werden soll.
2.	GB/JA	Es ist zu prüfen, wie der Bären- und Waisenhausplatz über die vorgesehenen zusätzlichen Bäume hinaus stärker begrünt werden kann. Zu prüfen sind insbesondere zusätzliche Bäume, Grünflächen, Pflanztöpfe, Kletterpflanzen und Fassadenbegrünungen.
3.	GB/JA	Es ist zu prüfen, ob nach der Umgestaltung klare Velorouten signalisiert und eingeführt werden können, die auch bei Veranstaltungen (insb. Märk-

		ten) frei bleiben.
4.	GB/JA	Es ist zu prüfen, ob auf der Nägeli-/Speichergasse Tempo 30, Zufahrt nur für Zubringerdienst oder ein Fahrverbot für gewisse Zeiten (analog z.B. zur Aarberggasse) eingeführt werden kann.
5.	GB/JA	Auf die Verschiebung des Waisenhausplatzbrunnens ist zu verzichten.
6.	GB/JA	Eventualantrag: Die Kosten für die Verschiebung des Waisenhausplatzbrunnens sind im Baukredit gesondert auszuweisen.
7.	GB/JA	Es ist zu prüfen, ob der Garten des Polizeigebäudes im Rahmen der Umgestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes als Park für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.
8.	GB/JA	Auf die Schutzmassnahmen gegen Terrorangriffe ist zu verzichten. Der Projektierungskredit ist entsprechend um 260'000 CHF (inkl. MWST) zu kürzen.
9.	FDP/JF	Auf die Pflästerung soll verzichtet werden und stattdessen eine Gestaltung mit grossen Platten, analog Bundesplatz, realisiert werden.
10.	FDP/JF, SVP	Eventualantrag: Wird die Gestaltung mit grossen Platten abgelehnt, sollen Wege und Bahnen mit grossen Platten die Überquerung der Plätze ermöglichen. <i>(Während der Debatte zurückgezogen)</i>
11.	FDP/JF, SVP	Auf eine Prüfung für eine verkehrsfreie Ausgestaltung der Plätze soll verzichtet werden.
12.	FDP/JF, SVP	Der Betrachtungs- und teilweise der Bearbeitungsperimeter (Hodlerstrasse, Speichergasse) darf nicht zu einer Sperrung derselben (auch nicht teilweise oder zeitweise!) führen. Dies ist als Vorgabe im Projekt aufzuführen.
13.	FDP/JF, SVP	Auf die Position «Temporäre Aufwertung und Testnutzung (6 Jahre) Fr 290 000.00» ist zu verzichten und der Kredit um diese Summe zu kürzen.
14.	FDP/JF	Im Rahmen der Planung sollen Tunnelvarianten (Schütte bis Kleeplatz, Schütte bis Hodlerstrasse) geprüft werden, um nach deren Realisierung eine durchfahrtsfreie Zone realisieren und den Platz als Ganzes nutzen zu können.
15.	SVP, FDP/JF	Alle Anforderungen gemäss aktualisiertem Konzeptbericht von 2020, Seite 13/13; Kapitel 4.5 „Infrastruktur“ sind im Projekt zu berücksichtigen. Zudem ist der Nachweis zu erbringen, dass die Anlieferung zu den Geschäften mindestens während vorgegebener Zeiten sichergestellt werden kann.
16.	SVP, FDP/JF	Die Gestaltung der gesamten Platzanlage mit Plattenbelägen und Pflästerung ist so auszugestalten, dass eine optimale Begehung und Nutzung gewährleistet ist.
17.	SVP, FDP/JF	Es sind ausschliesslich einheimische Natursteine zu verwenden.

Sprecher PVS *Janosch Weyermann* (SVP): Die Umgestaltung des Bärenplatzes und Waisenhausplatzes hat eine 30-jährige Planungsgeschichte hinter sich. Sie geht zurück auf eine vom Volk angenommene Volksinitiative der SVP aus dem Jahr 1988 mit dem schönen Titel «I läbti gärn im Härz vo Bärn». Nach der Volksabstimmung legte der Gemeinderat dem Stadtrat schon damals einen Projektierungskredit vor, aber aus finanziellen Gründen wurde das Projekt nie realisiert, 2001 wurde es sogar komplett sistiert. Seither gingen aus dem Stadtrat immer wieder Vorstösse mit ähnlichen Forderungen ein. 2021 legte der Gemeinderat in seinen

Legislaturrichtlinien die Aufwertung der Innenstadt fest. Dementsprechend ist er bestrebt, das Vorhaben endlich voranzubringen.

Zum Projekt: Beim Bärenplatz und Waisenhausplatz handelt es sich um einen speziellen Projektperimeter. Der Waisenhausplatz ist in drei Segmente unterteilt, nämlich in den unteren, mittleren und oberen Teil. Nebendran liegt der Meret-Oppenheim-Platz, direkt gegenüber der Polizeikaserne, und unzählige Gassen sowie die Hodlerstrasse grenzen direkt an den Platz. Im oberen Bereich grenzt der Bärenplatz an den Bundesplatz. Die spezielle, langgezogene Form des ganzen Gefüges Waisenhausplatz-Bärenplatz hat sich städtebaulich über die Jahre hinweg so entwickelt und wurde nicht zum Voraus so geplant. Der Gemeinderat will nun gewisse Änderungen vornehmen. Der Verkehr – einerseits der ÖV mit den vielen Trams und andererseits der Anlieferungsverkehr – zerschneidet den Raum heute und verstärkt den Umstand, dass die beiden Plätze nicht als Einheit wahrgenommen werden, sondern vielmehr als Flickenteppich. Es mangelt heute an einem übergeordneten Gesamtkonzept, das die Teilräume optisch und strukturell miteinander verbindet. Dem soll mit der Aufwertung und Umgestaltung Abhilfe geschaffen werden. Im Grundsatz verlangte die Initiative 1988, dass die Plätze für Fussgänger*innen frei sein sowie zum Verweilen und Erholen einladen sollen. Auf den Plätzen sollen Märkte und Veranstaltungen stattfinden. Der Anlieferverkehr zu den Geschäften und der Zugang zu den übergeordneten Verkehrsbeziehungen für Polizei, Feuerwehr und Notfallfahrzeuge müssen stets gewährleistet sein. Die beiden Plätze sollen mit einer Pflasterung und mit zusätzlicher Beleuchtung ausgestattet werden. Zudem sollen die oberirdischen Parkplätze aufgehoben und verlegt werden.

Das erarbeitete Vorprojekt hat diese Vorgaben in die künftige Gestaltung integriert. Die Plätze sollen zu einer identitätsstiftenden, attraktiven Stadtbühne umgestaltet werden. Im Rahmen des Vorprojekts wurden verschiedene Massnahmen diskutiert. Beispielsweise wurden folgende Punkte geprüft: Bezüglich des Fuss- und Veloverkehrs das Verlegen der Brunnen, um mehr Platz zu schaffen, eine Begrünung und Beschattung durch mehr Bäume, die Aufhebung der Parkplätze und eine Veränderung der Beschränkung der Verkehrsströme des motorisierten Individualverkehrs (MIV). Bei einem so grossen Platz, in den zahlreiche Querstrassen münden, müssen alle Massnahmen auch auf die nähere Umgebung angepasst werden. Dies nimmt der Gemeinderat daher auch als Anlass, um den Bundesplatz einzubeziehen. Es geht dort um einen Projektierungskredit für den Schutz des Bundesplatzes, der Bestandteil des Ganzen ist. Vorgesehen ist, dass fixe Antiterrorselemente platziert werden. Für die Platzierung dieser Schutzelemente sind im beantragten Kredit 260 000 Franken vorgesehen. Der Gemeinderat erachtet es als unabdingbar, das Geschehen in der Umgebung des Platzes in die Projektierung einzubeziehen, dies insbesondere auch mit Blick auf die laufenden Projekte wie beispielsweise die Aufwertung und Erweiterung im Raum Kunstmuseum/Hodlerstrasse. Durch die Abstimmung mit anderen laufenden Vorhaben werden funktionierende Schnittstellen sichergestellt und es können Synergien genutzt werden. Ein weiteres Element ist das Metro-Parking, bei dem demnächst die Decke saniert werden muss. Es ist wichtig, dass man mit den betreffenden Akteuren zusammenarbeitet, um die Projekte aufeinander abzustimmen und Synergien nutzen zu können. Die Projektierung befindet sich noch in einer sehr frühen Phase. Es wird sich erst zeigen, was in diesem Perimeter überhaupt möglich ist.

Zu den Kosten: Laut aktuellem Wissensstand werden die Gesamtkosten auf plus minus 27 Mio. Franken geschätzt. Der vorliegende Projektierungskredit beträgt aktuell 2,8 Mio. Franken. Darin enthalten sind auch temporäre Massnahmen wie zum Beispiel die Möblierung während der Projektierungszeit und Testnutzungen. Enthalten ist – wie bereits erwähnt – auch der Projektierungskredit für die Schutzmassnahmen auf dem Bundesplatz. Zu den Beiträgen von Dritten: Das Projekt ist im Agglomerationsprogramm 4. Generation angemeldet und es wird geprüft, ob Beiträge vom Bund für den Schutz des Bundesplatzes eingeholt werden können.

Zu den Terminen: Die Erarbeitung des Bauprojekts inklusive Etappierungsvorschlag beginnt Mitte 2022, also schon bald. Mitte 2023 beginnen die Planungs- und Baubewilligungsverfahren. Die Volksabstimmung über den Realisierungskredit, der hoch ausfallen wird, folgt 2024. Mit der Realisierung kann frühestens 2026 begonnen werden.

Die PVS beantragt Ihnen einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen, damit man dem vor langer Zeit geäußerten Volkswillen endlich nachkommt – ganz nach dem Credo «Lieber spät als nie.» Zu den Anträgen: Im Zeitpunkt der Beratung in der Kommission lag nur der Antrag 1 PVS-Minderheit vor. Dieser Antrag wurde von der Kommission mit 4 Nein- zu 3 Ja-Stimmen verworfen, bei einer Enthaltung. Der Grund liegt darin, dass das Metro-Parking nicht nur von Autos genutzt wird, sondern auch von der Polizei und der Stadtreinigung, und dass das Ganze mit enormen Kosten verbunden wäre.

Eva Krattiger (JA!) zu den Anträgen der Fraktion GB/JA!: Sie merken es an unseren Anträgen, dass wir noch einige weitere Ideen für den Bärenplatz und den Waisenhausplatz hätten. Zu Antrag 2: Wir möchten, dass der Gemeinderat prüft, wie die beiden Plätze stärker begrünt werden könnten. Sie stellen heute eine ziemliche Betonwüste dar und wenn die Sonne im Sommer vom Himmel brennt, wird es dort ungemütlich. In Zukunft wird sich diese Situation sicher nicht verbessern, weshalb es aus unserer Sicht auf diesen Plätzen zwingend mehr Grün braucht. Dies kann in Form von Bäumen sein, aber in Kombination mit dem Metro-Parking ist das bekannterweise schwierig. Es sollen aber auch Grünflächen, Pflanztöpfe und Kletterpflanzen entlang von Klettergestellen geprüft werden. Zudem könnte der hässliche Eingang ins Metro-Parking begrünt werden.

Mit Antrag 3 verlangen wir, dass geprüft wird, ob auf den umgestalteten Plätzen klare Velorouten signalisiert werden können, die während Veranstaltungen zugänglich bleiben. Im Vortrag steht deutlich, dass die Plätze eine wichtige Querungsrouten für Velos darstellen, wenn man beispielsweise vom Breitenrain in die obere Altstadt fahren will. Es ist weder für die Fussgänger*innen noch für die Velofahrenden angenehm, wenn sich alle zwischen irgendwelchen Marktständen oder kulturellen Veranstaltungen hindurchschlängeln müssen. Es sollte für die Velos daher klar signalisierte Verbindungen geben.

Mit Antrag 4 verlangen wir, dass geprüft wird, ob die Nägeligasse und die Speichergasse in irgendeiner Art verkehrsberuhigt werden können. Die Umgestaltung soll ja auch dazu beitragen, dass die verschiedenen Plätze zusammenwachsen und man sie eher als einen einzigen Platz wahrnimmt. Dies funktioniert nicht, wenn es dazwischen eine befahrene Strasse hat, die eine so starke Trennwirkung ausübt.

Mit Antrag 5 möchten wir, dass auf die Verschiebung des Waisenhausplatzbrunnens verzichtet wird. Die Verschiebung um wenige Meter bringt keinerlei Nutzen und dient lediglich der Ästhetik. All diejenigen, die in den letzten zwei Jahren immer so stark dafür plädiert haben, zu sparen, sollten diesen Antrag daher annehmen. Aus unserer Sicht wäre das Geld nicht sinnvoll investiert. Falls Sie den Antrag ablehnen, verlangen wir mit einem Eventualantrag – Antrag 6 – dass die Kosten für die Verschiebung des Brunnes im Baukredit zumindest separat ausgewiesen werden. Nur so kann der Stadtrat – dannzumal ohne mich – sinnvoll abschätzen, ob die Verschiebung des Brunnes so viel wert ist oder ob sie nicht völlig übertrieben ist.

Zu Antrag 7: Mit diesem letzten Antrag, der die Umgestaltung betrifft, möchten wir, dass geprüft wird, ob der Garten des Polizeigebäudes im Rahmen der Umgestaltung für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Dieser Garten ist in der ganzen oberen Altstadt der einzige Bereich, der so grün ist. Man könnte meinen, dass es eigentlich ein idealer Ort wäre, um am Mittag zu picknicken – prädestiniert als Park. Heute wird dieser Raum schlichtweg nicht genutzt.

Zu Antrag 8: Dieser Antrag bezieht sich nicht auf die Umgestaltung an sich, sondern auf die Schutzmassnahmen gegen Terrorangriffe. Aus unserer Sicht sollte man auf diese Massnah-

men verzichten. Die versenkbaren Terrorpoller sollen vor genau einer Art von Terrorangriffen schützen, nämlich davor, dass jemand mit einem Lastwagen in eine Menschenmenge fährt. Diese Poller vermitteln eine Scheinsicherheit. Natürlich kann es Terrorangriffe geben und ich möchte diese auf keinen Fall verharmlosen, aber aus unserer Sicht würde man das Geld besser beispielsweise in Massnahmen gegen Radikalisierung investieren. Zudem geht es auch um Wahrscheinlichkeiten: Ja, Terrorangriffe sind absolut brutal, unverständlich und für alle Betroffenen höchst traumatisierend. Aber verglichen mit Verkehrsunfällen und erst recht mit Haushaltsunfällen sind sie extrem selten. Wir beantragen daher, auf die Schutzmassnahmen zu verzichten.

Ursula Stöckli (FDP) zu den Anträgen 11 bis 14: Mit Antrag 11 möchten wir, dass auf die Prüfung von absolut verkehrsfreien Plätzen verzichtet wird. Es handelt sich um ganz wichtige querende Strassen und Anlieferungsrouen, weshalb die Verkehrsfreiheit nicht das Ziel sein kann. Andernfalls würde man die untere Altstadt einmal mehr abschneiden. Antrag 12: Das vorliegende Projekt darf nicht dazu missbraucht werden, um eine Sperrung der Hodlerstrasse zu erzwingen. Antrag 13: Mit diesem Antrag geht es uns um Effizienz. Wir möchten, dass nicht wieder getestet wird, denn wir haben jetzt 30 Jahre lang mit unzähligen Provisorien Tests durchgeführt. Heute hat man die Möglichkeit, das Ganze elektronisch zu visualisieren, und ich bin der Meinung, dass man das Projekt jetzt planen und umsetzen muss. Antrag 14: Sicher sagen Sie, dass dies ein teurer Antrag sei, aber stellen Sie sich vor, man hätte vor Jahren dem Tunnel beim Bahnhof zugestimmt. Heute hätten wir dort einen wunderbaren Platz und das Ganze wäre überhaupt keine Diskussion mehr. Die Erbsenzähler haben damals eine solche Lösung verhindert. Wir möchten, dass die Tunnelvariante vorliegend zumindest geprüft wird, damit man Ihren verkehrsfreien Platz realisieren könnte – dies aber erst, wenn ein Tunnel bestehen würde. Aus diesem Grund ist Antrag 14 enorm wichtig. Ich erinnere nochmals an den Bahnhofplatz und an die schwierigen Diskussionen, die wir diesbezüglich hatten.

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen 15 bis 17: Mit Antrag 15 verlangen wir, dass alle Anforderungen gemäss dem aktualisierten Konzeptbericht 2020 berücksichtigt werden (*liest Antrag 15 vor*). Der Bärenplatz und der Waisenhausplatz müssen die verschiedenen – auch temporären – Nutzungen optimal erfüllen. Antrag 16 (*liest den Antrag vor*): Dieser Antrag geht etwas weniger weit als derjenige der FDP. Wir wollen, dass nicht nur Pflastersteine verwendet werden, sondern auch grössere Steinplatten, damit eine relativ attraktive Oberflächengestaltung ermöglicht wird. Wichtig ist, dass die Fläche für zu Fuss Gehende und Rollstuhlfahrende gut nutzbar ist. Antrag 17 (*liest den Antrag vor*): Es darf nicht sein, dass in diesem Teil, der vom UNESCO-Weltkulturerbe geschützt ist, aus Kostengründen billige ausländische Steine verwendet werden. Altstadtrat Hans Ulrich Gränicher war einer der Initianten, die die Volksinitiative damals zusammen mit Fridolin Limbach einreichten. Er bat mich, die vorliegenden Anträge einzureichen.

Ursula Stöckli (FDP) zu den Anträgen 9 und 10: Ich war bei der Begründung unserer Anträge so schnell, dass ich zwei vergessen habe. Antrag 10 ziehen wir zurück, da er sehr ähnlich ist wie Antrag 16 der SVP, den wir ebenfalls unterstützen. Mit Antrag 9 wollen wir, dass nicht die ganze Fläche gepflästert wird. Diese «Bsetzsteine», wie sie in der Rathausgasse verwendet wurden, sind zwar sehr angenehm, um darüber zu rollen, aber immer noch nicht angenehm für Rollkoffer und Rollstühle. Zudem muss die Pflästerung jedes Jahr gesandet werden, dies ist teuer im Unterhalt und unangenehm für die Passanten und die Geschäfte.

Vorsitzender *Michael Hoekstra*: Bevor wir zu den Fraktionsvoten kommen, möchte ich noch etwas zum Abstimmungsprozedere sagen: Wir werden die Anträge 4 und 11 einander gegenüberstellen.

Fraktionserklärungen

Eva Krattiger (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Sie merken es an unseren Anträgen, dass sich die Fraktion GB/JA! mit dem vorliegenden Geschäft etwas schwer tut, und dies auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Grundsätzlich haben wir uns gefragt, ob die Umgestaltung dieser Plätze tatsächlich ein so prioritäres Projekt ist. Aufgrund der Sparmassnahmen wurden diverse Projekte verzögert, abgespeckt oder zurückgestellt, aber die Umgestaltung des Bärenplatzes und des Waisenhausplatzes wird jetzt vorangetrieben – weshalb eigentlich? Dies ist uns ein Rätsel. Andererseits ist klar, dass bei den beiden Plätzen Handlungsbedarf besteht. Sie sind im Moment nicht gestaltet für ein heisseres Klima und – naja – zeugen auch nicht gerade von grosser Schönheit. Zudem gibt es die erwähnte Initiative, die seit Jahren auf ihre Umsetzung wartet. Also gut – früher oder später ist eine Umgestaltung der beiden Plätze nötig.

Allerdings ist es auch ein sehr teures Projekt. Alleine der Projektierungskredit, über den wir heute befinden, beträgt fast 3 Mio. Franken. Wofür? Für die Planung der Pflasterung, der Verschiebung eines Brunnens, einer Handvoll Bäume mehr sowie für diverse, noch ziemlich vage Ideen – das scheint uns relativ dünn zu sein. Aber gut, damit das Projekt mit mehr Ideen gefüllt werden kann, damit Vorabklärungen getroffen und die Planung vorangetrieben werden können, braucht es mehr Geld, das sehen wir ein. Und es wären ja tatsächlich schon jetzt viele gute Ideen vorhanden: Eine Idee ist eine Pflasterung, die dazu beiträgt, dass sich die Plätze weniger stark aufheizen und trotzdem BehiG-konform sind. Eine weitere Idee ist die Beibehaltung der vielseitigen Nutzung als Markt-, Kundgebungs- und Aufenthaltsfläche. Es sollen also Räume sein, in welchen man sich gern aufhält, die zum Verweilen einladen und trotzdem grosse, offene Flächen bieten, die für Marktstände und Demonstrationen gebraucht werden können. Weitere Stichworte sind zusätzliche Bäume, eine möglichst verkehrsfreie Ausgestaltung des Bärenplatzes und des Waisenhausplatzes, Platz für Fuss- und Veloverkehr, genügend Räume ohne Konsumzwang, zusätzliche Veloabstellplätze, mehr Massnahmen für das lokale Klima – und trotzdem bleiben für den MIV gewisse Wege offen und das Metro-Parking bleibt erhalten.

Was uns in der ganzen Auflistung von Ideen und Möglichkeiten aber fehlt, ist eine Priorisierung. Bei all diesen verschiedenen Nutzungen und Gestaltungsideen gibt es auch sehr viele Zielkonflikte. Was ist wichtiger: Das Metro-Parking oder zusätzliche Bäume? Freie Flächen für Marktstände und Kundgebungen oder Sitzmöglichkeiten für Begegnungen ohne Konsumzwang? Das lokale Klima oder der Durchgang für Blaulichtorganisationen? Verkehrsfreie Plätze, die gleichzeitig wichtige Durchgangsrouten für den Veloverkehr darstellen und über die dennoch einige Autos fahren können? Mit unseren Anträgen haben wir versucht, unsere wichtigsten Anliegen zu formulieren, aber wir haben trotzdem den Eindruck, dass wir vorliegend eine Carte blanche beschliessen, da es momentan noch sehr unklar ist, was beim Projekt tatsächlich herauskommt und wie viel sich im Vergleich zur heutigen Situation tatsächlich ändern wird. Gibt es wirklich ein anderes Raumgefühl und ein anderes Lokalklima oder wird das Ganze – plakativ gesagt – durch eine neue Pflasterung lediglich ein wenig hübscher?

In der PVS wurde uns versichert, dass das Geschäft der Kommission nochmals vorgelegt werde, bevor es um den Baukredit gehe. Dies ist aus unserer Sicht ein wichtiger Zwischenschritt, der eingehalten werden sollte. Wir stimmen dem vorliegenden Projekt zu, wenn auch mit einer gewissen Skepsis, und bitten Sie, unsere Anträge, bei welchen es sich mehrheitlich nur um Prüfungsaufträge handelt, zu unterstützen. Die Anträge der FDP und der SVP lehnen wir ab, da sie unseren Interessen entgegenstehen.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Zum Geschäft: Wir unterstützen das Geschäft. Janosch Weyermann hat in seinem Kommissionsvotum bereits die richtigen Akzente gesetzt. Zu den Anträgen: Mir scheint, dass es ein paar Punkte gibt, die wir zusammen anschauen müssen. Antrag 1 der PVS-Minderheit lehnen wir ganz klar ab. Wir wissen, dass das Metro-Parking von verschiedenen Nutzern verwendet wird, auch von der Polizei und vom Gemeinderat. Für mich wäre es ein absoluter Wahnsinn, das Parkhaus aufzugeben, zumal wir auch beträchtliche Investitionen getätigt haben. Es wäre völlig der falsche Weg. Hoffnung macht mir, dass es sich um einen Minderheitsantrag handelt, und ich hoffe, das bleibt auch so. Ich bitte Sie, nicht alle Äste abzusägen, auf welchen Sie sitzen. Denken Sie daran, dass die Stadt auch eigene Fahrzeuge besitzt, möglicherweise auch Elektrofahrzeuge.

Antrag 2: Sie wissen, dass ich in Bern eine Art Idefix-Syndrom entwickle – ich habe Bäume gern. Aber die beantragten Bäume sind nicht realisierbar, weil das Metro-Parking einen sehr geringen Abstand zwischen dem Dach und der Platzoberfläche aufweist. Wenn sich in diesem Bereich Wurzeln befinden, wird das Dach immer rinnen – Bäume sind dort also absolut unmöglich. Wenn es technisch möglich wäre, würde ich mich vermutlich erweichen lassen, dem Antrag zuzustimmen. Das Gesagte würde übrigens auch gelten, wenn Sie unten statt einem Autoparking einen Veloabstellplatz realisieren wollten. Wenn es rinnt, regnet es auch hinein und die Velos rosten. Bäume wären hier also der völlig falsche Weg.

Antrag 3: Diesen Antrag lehnen wir klar ab. Ich bin der Meinung, dass es zumutbar ist, mit dem Velo nicht über den Platz zu fahren, wenn beispielsweise ein Markt stattfindet. Es heisst immer, die Automobilisten sollen weit weg gehen, aber vorliegend scheint mir dies tatsächlich zumutbar zu sein. Ein Markt ist mir wichtiger, als dass man überall zwischen den Fussgängern hindurchfahren kann, zumal diese teilweise dicht gedrängt sind. Der Antrag geht in die falsche Richtung, man kann das Velo nicht immer über alles stellen.

Antrag 4: Auch diesen Antrag lehnen wir klar ab. Überlegen Sie, welche Bedeutung der Neufeldtunnel hat! Wenn man nicht mehr durch die Nägeligasse und Speichergasse fahren kann – auch die Lorrainebrücke wollen Sie abschneiden – dann ist eine Champignonzucht im Neufeldtunnel wohl noch das Beste, um den Tunnel nutzen zu können, denn man wird kaum mehr bis dorthin gelangen. Wenn Sie alles verknappen, haben Sie keine Kapazitäten mehr.

Antrag 5: Dieser Antrag ist durchaus interessant und wir haben uns dies zuerst auch überlegt. Ich bin aber der Meinung, dass wir der Verwaltung die nötigen Handlungsoptionen frei halten und keinen definitiven Entscheid fällen sollten. Ob der Brunnen verschoben wird oder nicht, muss man dann entscheiden, wenn es soweit ist. Ich sehe den Kostenpunkt durchaus, aber ich bin dagegen, im Rahmen der Projektierung bereits ein Denkverbot zu erlassen. Wir lehnen den Antrag daher ab, auch wenn man ihm aus Kostengründen zustimmen müsste. Dem Antrag 6 stimmen wir hingegen zu.

Antrag 7 (*liest den Antrag vor*): Diesen Antrag lehnen wir ab. Denken Sie daran, dass es sich um ein Polizeigebäude handelt, das auch Zellentakte hat. Aus Sicherheitsgründen ist der Antrag nach meinem Dafürhalten daher nicht umsetzbar. Es geht um ein Verwaltungsgebäude, das als solches genutzt wird. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass Sie auch die Anträge von Altstadtrat Luzius Theiler zum Erlacherhof immer abgelehnt haben. Der vorliegende Fall ist noch viel problematischer, denn man stört nicht den Mittagsschlaf des Stadtpräsidenten oder gewisser Funktionäre, sondern wir befinden uns in einem Bereich, in dem es um die Sicherheit geht. Im Polizeigebäude finden Einvernahmen und dergleichen statt und es müssen teilweise auch Kontrollen durchgeführt werden.

Antrag 8: Wir haben uns dies ebenfalls überlegt, denn die Poller sind nicht schön, aber man muss das Ganze unter dem Aspekt der Sicherheit anschauen. Wenn die Poller versenkbar sind und man sie bei Bedarf installieren kann, ist dies die bessere Lösung als die aktuelle, bei der die schweren Poller herangeführt und wieder abtransportiert werden müssen – allenfalls

noch mit Weihnachtspapier verkleidet. Wenn wir beim Platz schon Arbeiten vornehmen, muss man die Gelegenheit ergreifen, um diese Schutzmassnahmen umzusetzen.

Zu den Anträgen der FDP: Wir unterstützen alle Anträge der FDP – mit Ausnahme von Antrag 9. Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag unserem Antrag 16 gegenübergestellt wird. Ich finde, dass unser Antrag offener ist und mehr Möglichkeiten zulässt. Ich bitte Sie daher, sich in der Abstimmung uns anzuschliessen. Für mich ist klar, dass auf die temporären Aufwertungen verzichtet werden soll. Zudem bin ich für eine Prüfung der Tunnelvariante. Ich habe immer gesagt, dass der Verkehr möglichst unterirdisch geführt werden soll.

Denken Sie daran, dass das Berner Stimmvolk der Initiative damals zugestimmt hat. Wir sind mit unseren Anträgen sehr massvoll. Machen Sie nicht irgendwelche Fehler wie das Pflanzen von Bäumen, wodurch das oberste Geschoss des Metro-Parkings nicht mehr nutzbar wäre und gewaltige Sanierungsarbeiten notwendig würden. Setzen Sie den gesunden Menschenverstand ein und denken Sie auch an die Kosten für den Steuerzahler und die Aktionäre, wenn Sie das Metro-Parking vom Waisenhausplatz verbannen wollen. Das Parkhaus hat seine Bedeutung und es wäre eine Vernichtung von Werten.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Sanierung der grossen Fläche vom Bundeshaus bis zur Polizeikaserne ist beinahe eine unendliche Geschichte. Seit der Annahme der Volksinitiative «I läbti gärn im Härz vo Bärn» sind 34 Jahre vergangen. Es ist nicht so, dass in dieser Zeit nichts passiert wäre. Es fand sogar ein grosser Wurf statt, nämlich der neue Bundesplatz, und es gab auch kleine Schrittchen wie die temporären Möblierungen und das Podest auf dem Waisenhausplatz. Vieles wurde aber auch aufgeschoben, vor allem aus finanziellen Gründen. Im vergangenen Drittel Jahrhundert haben sich die Vorstellungen, was eine Stadt lebenswert macht und was nicht, weiterentwickelt. Die kleinen Schrittchen genügen nicht mehr. Der Bärenplatz und der Waisenhausplatz sind, fast mehr für Auswärtige als für Einheimische – Schüler*innen, Leute, die in Bern arbeiten oder Tourist*innen –, die zentralen Orte in der Stadt Bern und damit auch eine Visitenkarte. Sie sind eine Visitenkarte, die nicht nur Freude bereitet. Vor allem über den Mittag werden die Aufenthaltsbereiche sehr stark genutzt, sind aber sehr asphaltlastig. Die sogenannten Marktbereiche sind auch nicht mehr das, was sie vor über 30 Jahren waren. Auf dem Bärenplatz gibt es nicht nur Stände mit Blumen, Früchten und Gemüse, sondern auch Take-aways mit Friteusen, die man riecht, und der Warenmarkt ist heute eher ein Ramschmarkt. Die Nebengässchen sind eher düster und lieblos und im Sommer kann es sehr heiss werden.

Für die Fraktion SP/JUSO ist es daher höchste Zeit, die Sanierung und Umgestaltung der beiden Plätze an die Hand zu nehmen. Wichtig ist für uns, dass sich die Projektierungsarbeiten an den kommenden Jahrzehnten orientieren und nicht an den letzten. Der grosse Raum vom Bärenplatz bis zum Waisenhausplatz muss ein Stadtraum für alle bleiben. Es soll dort künftig genügend Platz für Veranstaltungen haben und es braucht attraktive Aufenthaltsbereiche, auch ohne Konsumzwang. Sodann braucht es mehr Grün und mehr Schatten. Wir unterstützen daher die Erhöhung des Projektierungskredits und stimmen auch dem Projektierungskredit für die Massnahmen zum Schutz des Bundesplatzes zu.

Zu den Anträgen: Antrag 1 der PVS-Minderheit lehnen wir ab – dies nicht aus grundsätzlichen Überlegungen, aber wenn man das Metro-Parking entfernen will, wird damit das Fuder überladen. Die Anträge 2, 3 und 7 unterstützen wir. Die übrigen Anträge lehnen wir ab, auch wenn wir im einen oder anderen Antrag durchaus interessante und sympathische Elemente erkennen. Wir möchten die Projektierungsphase nicht mit Mikrovorgaben und Denkverboten überladen.

Claudio Righetti (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Das Projekt, das schon so lange dauert, trägt zu Recht den Namen «im Härz vo Bärn». Sie kennen mich, ich pflege auch den Blick von

aussen und schaue nicht nur von Bern aus auf die Stadt Bern. Die Verschönerung und Aufwertung der Achse vom Waisenhausplatz bis zum Bundesplatz ist extrem wichtig für die Hauptstadt der Schweiz, für den Tourismus und für die Standortvermarktung. Es ist schön, dass das Ganze jetzt realisiert werden soll. Wie der Bereich gestaltet werden soll, ist noch nicht klar ersichtlich. Es ist auch aus standortkultureller Perspektive ein sehr wichtiges Projekt, denn der grosse Platz verbindet das Zentrum der nationalen Politik – das Bundeshaus – mit den Museen weiter unten und schafft dadurch eine wunderbare Verbindung und Aufwertung für die ganze Stadt. Uns ist auch sehr wichtig, dass man das Gewerbe nicht vergisst, denn aus dem Projekt entsteht eine grosse Chance für das Gewerbe – Restaurants und so weiter –, das man auf diese Weise besser einbinden könnte.

Zu den Anträgen: Antrag 8 der Fraktion GB/JA! lehnen wir ab. Wir finden es eine sehr wichtige Massnahme und es ist richtig, dass sie schon jetzt implementiert wird. Auch Antrag 9 der FDP lehnen wir ab. Antrag 10 unterstützen wir hingegen. Zudem ist uns auch wichtig, dass eine ästhetische visuelle Abgrenzung zum Bundesplatz vorgenommen wird, der bereits mit Platten belegt ist. Antrag 11 unterstützen wir. Es leuchtet wohl allen ein, dass null Verkehr auf diesen Plätzen sicher nicht möglich sein wird. Als ebenso wichtig erachten wir es, dass der Verkehrsfluss auf den zuführenden Quer- und Nebenstrassen erhalten bleibt. Antrag 12 lehnen wir als fixe Vorgabe ab, denn es handelt sich um ein grosses Projekt und wir wollen den erwähnten Perimeter nicht schon jetzt mit einer Entscheidung vorbelasten. Den Anträgen 13 bis 17 stimmen wir zu. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Tunnel, der für die künftige Verkehrsentwicklung in Bern eine Herausforderung wäre, aber auch gute Lösungen bieten würde. Dazu eine Randbemerkung: Ich bin für die heutige Sitzung von Bursins nach Bern gefahren und leider mit Verspätung im Rathaus eingetroffen, denn ich habe von der Autobahnausfahrt Bern bis zum Rathaus mehr Zeit benötigt als von Bursins bis Bern.

Vorsitzender *Michael Hoekstra*: Ich komme zurück auf meine Bemerkung, dass die Anträge 4 und 11 einander gegenübergestellt werden. Wir sehen von einer Gegenüberstellung ab, da sich die beiden Anträge nicht widersprechen.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der 1. Vizepräsident

Die Protokollführerin

X

X

Michael Hoekstra

Marianne Hartmann

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 23.45 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic
Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Barbara Nyffeler
Valentina Achermann	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Timur Akçasayar	Lukas Gutzwiller	Simone Richner
Katharina Altas	Bernadette Häfliger	Claudio Righetti
Ruth Altmann	Erich Hess	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Brigitte Hilty Haller	Sarah Rubin
Tom Berger	Michael Hoekstra	Rahel Ruch
Nicole Bieri	Seraphine Iseli	Michael Ruefer
Diego Bigger	Ueli Jaisli	Kurt Rüegsegger
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Remo Sägger
Gabriela Blatter	Anna Jegher	Judith Schenk
Regula Bühlmann	Barbara Keller	Marianne Schild
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Florence Schmid
Francesca Chukwunyere	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Nicole Cornu	Eva Krattiger	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Anna Leissing	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Corina Liebi	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Ayse Turgul
Alexander Feuz	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Jemima Fischer	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi	

Entschuldigt

Janina Aeberhard	Claudine Esseiva	Alina Irene Murano
Lena Allenspach	Lionel Gaudy	Tabea Rai
Laura Binz	Nora Joos	Sara Schmid
Dolores Dana	Nora Krummen	

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
----------------	-----------------------	-------------------

Entschuldigt

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS
--------------------------	------------------------

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel
Christine Otis, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

- Die Traktanden 34 und 35 werden vorgezogen. -

2022.SR.000078

34 Kleine Anfrage Janina Aeberhard (GLP): Geplante Reglementsänderung (FEBR): Gleich lange Spiessse für alle oder Defizitgarantie für städtische Kitas durch die Hintertür einschleusen?

Yasmin Amana Abdullahi (JGLP): Ich halte dieses Votum stellvertretend für Janina Aeberhard. Wir sind nicht zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats. Insbesondere gehe ich auf Punkt 4 ein, wo gesagt wird, dass die privaten Kitas Mietzinsreduktionen verlangen konnten. Konnten dies die städtischen Kitas nicht? Die städtischen Kitas sind meist in Liegenschaften der Stadt Bern eingemietet und es wäre unsinnig, wenn nicht auch hier ein Mietzinserslass möglich gewesen wäre. Die Stadt konnte während der Pandemie die Mieten bei privaten Mieterinnen und Mietern reduzieren. Die erwähnte Mietzinsreduktion für private Kitas ist für uns deshalb kein Argument für die Ungleichbehandlung von privaten und städtischen Kitas.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2022.SR.000081

35 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Kirchenfeldschulhaus: Kritische Nachfragen zum Vorgehen des Gemeinderates: Anpassung Zeitprognose? Kann der Gemeinderat u.a. garantieren, dass nach Bau des Schulhauses gemäss aufgelegtem Projekt die beliebten Kindergärten an der Motta-, Flora-, Thormannstrasse und Dalmaziquai bestehen bleiben?

Alexander Feuz (SVP): Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden. Der Gemeinderat geht davon aus, dass 2024 – ob realistisch oder nicht – mit dem Bau begonnen werden kann. Wenn man über ein wenig Sachverstand verfügt und weiss, dass die Einsprecher – ich gehöre nicht dazu – in einem Nebenpunkt bis vor Bundesgericht gezogen sind, kann man davon ausgehen, dass man auch bezüglich des Hauptpunktes bis vor Bundesgericht gehen wird und somit ein Planungshorizont bis 2024 völlig unrealistisch ist. Die Leute denken, dass 2024 die Bagger auffahren werden. Des Weiteren habe ich vom Gemeinderat Garantien verlangt, dass die beliebten Aussenstandorte bestehen bleiben. Wir wissen, dass man den Kindergarten an der Thormannstrasse – meine Tochter besucht diesen – schliessen musste, weil es zu wenige Kinder hatte. Ich befürchte, dass, wenn das Schulhaus Kirchenfeld nach Jahr und Tag gemäss dem Vorhaben des Gemeinderats doch noch erstellt wird – *Unterbrechung*

Der Stadtratspräsident bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.

Alexander Feuz setzt sein Votum fort: Ich bin bereits am Schluss. Wie erwähnt bin ich maximal unzufrieden mit der Antwort. Sie werden es sehen, ich bleibe am Thema dran.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Eine Nebenbemerkung am Rande: Es ist schön, dass Sie zu den Antworten auf die Kleinen Anfragen jeweils Ihren Zufriedenheitsgrad zu Protokoll geben. Dieser ist aber nur bei Interpellationen gefragt. Es ist aber erlaubt, auch bei den Kleinen Anfragen den Zufriedenheitsgrad anzugeben.

2012.GR.000587

6 Fortsetzung: Bären-/Waisenhausplatz: Umgestaltung und Sanierung, Erarbeitung des Bauprojekts bis Bewilligungsverfahren: Erhöhung Projektierungskredit sowie Schutzmassnahmen Bundesplatz; Projektierungskredit

Fraktionserklärungen

Micheal Ruefer (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Die Fraktion GLP/JGLP begrüsst die Erhöhung des Projektierungskredits für den Bären-/Waisenhausplatz. Wir sehen hier – wie alle anderen auch – ein sehr grosses Potenzial, aus dem bereits heute gut genutzten, zentral gelegenen Platz – der leider aktuell eher beliebig und lieblos gestaltet ist – eine Visitenkarte für die Innenstadt und die gesamte Region Bern zu machen. Ob wir aber an diesem Platz wohnen und leben möchten, wie es die Initiative vor 34 Jahren suggerierte, sei dahingestellt. Viele möchten dort auf jeden Fall verweilen. Bei aller Liebe zu diesem Herzen von Bern möchten wir dennoch nicht in Selbstverliebtheit verfallen. Eigentlich sind das Projekt und alles, was zwischen 1988 und 2001 gelaufen ist, kein Grund zur Selbstverliebtheit, sondern eher zu Selbstkritik oder Reflexion. Man musste bei diesem Platz bereits einige Projektabschreibungen machen, auch wenn das Projekt formell nie ganz sistiert wurde. Dies aufgrund weiterer Aufträge aus dem Stadtrat um die Jahrtausendwende sowie des juristischen Aspekts, den die von der Stimmbevölkerung angenommene Initiative mit sich gebracht hatte. Fakt ist, dass das vor 20 Jahren projektierte Vorhaben heute de facto unbrauchbar ist. Zum Beispiel wurde damals über eine H-Lösung mit vier Strassen und sozusagen freier Sicht auf den Autoverkehr diskutiert. All das zeigt, dass, wenn man zu lange an einem Projekt arbeitet und plant, sich die Welt rundherum verändert und die einzelnen Projektparameter unvereinbar werden. Deshalb warnen wir vor überhöhten Ansprüchen an dieses Projekt. Es ist wichtig, dass man die Umgestaltung nun an die Hand nimmt und der Platz vor dem Jahr 2030 in neuem Glanz erstrahlt.

Zu den Anträgen: Wir sehen die meisten Anträge kritisch. Es gibt vereinzelt Mitglieder unserer Fraktion, die gewisse Anträge der Fraktion GB/JA! annehmen oder sich enthalten werden. Die Fraktion GLP/JGLP hegt Sympathien für den Antrag 7 zum Polizeigebäude. Diesen Prüfauftrag unterstützen wir geschlossen. Zusätzlich stimmen wir Antrag 13 zu: Diese Testnutzung ist nun abgeschlossen und man konnte die gewünschten Erkenntnisse gewinnen. Wir finden den beantragten Kredit zum jetzigen Zeitpunkt unnötig.

Brigitte Hilty Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Es wurde bereits viel zum vorliegenden Projekt gesagt. Die Fraktion GFL/EVP stimmt der Sanierung und dementsprechend der Erhöhung des Projektierungskredits zu. Diese Projektierung zieht sich bekanntlich bereits seit langem hin und wenn man in der Hälfte der Zeit noch einmal von vorne beginnen muss, braucht es noch mehr Zeit. Wir sind überzeugt, dass es an der Zeit ist, dass man den Platz nun endlich umgestaltet. Wir hoffen – vor allem unsere Generation –, das noch erleben zu dürfen.

Zu den Anträgen: Die Fraktion GFL/EVP nimmt die Anträge 1 bis 3 an, 4 und 5 lehnt sie ab. Antrag 6 nehmen wir an, Antrag 7 lehnen wir ab, bei Antrag 8 waren wir uns nicht einig und

haben Stimmfreigabe beschlossen. Des Weiteren lehnen wir die Anträge 9 bis 16 ab. Antrag 17 kann angenommen werden, da er auf jeden Fall erfüllt werden wird.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Endlich! Ich erinnere mich noch lebhaft an die Abstimmung. Ich war zwar noch sehr jung, durfte aber bereits abstimmen und war sehr erfreut, dass die Vorlage angenommen worden war. Gleichzeitig war ich enttäuscht, dass anschliessend sehr lange nichts in die gewählte Richtung passierte. Viele von Ihnen hier im Ratssaal waren damals noch gar nicht auf der Welt. Die Versuchung ist gross, aus dem Bären- und Waisenhausplatz einen Park machen zu wollen, was aber nicht funktionieren würde und auch nicht fair wäre. Solche zentralen Plätze sind für alle da und es ist eine Kunst, allen Anspruchsgruppen einigermaßen gerecht zu werden. Es hat Gastrobetriebe – die sogenannte Front –, in denen seit Generationen das sogenannte Sehen und Gesehenwerden zelebriert wird. Wir möchten betonen, dass die Betriebe insbesondere im Bereich des Bundesplatzes durch eine Umgestaltung nicht in ihrem Betrieb eingeschränkt werden sollten. Wir haben aber auf einen diesbezüglichen Antrag verzichtet und verlassen uns auf die Planung. Es hat auch zahlreiche Geschäfte rund um den Platz sowie in den angrenzenden Gassen, die auf eine hindernisfreie Anlieferung angewiesen sind, da sie täglich tonnenweise Ware anliefern lassen müssen, damit wir zu Fuss oder mit dem Velo dort einkaufen gehen können und die Waren vor Ort sind. Die Gestaltung des Platzes betrifft die Bewohnerinnen und Bewohner der Unteren Altstadt, Besucher und Touristinnen aus aller Welt, da hier gezügelt, angeliefert, gelebt und gefeiert wird. All das passiert auf diesem Platz. Das zeigt, dass es auf diesem Platz keinen Raum für ideologische Zwängereien hat.

Zu den Anträgen: Antrag 1 lehnen wir klar ab. Er beinhaltet annähernd alles, was wir als FDP/JF-Fraktion unmöglich unterstützen können. Man mischt sich in Privateigentum ein, vernichtet Infrastruktur und der Antrag bringt schlichtweg keinen Mehrwert, er ist dementsprechend für die Galerie. Bei Antrag 2 hat unsere Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Die Anträge 3 bis 5 lehnen wir ab, Antrag 6 stimmen wir zu. Antrag 7 lehnen wir aus Sicherheitsgründen ab, da ein Park vor einer Polizeikaserne kein öffentlicher Park sein kann. Antrag 8 lehnen wir ebenfalls ab, da wir die angedachten Schutzmassnahmen als effizient sowie flexibel erachten. Hoffentlich müssen diese möglichst wenig gebraucht werden. Unsere Anträge sowie diejenigen der SVP – Anträge 9 bis 17 – nehmen wir selbstverständlich an. Dem Gesamtgeschäft stimmen wir zu.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Ich bedanke mich beim Kommissionssprecher Janosch Weyermann für die gute Vorstellung des Geschäfts sowie für die positive Aufnahme des Projekts durch den Stadtrat. Die Erneuerung und Weiterentwicklung der Innenstadt, vom Bahnhof über den Waisenhausplatz bis zum Bärenpark, will der Gemeinderat mit hoher Priorität fortsetzen und die Neugestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes ist ein wichtiger Bestandteil davon. Wir sprechen bereits seit langem von einer Aufwertung dieser beiden Plätze, es sind – wie vom PVS-Referenten erwähnt – bereits 34 Jahre seit der Volksinitiative vergangen, die eine Umgestaltung und Aufwertung des Platzes forderte. Die Zeiten und Gegebenheiten haben sich seither verändert und durch neue Bedürfnisse werden neue Anforderungen an diese Plätze gestellt. Deshalb war uns eine breite Partizipation wichtig. Daraus wurde ersichtlich, dass eine vielfältige Nutzung, ein einheitliches Verkehrsregime sowie die Berücksichtigung und der Einbezug der Bedürfnisse des Gewerbes, des Wirtschaftsverkehrs, der Notfallorganisationen und des Fuss- und Veloverkehrs für die Umsetzung gewünscht sind. Ja, Ursula Stöckli, es ist eine wahre Kunst, möglichst viele dieser Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen. Die beiden Plätze sollen zu einer identitätsstiftenden, attraktiven und flexiblen Stadtbühne umgestaltet werden, selbstverständlich unter Berücksichtigung der entsprechenden UNESCO-Vorgaben. Ja, Claudio Righetti, auch die Übergänge zu den verschiedenen Plätzen

werden wir sehr sorgfältig planen und umsetzen. Der Gemeinderat will zudem ein besonderes Augenmerk auf Klimaanpassungsmassnahmen legen. Die beiden Plätze stellen in den heissen Monaten Hitzeinseln dar, wie von Eva Krattiger erwähnt wurde. Wir wollen diesbezüglich mit der Wissenschaft zusammenarbeiten und ein möglichst optimales Klima bezüglich der Hitze, aber auch bezüglich Begegnungen schaffen. Gleichzeitig wollen wir auch den Antiterrorerschutz auf dem Bundesplatz verstärken. Sinnvollerweise wird das zeitgleich angegangen, damit Synergien genutzt werden können und eine gute Integration der Schutzmassnahmen angestrebt werden kann. Der Gemeinderat bitte Sie, dem Kredit zuzustimmen, damit wir zügig mit der Umgestaltung beginnen können. Wir haben lange genug gewartet.

Zu den Anträgen: Ich stimme der Begründung zum Antrag der PVS-Minderheit voll und ganz zu. Wir müssen Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas ergreifen. Ich bitte Sie trotzdem, diesen Antrag abzulehnen. Es gibt dafür mehrere Gründe, die ich nicht alle aufzählen werde. Bis 2025 läuft ein Vertrag mit der Metro Autopark AG, mit Option auf Verlängerung bis 2030. Eine vorzeitige Kündigung würde mit grosser Wahrscheinlichkeit Entschädigungsforderungen auslösen und juristische Fragen aufwerfen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Verpflichtung zu einer sofortigen Kündigung der Verträge sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Die Gesamtanierung des Bären- und Waisenhausplatzes würde sich somit erneut verzögern. In diesem Fall würden wir von einer Fertigstellung der Neugestaltung per 2040 sprechen. Wenn wir den Verkehr in der Stadt weiter reduzieren wollen, benötigen wir eine Dosierung des motorisierten Individualverkehrs, was wir nur in Zusammenarbeit mit der Region und dem Kanton erreichen können. Beim Auslaufen des Vertrages werden wir über die künftige Nutzung der Parkhäuser nachdenken und sprechen können.

Zu den weiteren Anträgen der GB/JA!-Fraktion bezüglich Klimaanpassungsmassnahmen: Wir werden solche Massnahmen einplanen und damit in die Kommissionen kommen. Das werden wir umsetzen. Die Signalisation von Velorouten können wir in der weiteren Projektierung prüfen. Zum Antrag 4 GB/JA! bezüglich Speichergasse: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Die Nägeli- und Speichergasse sind nicht Teil des Projektperimeters, über den wir hier sprechen. Dieser Antrag müsste in einem separaten Projekt geprüft werden. Zum Antrag 5, der verlangt, auf die Verschiebung des Brunnens auf dem Waisenhausplatz zu verzichten: Die Verschiebung des Brunnens ist Teil des Gesamtkonzepts. Der Brunnen soll zurück auf die Achse des Holländerturms verschoben werden, was als wichtiges, gestalterisches Element gilt. Sicherlich können wir die Kosten separat ausweisen, wenn das gewünscht wird. Zur Polizeikaserne: Die mögliche Öffnung – das betrifft Antrag 7 – ist im Rahmen des partizipativen Prozesses bereits überprüft worden und als nicht umsetzbar erachtet worden. Wenn Sie diese Prüfung nochmals verlangen, können wir sie nochmals machen. Wie gesagt, wurde es aber bereits einmal geprüft. Zum Antrag 8, der den Verzicht auf die Schutzmassnahmen gegen Terrorangriffe verlangt: Wir wollen diesbezüglich Synergien nutzen und bitten Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Zum Antrag 9 FDP/JF: Beispielsweise sind die Pflastersteine in der Rathausgasse bereits heute Rollstuhl- und High-Heels-kompatibel – ich habe dies selbst ausprobiert und ich kann es bestätigen. Wir haben die Pflästerung mit verschiedenen Interessengruppen angeschaut und als sehr gut befunden. Ich denke, dass sie sich auch für den Bären- und Waisenhausplatz eignet. Zum Antrag 11, der den Verzicht auf die Prüfung einer verkehrsfreien Ausgestaltung der Plätze fordert: Dem Gemeinderat ist eine möglichst verkehrsfreie Ausgestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes ein zentrales Anliegen. Deshalb wollen wir dies selbstverständlich vertieft prüfen. Selbstverständlich werden wir schauen, dass die Bedürfnisse des Wirtschafts- und Anlieferverkehrs sowie der Blaulichtorganisationen berücksichtigt werden. Zum Antrag 12, in dem es um die Hodlerstrasse und die Speichergasse geht: Diese beiden Strassen sind nicht Teil des Projektperimeters. Das müsste separat geprüft werden. Zum Antrag 13, der einen Verzicht auf die Testnutzung beantragt: Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Die temporären Projekte, beispielsweise das Projekt

«Sockel», das rege genutzt sowie geschätzt wird, helfen uns, Überlegungen für die definitive Umgestaltung des Platzes zu machen und die künftige Nutzung zu planen. Die Testnutzungen sind für uns sehr wertvoll. Zum Antrag 14 bezüglich der Tunnelvariante: Dieser Vorschlag sprengt den Projektperimeter und das Projekt würde mit einem solchen Wunsch um mehrere Jahre verzögert, voraussichtlich bis ins Jahr 2040. Man würde zusätzliche Abklärungen benötigen, die nicht einfach zu bewerkstelligen sind. Zum Antrag 15: Das Gesamtkonzept, die Bedeutung und die Funktion sind Teil der Projektierung, in der alles geprüft wird. Deshalb bitte ich Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. Zum Antrag 16 bezüglich Plattenbeläge: Wenn wir die gleichen Pflastersteine nehmen, die bereits in der Rathausgasse verwendet werden, sind diese – wie bereits erwähnt – mit ganz unterschiedlichen Bedürfnissen kompatibel. Zum letzten Antrag 17, der die Verwendung von einheimischen Natursteinen verlangt: Wir verwenden bereits jetzt einheimische Natursteine in der Altstadt, es sind keine ausländischen Produkte.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt Antrag 1 PVS-Minderheit ab. (23 Ja, 41 Nein, 2 Enthalten) [Namen 012](#)
2. Der Stadtrat stimmt Antrag 2 GB/JA! zu. (45 Ja, 19 Nein, 1 Enthalten) [Namen 013](#)
3. Der Stadtrat stimmt Antrag 3 GB/JA! zu. (39 Ja, 25 Nein, 1 Enthalten) [Namen 014](#)
4. Der Stadtrat lehnt Antrag 4 GB/JA! ab. (20 Ja, 43 Nein, 2 Enthalten) [Namen 015](#)
5. Der Stadtrat lehnt Antrag 5 GB/JA! ab. (22 Ja, 42 Nein, 2 Enthalten) [Namen 016](#)
6. Der Stadtrat stimmt Antrag 6 GB/JA! zu. (49 Ja, 14 Nein, 2 Enthalten) [Namen 017](#)
7. Der Stadtrat stimmt Antrag 7 GB/JA! zu. (39 Ja, 22 Nein, 4 Enthalten) [Namen 018](#)
8. Der Stadtrat lehnt Antrag 8 GB/JA! ab. (28 Ja, 33 Nein, 5 Enthalten) [Namen 019](#)
9. Der Stadtrat lehnt Antrag 9 FDP/JF ab. (5 Ja, 62 Nein, 0 Enthalten) [Namen 020](#)
10. Der Stadtrat lehnt Antrag 11 FDP/JF, SVP ab. (15 Ja, 52 Nein, 0 Enthalten) [Namen 021](#)
11. Der Stadtrat lehnt Antrag 12 FDP/JF, SVP ab. (11 Ja, 56 Nein, 0 Enthalten) [Namen 022](#)
12. Der Stadtrat lehnt Antrag 13 FDP/JF, SVP ab. (27 Ja, 40 Nein, 0 Enthalten) [Namen 023](#)
13. Der Stadtrat lehnt Antrag 14 FDP/JF ab. (15 Ja, 52 Nein, 0 Enthalten) [Namen 024](#)
14. Der Stadtrat lehnt Antrag 15 SVP, FDP/JF ab. (15 Ja, 52 Nein, 0 Enthalten) [Namen 025](#)
15. Der Stadtrat lehnt Antrag 16 SVP, FDP/JF ab. (15 Ja, 50 Nein, 0 Enthalten) [Namen 026](#)
16. Der Stadtrat lehnt Antrag 17 SVP, FDP/JF ab. (23 Ja, 28 Nein, 16 Enthalten) [Namen 027](#)
17. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Projektierungskredit zu.
(65 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen 028](#)

2022.SR.000056

7 **Dringliches Postulat Fraktion Mitte (Lionel Gaudy/Milena Daphinoff, Mitte): Schutzmassnahmen für die flüchtenden Menschen aus der Ukraine rechtzeitig ergreifen**

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Dringliche Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 11. Mai 2022

Postulantin *Milena Daphinoff* (Mitte): Es ging uns darum, möglichst früh nachzufragen, welche Schutzmassnahmen die Stadt Bern für die Flüchtenden aus der Ukraine – hoffentlich rechtzeitig – ergreift und ob man prüft, wo noch Bedarf besteht. Ich möchte dazu ein paar Punkte aufnehmen: Bei der ersten Frage ging es um die linguistischen Ressourcen. Wir haben mit einiger Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass es zahlreiche Privatpersonen gibt, die sich

spontan melden und ihre Bereitschaft zeigen, als Übersetzer einzuspringen. Uns ist wichtig, dass der Gemeinderat diesbezüglich beim Kanton vorstellig wird und dafür sorgt, dass es für die Freiwilligen eine minimale Entschädigung gibt. Wir hoffen, dass man dort weitergekommen ist und es in Zukunft einigermaßen geregelt ablaufen kann, damit die hilfeleistenden Personen eine Entschädigung erhalten. Bei Punkt 2 sind wir froh zu hören, dass die SUE bereit ist die «PARITER»-Kontrollen zu gegebener Zeit zu verschärfen. Das ist wichtig, da es unter Umständen nötig sein wird. Zu Punkt 3 bezüglich weiterer Schutzmassnahmen: Es ist gut zu sehen, dass man parat ist und schaut, welche Mittel und welche Ziele die Gemeinden künftig erfüllen müssen. Ein diesbezügliches Update vonseiten des Gemeinderats könnte allenfalls hilfreich sein. Bei Punkt 4 wissen wir, dass das eine der Hauptherausforderungen sein wird. Es wird eine Herkulesaufgabe sein, im Laufe des Jahres alle diese Kinder zu integrieren. Auch diesbezüglich sind wir zuversichtlich, dass der Gemeinderat in der Stadt Bern alle möglichen Hebel in Bewegung setzen wird. Es ist schön zu hören, dass es in Bezug auf den letzten Punkt «Effiziente Zusammenarbeit» offenbar gut läuft.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich.
3. Er stimmt der Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsbericht zu. (63 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen 029](#)

2020.SR.000089

8 Interpellation Fraktion GB/JA! (Lea Bill, GB): Wo steht die Sauberkeitscharta?

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Interpellantin *Lea Bill* (GB): Ich sage nicht viel zur Antwort des Gemeinderats, da diese von Dezember 2020 ist. Stattdessen nutze ich die Gelegenheit, festzuhalten, dass auch nach drei Jahren, nachdem der Sauberkeitsrappen gescheitert ist, weiterhin nur ein Entwurf dieser Charta sowie eine Zustimmung des Stadtrats – die älter ist als ein Jahr – vorliegen, mehr haben wir nicht in der Hand. Eigentlich sollten wir im ersten Quartal dieses Jahres vom Gemeinderat bereits eine öffentliche Information erhalten haben. Aus unserer Sicht ist diese nicht erfolgt. Auch die PVS wurde bisher nicht über den genauen Vorgang informiert. Wir vermuten daher, dass bezüglich Sauberkeitscharta bisher nicht viel passiert ist. Demzufolge stimmt die Aussage des Gemeinderats in seiner Antwort nicht, dass die Sauberkeitscharta gleich schlagkräftig sein kann wie ein Sauberkeitsrappen. Bis jetzt hat uns diese Charta nicht viel gebracht. Wir finden es sehr schade, da Nägel mit Köpfen anders aussehen und unsere Skepsis gegenüber der Freiwilligkeit dieser Charta leider bestätigt wird. Wir haben diese seit jeher als schwierig erachtet. Der Gemeinderat hat die Fragen meiner Interpellation durchaus beantwortet, damit bin ich zufrieden. Alles andere finden wir inhaltlich sowie politisch schwierig.

Beschluss

3. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
4. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

2019.SR.000086

9 Interpellation Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Ist der Ausbau des Fernwärmenetzes auf Kurs?

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Seraphine Iseli (GB) für die Interpellantin: Ich spreche für Franziska Grossenbacher zu dieser Interpellation, die im März 2019 eingereicht worden war und im Juli 2019 vom Gemeinderat beantwortet wurde. Auch bei dieser Antwort kann aufgrund der langen Dauer zwischen Beantwortung und Traktandierung nicht mehr viel herausgelesen werden. Grundsätzlich wurden die gestellten Fragen beantwortet und wir sind zufrieden mit der Beantwortung der Fragen, weniger mit deren Inhalt. Namentlich die Tatsache, dass bis heute Ölheizungen in Neubauten eingebaut werden können, halten wir für problematisch, wie auch die Verzögerung des Ausbaus des Fernwärmenetzes in Bern-West. Für uns ist es zwingend notwendig, dass der Richtplan Energie so umfassend und so schnell wie möglich umgesetzt und die Fernwärme prioritär behandelt wird. Weiter sollen auch die anderen Forderungen, die wir in den letzten Wochen im Stadtrat diskutiert haben, namentlich die Umstellung auf erneuerbare Energie, so zeitnah wie möglich erfüllt werden, damit wir möglichst bald nicht mehr von Öl und Gas abhängig sein werden.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

2020.SR.000153

10 Interpellation Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen/Eva Krattiger JA!): Grundrechte in der Corona-Krise so weit wie möglich garantieren!

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Interpellantin *Eva Krattiger* (JA!): Es ist erfreulich, dass wir schnell vorankommen. Auf diese Weise können wir heute hoffentlich noch unsere Klimavorstösse behandeln, was mich ausserordentlich freuen würde.

Die Interpellation ist bereits älter. Sie entstand im Kontext der Kundgebungen des Klimastreiks vor dem Parlament, das damals in der Bernexpo tagte, der Demonstrationen zum 1. Mai sowie der Demonstrationen von Corona-Massnahmen-Gegnern und -Gegnerinnen in der Innenstadt. Damals hatten zahlreiche Klimastreikende Anzeigen erhalten, die sie anschliessend anfochten und schlussendlich Recht erhielten. Wir finden, dass es sich der Gemeinderat zu einfach macht, wenn er die Verantwortung abschiebt. Dass Einzelpersonen mit einem Schild als Kundgebung angeschaut werden, ist schlichtweg absurd. Weiter ist für uns unverständlich, weshalb der Gemeinderat offenbar so wenig in die Polizeieinsätze involviert gewesen sein soll. Es sollte uns allen klar sein, dass es unterschiedliche Polizeieinsätze gibt und es in der Verantwortung des Gemeinderats liegt, steuernd einzugreifen. Wir sind mit der Antwort auf die Interpellation deshalb nicht zufrieden.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2020.SR.000102

**11 Interpellation Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher/Katharina Gallizzi, GB):
Kann Pilotprojekt Gebäudesanierungen als städtisches Impulsprogramm die
Wirtschaft nach der Coronakrise wieder in Schwung bringen?**

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Interpellantin *Katharina Gallizzi (GB)*: Wir sind mit dieser Antwort nur bedingt zufrieden. Natürlich kann die Stadt im Vergleich zu Bund und Kanton viel weniger Geld investieren. Trotzdem könnte auch sie ihren Beitrag dazu leisten, die Wirtschaft anzukurbeln. Einzig auf ohnehin geplante Investitionen zu verweisen, ist fantasielos. Es sollte darum gehen, mit gezielten Anreizen Private dazu zu motivieren, in schwierigen Zeiten Geld zu investieren, beispielsweise in die Gebäudesanierung. Es freut uns, dass die Arbeiten beim Pilotprojekt zum Fonds für Gebäudesanierungen fortschreiten. Die Antwort ist fast zwei Jahre alt und wir möchten gerne wissen, wie der aktuelle Stand aussieht. Hingegen teilen wir die Ansicht des Gemeinderats nicht, dass dieser Fonds ausreichen wird, um die Gebäudesanierungen mieterfreundlicher zu machen. Eine Studie des Bundesamts für Energie (BFE) und des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO) zeigt, dass bei energetischen Sanierungen die Mieten immer massiv steigen und Hausbesitzer daraus eine Rendite von 2% bis 8% erzielen. Vor allem bei Leerkündigungen steigen die Mieten massiv an. Es ist dementsprechend unzureichend, mit dem Fonds lediglich die Kosten für die Sanierungen zu senken. Damit die Mieten nicht überproportional steigen, braucht es weitergehende Instrumente wie Mietzinskontrollen oder Verbote von Leerkündigungen.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Dies waren im Übrigen vier Vorstösse, die die Fraktion GB/JA! auf den Hinweis des Ratsbüros aus der langen Vorstossliste herausgezogen hat. Wir haben alle Fraktionen darum gebeten, dies bei Gelegenheit zu machen und uns Interpellationen, die inhaltlich nicht mehr aktuell sind oder die wir ohne Diskussion im Stadtrat erledigen können, zu melden. So können wir solche Vorstösse aus der riesigen Menge an hängigen Vorstössen herausnehmen. Wir danken der Fraktion GB/JA!, die diesbezüglich den Anfang gemacht hat.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

- Die Traktanden 12 bis 15 werden gemeinsam behandelt. -

2019.SR.000119

**12 Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #7:
Autofreie Stadt Bern**

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 4. September 2019

Anna Jegher (JA!) für die Motionärinnen zum Traktandum 12: Mittlerweile ist allgemein bekannt, dass Autofahren eine grosse Belastung für unsere Umwelt darstellt. Es ist höchste Zeit für eine konsequente Verkehrswende, die auf ÖV, Velo- und Fussverkehr setzt. Die JA! will deshalb mit der Motion für eine autofreie Stadt Bern eine erste Grundvoraussetzung für ein zukunftsfähiges Verkehrsregime auf städtischer Ebene schaffen. Der Platz, den die Autos in dieser Stadt einnehmen, steht in keinem Verhältnis zu den Nutzungsansprüchen der Bevölkerung. Der öffentliche Raum darf sich nicht nach den Bedürfnissen von Autofahrenden richten. Er sollte viel mehr den Anwohnenden zur Verfügung stehen. Es braucht deshalb dringend ein Umdenken bei der Nutzung des öffentlichen Raums. Wir wollen eine Stadt, in der Kinder gefahrlos auf der Strasse spielen können und die aus Parks anstatt Parkplätzen besteht. Die Stadt Bern ist zudem problemlos ohne Auto zugänglich. Es gibt keinen Grund, warum Privatpersonen mit dem Auto in der Stadt unterwegs sein müssen. Für die Personen, die einen Grund haben, mit dem Auto in der Stadt unterwegs zu sein, haben wir in unserer Motion eine Ausnahmegewilligung vorgesehen. Ausserdem sollen Taxis, Gewerbeverkehr, Carsharing- und Blaulichtorganisationen vom Verbot ausgenommen werden. Die Antwort des Gemeinderats auf unsere Motion scheint uns deshalb sehr dürftig. Klar finden wir Parkplatz- und Temporeduktionen gut und begrüessen auch die weiteren, vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen. Wenn wir aber die Klimakrise ernsthaft bekämpfen wollen, sind diese Massnahmen nicht ausreichend. Wir sind uns bewusst, dass ein Fahrverbot auf dem gesamten Stadtgebiet nicht einfach umzusetzen ist, und auch, dass die Umsetzung nicht von heute auf morgen möglich sein wird. Leider sind simple Massnahmen aber nicht mehr ausreichend, um die Klimakrise zu bekämpfen. Es braucht ambitionierte Ziele, die eine langfristige Veränderung bringen. Dass sich der Gemeinderat eine autofreie Stadt nicht zum Ziel setzt, ist unserer Meinung nach ein fataler Fehler, den wir zwingend verhindern müssen. Deshalb bitten wir Sie dringend, unsere Motion anzunehmen.

Motionär *Alexander Feuz (SVP)* zu den Traktanden 13 und 14: Die SVP hat ebenfalls Klimavorstösse eingereicht. Unsere Vorstösse werden vom Gemeinderat zur Ablehnung empfohlen. Lesen Sie genau, was wir verlangt haben. Ich sage es unseren Leuten und auch Ihnen: Schauen Sie genau, was wir bei Traktandum 13 wollen: Wir fordern den Gemeinderat höflich auf, Poller und Strassensperren, die auf dem Stadtgebiet zu unnötigem Umfahrvverkehr führen, zu entfernen. Ihr Ziel ist es, in der Stadt möglichst kurze Wege zu haben. Was aber machen Sie? Sie trennen mit Pollern alles ab, damit man möglichst weit fahren muss. Wenn Sie vernünftige Klimapolitik machen möchten, müssten Sie kurze Wege ermöglichen, damit man nicht unnötig herumfahren muss. Im Strassenverkehrsgesetz (SVG) gibt es dazu sogar einen Artikel: «Unnötiges Herumfahren ist zu unterlassen». Die Stadt Bern verlangt mit ihrer Verkehrspolitik teilweise unmögliche Umwege. Es haben nicht mehr viele Leute in der Stadt ein Auto und es wird je länger je mehr ein Kampf gegen das Auto geführt. In meinem Quartier bauen Sie bis zu 40% der Parkplätze ab und die verbleibenden Autofahrer sollen auf der Suche nach einem Parkplatz möglichst weit herumfahren. Das ist sicher nicht förderlich für die Umwelt. Unser Klimavorstoss Nr. 1, nämlich der Erhalt von grünen Lungen, wäre am wirksamsten gewesen. Sie haben diesen aber torpediert. Sie wollten das Viererfeld nicht erhalten und keinen Marzilipark erstellen. Mit diesem Vorstoss erhalten Sie die Chance, sich zu verbessern und wenigstens das unnötige Herumfahren zu verhindern.

Zum Traktandum 14 «Kurze Wege auch für den Strassenverkehr»: Dieser Vorstoss hat dieselbe Zielrichtung. Auch für den motorisierten Gewerbe- und Privatverkehr (MGPV) – ich benutze das Wort MIV nicht, da es sich um eine Wortschöpfung handelt, mit der man das Negative am Autofahren zum Ausdruck bringen will – sollen als Massnahme für den Klimaschutz kurze Wege eingeführt werden, indem unnötige Umfahrfahrten minimiert werden sollen. Das wollen Sie aber nicht, sondern bevorzugen bewusst möglichst grosse Umwege. Das ist

der falsche Ansatz. Denken Sie an den Suchverkehr, den Sie generieren, wenn Sie einen Parkplatz nach dem anderen aufheben, es wird wie beim Spiel «Reise nach Jerusalem» sein. Zuerst wurden auf Parkplätzen die Publibike-Stationen erstellt, danach kamen die Mobility-Parkplätze und jetzt kommen die breiten Kehrlichfahrzeuge sowie die Container des Abfalltrennsystems. Leute, die auf ein Auto angewiesen sind – das sind teilweise auch Ihre Wähler – wie beispielsweise ein Schichtarbeiter oder eine Tagesmutter, die die Kinder betreut, müssen herumfahren, um einen Parkplatz zu finden. Das kann nicht im Sinn der Sache sein. Deshalb erachten wir es als falschen Ansatz und probieren einmal mehr, hier Gegensteuer zu geben. Ich befürchte, dass wir diesbezüglich wenig Chancen haben werden, will es aber trotzdem gesagt haben. Die Chance bezüglich des grünen Viererfelds und des Gaswerkareals haben Sie bereits vergeben. Ich befürchte, dass Sie dies auch hier machen werden.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Zur Motion unter Traktandum 12: Sie wollen ein Fahrverbot auf dem gesamten Stadtgebiet einführen. Ausgenommen sind Taxis, Gewerbeverkehr, Carsharing und Blaulichtorganisationen. Vielleicht erhalte ich auch eine Extrabewilligung, wenn ich aus gesundheitlichen oder physischen Gründen auf einen Parkplatz angewiesen bin. Andere Leute, die ein Haus, eine Garage oder eine Einstellhalle in der Stadt Bern haben, sollen nicht mehr mit dem Auto aus den Skiferien nachhause kommen dürfen, sondern müssen ihr Auto irgendwo abstellen, wahrscheinlich im Neufeld oder in Ittigen. Die gesamte Skiausrüstung müssen sie dann nachhause tragen und in ihrer Garage können sie Flöhe oder Hunde züchten. Sie machen rot-grün-dirigistische Verbotspolitik! Sie verbieten den Leuten die Nutzung ihres Eigentums. Es gibt eine Bundes- und eine Kantonsverfassung und wir haben das Recht, ein Auto zu besitzen. Wenn es nach Ihnen gehen würde, dürfte man nicht einmal mehr mit dem eigenen Auto zur eigenen Garage fahren. Was meinen Sie eigentlich? Sie sind schlimmer als ein Schulmeister. Das ist stalinistische Politik, was Sie hier betreiben. Sie wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben. Womöglich schreiben Sie uns als nächstes vor, an welchen Tagen wir Fleisch essen dürfen und an welchen nicht.

Lachen im Saal.

Alexander Feuz setzt sein Votum fort: Es ist so, lachen Sie nur. Solche Vorstösse sind bereits gemacht worden, wir nehmen Sie beim Wort und wehren uns dagegen. Wenn eine Person eine Garage besitzt, mit dem Kajak in die Ferien will und für den Transport das Auto benutzen will, wird das nicht mehr erlaubt sein. Sie sind grossartige Demokraten. Ich bitte Sie, auch die Antwort des Gemeinderats zu lesen. Der Gemeinderat beantragt ebenfalls, die Sache abzulehnen. Es ist für mich rechtlich nicht zulässig und ich verspreche Ihnen, dass Sie mit dieser Forderung spätestens vor dem Verwaltungsgericht scheitern werden. Das können Sie nicht einführen, es ist völlig der falsche Ansatz. Es wird auch Ihre Wähler betreffen, wenn diese beispielsweise mit den Kindern zum Zelten fahren wollen und das Auto packen möchten. Das wird nicht mehr möglich sein. Ich bin nicht sicher, ob Ihre Wähler diese Vorschriften goutieren werden. Ich habe eine gewisse Hoffnung in die Wähler und hoffe, dass dieser Vorstoss bei den Wahlen für Sie verhängnisvoll enden könnte. Ich danke dem Gemeinderat, dass er die Sache gleich betrachtet wie wir.

Zu Traktandum 15: Als ich den Titel der Motion las, war ich der Meinung, dass es eine gute Sache sei und man dieser Motion zustimmen könnte. Wenn man aber die Forderungen genauer betrachtet und feststellt, dass die Anzahl Parkplätze halbiert werden soll, sieht die Sache anders aus. Der Millionär besitzt vielleicht einen Tesla neusten Baujahres, aber Ihr Wähler hat beispielsweise noch ein altes Auto mit Dieselmotor, das er dann nicht mehr parkieren

darf. Wollen Sie eine Zweiklassengesellschaft, in der die einen noch in die Stadt fahren dürfen und diejenigen ohne Tesla oder Elektromobil nicht? Auch die Forderung, den Preis für temporäres Parkieren in den Parkhäusern stufenweise anzuheben und die Mehreinnahmen in den oben bestimmten Umbau zu investieren, geht zu weit. Seien Sie sich bewusst, dass Sie damit Ihren Wählern verunmöglichen, mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Es können sich nicht alle Leute den neusten Tesla leisten. Über Ziffer 3 bezüglich Zusammenarbeit kann man sprechen. Aber es ist offensichtlich das Ziel, dass die Leute nicht mehr mit dem Auto in die Stadt fahren können. Es kommt immer auf das Bedürfnis an. Wenn ich am Dienstag- oder Samstagmorgen auf den Markt gehe, nehme ich nicht das Auto, sondern den Bus. Auch die Person aus Ittigen überlegt sich dies. Sie dürfen dem Bürger nicht das hinterste und letzte vorschreiben. Deshalb lehne ich diese Motion ab und bin enttäuscht vom Gemeinderat, dass er diese Motion erheblich erklären will. Das ist wiederum alles rot-grüne Politik.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Gerne nehme ich im Namen der SP/JUSO-Fraktion Stellung zu diesen vier Vorstössen, die sich mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) im Kontext der Klimapolitik beschäftigen. Sie haben es bereits gehört, der erste Vorstoss setzt darauf, dass man ein Fahrverbot auf dem gesamten Stadtgebiet einführt. Der zweite Vorstoss möchte Poller und Strassensperren aufheben beziehungsweise zurückbauen lassen. Der dritte Vorstoss verlangt kurze Wege für den MIV. Übrigens gehören meiner Meinung nach die Begriffe *MIV* und *Mief* durchaus zusammen, weil ein hoher CO²-Ausstoss sowie Abgase mit Gestank verbunden sind. Der vierte Vorstoss regt an, die Parkhäuser zukunftsfähig zu machen und die Hälfte der Parkplätze auf E-Mobil umzurüsten. Darauf, dass die Mobilität in der Dekarbonisierung eine zentrale Rolle spielt, muss man nicht mehr zurückkommen. Es ist eine Tatsache, dass die Stadt klimapolitisch stets aktiv sein wollte und mit der Energie- und Klimastrategie auch entscheidende Weichen gestellt hat. 2019 erarbeitete der Gemeinderat das Papier «Das Klima ist in Not» und ich möchte ganz kurz auf einige Elemente des Papiers eingehen, unter anderem auch deshalb, weil das im März 2022 verabschiedete Klimareglement noch nicht in Kraft ist. Bei diesem Positionspapier des Gemeinderats zur Klimadebatte sind in den sogenannten Massnahmenblättern verschiedene Dinge enthalten. Im Massnahmenblatt 12 ist die Lenkungsabgabe auf den öffentlichen Parkplätzen drin, natürlich mit dem Ziel, das Gesamtverkehrsaufkommen in der Stadt zu reduzieren und einen Lenkungseffekt auf alternative Verkehrsmittel zu erzielen. Massnahmenblatt 13 behandelt die Reduktion des Angebots von öffentlichen Parkplätzen, Blatt 14 will eine flächendeckende Temporeduktion und Massnahmenblatt 15 setzt sich für Mobilitätshubs und eine autofreie Innenstadt ein. Es geht immer auch darum, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren und auf den Langsamverkehr und den ÖV zu setzen. Ich gehe noch kurz auf das Stadtentwicklungskonzept (STEK) ein, bei dem es darum geht, den MIV auf das Basisnetz zu lenken und stadtverträglich zu machen.

Was heisst das alles nun in Bezug auf die vier Vorstösse? Es ist so, dass es sich bei allen Vorstössen um Richtlinienmotionen handelt, so dass wir vom Stadtrat her gar nicht so viel verlangen können. Vonseiten der SP/JUSO-Fraktion plädieren wir für ein sehr pragmatisches Vorgehen. Es geht uns darum, die Dekarbonisierung durchzusetzen, aber die Frage ist, wie schnell dies passieren soll und kann. Bezüglich des Fahrverbots gebe ich Alexander Feuz recht. Es ist undenkbar, in der Innenstadt ein Fahrverbot durchsetzen zu können. Das würde auch der kantonalen Verkehrsgesetzgebung widersprechen, was eine gewisse Pragmatik von unserer Seite her verlangt. Es ist klar, dass wir die Vorstösse der SVP ablehnen. Wir wollen eine gewisse Lenkung des MIV erreichen, was für uns zentral ist. Es geht auch darum, den MIV zu reduzieren und wenn immer möglich auf Langsamverkehr und ÖV abzustellen. Bei der vierten Motion ist es komplizierter und komplexer. Aus meiner Sicht zielt der Vorstoss in die richtige Richtung, wobei er aber sehr ambitiös ist. Die Fraktion SP/JUSO ist der Meinung,

dass es im Moment nicht zumutbar ist, dass die Hälfte der Altstadtbewohner in den nächsten zwei oder drei Jahren auf ein E-Mobil umsteigen muss. Deshalb lehnen wir auch diesen Vorstoss ab. Ich persönlich spreche mich immer für ambitionöse klimapolitische Vorgaben aus und würde in diesem Zusammenhang dem Vorstoss eher zustimmen, auch wenn sehr hohe Anforderungen an die Anwohner*innen der Altstadt sowie Aussenstehende gestellt werden. Die Fraktion SP/JUSO lehnt alle vier Vorstösse ab.

Florence Schmid (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Die Fraktion FDP/JF unterstützt die Idee der SVP, den Verkehr in der Stadt Bern effizienter zu gestalten, dies auch aus Überlegungen, die den Umweltschutz betreffen. Wer bereits einmal spät in der Nacht vom Inselspital in Richtung Monbijou nachhause gefahren ist – dort geht es nur nach unten – wähnt sich nicht in einer rot-grün regierten Stadt, wenn man an jeder Ampel anhalten und den Motor abstellen beziehungsweise beim Losfahren wieder anlassen muss. Mit einer grünen Welle würde auf der gesamten Strecke die Zieglerstrasse hinunter kein einziger Tropfen Treibstoff verbraucht. Ähnliches überlegt man sich, wenn man abends in der Mittelstrasse hunderte von Autos im Such- und Umfahrvverkehr durchfahren sieht, wo es doch beim Engeriedspital einen direkten Weg auf die Autobahn und davon weg gäbe. Kurzum: Die Fraktion FDP/JF ist dafür, dass die Stadt Bern ein möglichst hindernisfreies Autofahren ermöglicht. Trotzdem nimmt die Fraktion nur eine entsprechende Motion der SVP an. Die Motion, die einen Verzicht auf alle Poller fordert, ist zu einschränkend formuliert. Denkt man an die Altstadt, gibt es Poller, die aus Sicherheitsgründen sinnvoll sind, wie beispielsweise der Poller in der Aarberggasse. Die Motion der JA!, die eine autofreie Stadt Bern fordert, lehnt die Fraktion FDP/JF entschieden ab. Schade müssen wir einmal mehr Zeit und Geld – wir beziehen hier alle eine Spesenentschädigung – aufwenden, um weltfremde und illegale Forderungen zu diskutieren. Diese Zeit und das Geld wären sinnvollerweise in ein paar Solarpanels investiert worden. Für die Idee, in Parkhäusern in der Stadt Bern mehr Plätze für Fahrzeuge mit alternativ betriebenen Motoren anzubieten, hegt die Fraktion FDP/JF Sympathien. Dass eine entsprechende Motion aber eine konkrete Menge und ein konkretes Datum für die Umsetzung fordert, geht unserer Fraktion zu weit. Beides soll der Markt bestimmen können, der sich übrigens klar in Richtung alternative Antriebe bewegt. Es besteht diesbezüglich eine fast nicht zu deckende Nachfrage. Folglich lehnt die Fraktion FDP/JF die Punkte 1 und 2 der Motion Widmer und Jans-Troxler ab, für Punkt 3 hat unsere Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich beginne mit unserer eigenen Motion, Traktandum 15. Es geht um Elektroladestationen und mehr Plätze für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben in den Parkhäusern. Heute ist jedes dritte neuverkaufte Fahrzeug ein Steckerfahrzeug, es wird – wie Florence Schmid erwähnt hat – sowieso der Markt entscheiden, wie viele Elektroladestationen dort erstellt werden. Es braucht im öffentlichen Raum genügend Ladestationen, damit die E-Mobilität ermöglicht werden kann. Die beiden Motionen der SVP lehnen wir ab. Die Poller dienen unserer Meinung nach als Hemmnis für den Autoverkehr, damit die Autofahrer bei solch grossen Umwegen das Bedürfnis verlieren, mit dem Auto in die Stadt zu kommen. Das ist ein Anreiz und kein Verbot. Zur Motion Patzen und Krattiger (Traktandum 12): Es handelt sich nicht um eine Fraktionsmotion, sondern um eine Motion, die Teil eines grösseren Klimapakets war. Man kann deren Sinnhaftigkeit die Ratseffizienz betreffend bejahen oder verneinen. Unsere Fraktion ist klar der Meinung, dass es ein Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsträger ÖV, Velo- und Fussverkehr aber auch Autoverkehr braucht. Mobilität ist ein menschliches Grundbedürfnis, auch von grünen Menschen. Ein Generalabonnement der SBB, mit dem man zum Flatrate-Tarif durch die ganze Schweiz reisen kann, erzeugt ebenfalls grosse Mobilität und folglich Druck auf die Infrastrukturen. Somit ist auch diese Mobilität nicht per se nachhaltig.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich erwähne zwei Punkte, die wir in der Fraktion in Zusammenhang mit der Motion unter Traktandum 15 besprochen haben. Erstens ist das Thema Individualverkehr nicht nur ein klimarelevantes Thema, sondern auch ein soziales. Wir möchten in Zukunft nicht in einer Stadt leben, in der gleich viele, überdimensional grosse Autos herumfahren wie heute, einzig mit dem Unterschied, dass sie elektrisch anstatt fossil angetrieben werden. Sie brauchen sehr viel Platz, der uns allen gehört und nicht nur einigen wenigen Autobesitzer*innen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Mobilität, wie uns mein Vorredner unterstellt hat, sondern gegen E-Mobilität, die so viel Platz in Anspruch nimmt. Bereits Anna Jegher zeigte in der Begründung zu Traktandum 12 auf, wie wir uns die Stadt Bern stattdessen vorstellen. Wir möchten nicht nur mehr Parks anstelle von Parkplätzen, sondern auch mehr Kletterhallen, Kulturbühnen und Räume für Vereine anstelle von Parkhäusern. Zweitens sind die Parkhäuser in der Innenstadt unserer Meinung nach nicht ideal gelegen, weil man für die Hin- und Wegfahrt durch die Stadt fahren muss. Wir begrüßen deshalb die Stossrichtung des Gemeinderats, sich langfristig Gedanken darüber zu machen, wohin die Parkhäuser verschoben werden könnten. Bis dahin begrüßen wir die Idee der Motionär*innen, dass der wertvolle Platz, den die Autos in Anspruch nehmen, immerhin von ökologisch weniger schädlichen Fahrzeugen beansprucht wird. Wir stimmen der Motion zu.

Einzelvotum

Bettina Jans-Troxler (EVP): Wir **wandeln unsere Motion unter Traktandum 15 in ein Postulat um.**

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Die Antworten auf die Vorstösse sind ausführlich, gerne sage ich aber generell noch etwas zu den Klimamassnahmen. In meiner Direktion fallen die konkreten Massnahmen zum Schutz des Klimas vor allem im Bereich Mobilität an. Der Grundgedanke ist nicht neu und wir leben diesen in der Direktion TVS bereits. Das heisst, auf dem städtischen Strassennetz werden ÖV, Velo- und Wirtschaftsverkehr priorisiert und Tempo 30 auf dem Basisnetz und auf städtischen Strassen – dort, wo es sinnvoll ist – eingeführt. Ein ruhiger und konstanter Verkehrsfluss, wie er mit Tempo 30 gewährleistet ist, ist sicherer und führt zu weniger Treibstoffverbrauch. Bei der Einführung von Tempo 30 ist es aber auch wichtig, dass wir die Anliegen des ÖV aufnehmen. Deshalb plant der Gemeinderat diesbezüglich einen Pilotversuch, in dem die Auswirkungen einer Temporeduktion auf den ÖV untersucht werden sollen. Wichtig ist hier, dass die Blaulichtorganisationen weiterhin gut funktionieren können.

Die Flotte von Bernmobil soll klimaneutral werden und wir treiben natürlich auch die Velo-offensive weiter voran. Vorantreiben müssen wir aber sicherlich auch die kombinierte Mobilität und die Schaffung von Microhubs. Ich bin überzeugt, dass Menschen zunehmend auf das eigene Auto verzichten, wenn das Angebot von ÖV, Fuss- und Veloverkehr in Kombination mit Sharing-Angeboten attraktiv ist. Wir müssen die Leute überzeugen, das ist nachhaltiger, als wenn wir sie zu etwas zwingen. Es ist aber erwiesen, dass eine gewisse Lenkung nötig und sinnvoll ist. Bei allen Massnahmen, die wir dringend vornehmen müssen, bin ich überzeugt, dass es wichtig ist, weiterhin auf einen Dialog zu setzen und zu versuchen, möglichst alle in den Prozess einzubeziehen. Sonst riskieren wir grosse Blockaden, die schlussendlich juristisch und über längere Zeit ausgefochten werden müssen. Es sind nur unsere umgesetzten Massnahmen, die dem Klima helfen, und nicht möglichst weitreichende Forderungen und Ankündigungen. Verkehrs- und Klimapolitik endet nicht an der Stadtgrenze, deshalb ist es wichtig, gut mit der Region zusammenzuarbeiten. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden haben nicht immer dieselben Rezepte, gehen aber bei der Verkehrspolitik im Raum Bern zu-

nehmend in dieselbe Richtung. Wir müssen den Verkehr vernetzen, vermeiden, verlagern und verträglich gestalten.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (21 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 030

2019.SR.000147

13 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher, SVP): Konsequente Klimapolitik #2: Vermeidung von schikanösen Behinderungen für den Strassenverkehr!

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.
Bern, 4. September 2019

Diskussion siehe Traktandum 12.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (5 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 031

2019.SR.000146

14 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP und Hans Ulrich Gränicher, SVP): Konsequente Klimapolitik #3: Kurze Wege auch für den Strassenverkehr

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.
Bern, 16. Oktober 2019

Diskussion siehe Traktandum 12.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (12 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 032

2019.SR.000175

15 Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer GFL/Bettina Jans-Troxler EVP): Klimaschutz? Zäme geits! Parkhäuser für die Zukunft rüsten

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
Bern, 4. Dezember 2019

Diskussion siehe Traktandum 12.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionär*innen wandeln die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat lehnt Punkt 1 des Postulats ab. (32 Ja, 34 Nein, 1 Enthalten) [Namen 033](#)
4. Der Stadtrat erklärt Punkt 2 des Postulats erheblich. (38 Ja, 29 Nein, 0 Enthalten) [Namen 034](#)
5. Der Stadtrat erklärt Punkt 3 des Postulats erheblich. (48 Ja, 14 Nein, 3 Enthalten) [Namen 035](#)

2019.SR.000224

16 Motion Zora Schneider (PdA): Für den aktiven Klimaschutz – freie Fahrt für alle!

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
2. Die Antwort gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 29. Januar 2020

Matteo Micieli (PdA) für die Motionärin: Schön, dass es beim dritten Versuch nun klappt, über die Motion zu sprechen. Auf die Motion Schneider, die freie Fahrt für alle im Namen des aktiven Klimaschutzes fordert, hat der Gemeinderat eine Antwort gegeben, die den politischen Diskurs verschleiern, wenn nicht sogar verunmöglichen. Solche Initiativen und Projekte haben immer wieder zu einem starken Umdenken in der Bevölkerung geführt, den MIV reduziert und somit das Klima sehr entlastet. Als soziale wie auch ökologische Massnahme führt der Gratis-ÖV zu einer markanten Erhöhung des Lebensstandards. Mit dem Antrag, die Motion erheblich zu erklären wird versucht, das Thema unter den Teppich zu kehren, ohne viel dafür tun zu müssen. Es wird bei der Umsetzung einer solchen Idee von wirtschaftlicher Belastung gesprochen sowie von gebundenen Händen, weil man keine Kontrolle über Tarifverbände habe. Auch die vom Gemeinderat vorgebrachten Beispiele aus anderen europäischen Städten sind so interpretiert worden, dass sie das Argument des Gemeinderats bezüglich der Planungsunsicherheit sowie der finanziell unvorhersehbaren Kosten eines solchen Projekts stützen. Der Gratis-ÖV in Augsburg sei nichts mehr als eine Marketingstrategie, um Touristen anzulocken. Die Stadt Kassel hat erst nach dem Wechsel zu einer bürgerlichen Regierung entschieden, dass es wirtschaftlich nicht mehr tragbar sei. Somit war das ein politischer Entscheid. Es ist ebenfalls kein Argument, zu sagen, dass der ÖV in Luxemburg bereits heute günstig und die Einführung des kostenlosen ÖV nur deshalb möglich sei. Das spricht doch dafür, dass in Bern im Moment die Fahrkosten viel zu stark über die Billettpreise abgedeckt werden. Auch die Schlussfolgerungen des Gemeinderats, die auf zumindest fragwürdigen, wenn nicht falschen Prämissen aufbauen, sprechen sich klar gegen einen Gratis-ÖV aus. Trotzdem stellt der Gemeinderat den Antrag, die Motion als Richtlinie anzunehmen. Dieser Widerspruch zeigt, was es bedeutet, wenn man etwas als Richtlinie annehmen soll: Der Vorstoss soll archiviert werden. Das passt ebenfalls zum Vorgehen, das man bezüglich unserer Initiative gewählt hat, nämlich diese juristisch zu bekämpfen, statt eine richtige und nachhaltige Diskussion zu ermöglichen. Wir würden es begrüßen, wenn klimarelevante Vorstösse nicht juristisch, sondern inhaltlich, politisch und öffentlich bekämpft werden würden. Das wünschen wir uns vom Gemeinderat und auch von all denjenigen, die solche Ideen als nicht umsetzbar ansehen, das Gefühl haben, ein solches Vorhaben sei mit anderen Mitteln besser zu erreichen oder die die Wirtschaft als wichtiger betrachten, damit solche Ideen nicht einfach

unterbunden werden, weil sie allenfalls etwas radikaler sind als ein breiterer Velostreifen oder mehr Parkplätze für Elektroautos. Wir werden die Motion als Richtlinie trotz allem annehmen, nicht zuletzt, um zu beobachten, wie man im Gemeinderat mit solchen Widersprüchen umgeht.

Fraktionserklärungen

Mohamed Abdirahim (SP) für die Fraktion SP/JUSO: In unserer Fraktion wurde diese Motion sehr rege diskutiert. Die Forderung nach einem Gratis-ÖV geistert überall in der Schweiz herum. Unsere Fraktion ist sich einig darin, dass der ÖV kostengünstig und auf längere Frist sogar gratis sein muss. Die Nachfrage nach einem Gratis-ÖV besteht unbestritten. Es gibt aber auch eine Nachfrage nach einem Ausbau des ÖV. Leider kann man diesbezüglich nicht den Fünfer und das Weggli haben und es muss zuerst das eine angestrebt werden, bevor man das andere machen kann. Man kann hierfür mittelfristige Lösungen andenken wie beispielsweise das Überdenken der Relevanz des Kurzstreckenbillets usw. Die SP/JUSO-Fraktion setzt sich für einen starken ÖV sowie einen für alle zugänglichen Service public ein, egal wie gross das Portemonnaie ist. Dafür braucht die Stadt aber die entsprechenden Ressourcen, die leider aktuell nicht vorhanden sind. Ich bin zuversichtlich, dass wir in Zukunft über die entsprechenden Ressourcen verfügen werden, um einen Gratis-ÖV zur Verfügung stellen zu können. Mit der Richtlinienmotion kann das genauer angeschaut werden. Der Ball liegt damit beim Gemeinderat. Der Gemeinderat hat seine Punkte zufriedenstellend dargelegt und wir begrüssen es, dass er sich im Vortrag mehrheitlich positiv zur Thematik äussert. Erst nach einem massiven Ausbau des ÖV in der Stadt können wir ernsthaft über die Thematik sprechen. Nichtsdestotrotz werden wir der Richtlinienmotion grossmehrheitlich zustimmen und geben den Ball an den Gemeinderat weiter, damit er seinen Handlungsspielraum in dieser Thematik nutzt.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion GB/JA!: Für die Motion Schneider hat die GB/JA!-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Dass der öffentliche Verkehr essenziell ist, steht ausser Frage, nicht nur für alle Menschen mit einer Beeinträchtigung, die sich selbständig fortbewegen möchten, sondern auch für die dringend notwendige Verkehrswende. Ich muss Sie nicht daran erinnern, dass der Verkehrssektor mit 32% der Treibhausgasemissionen – Tendenz steigend – der Klimasünder überhaupt in der Schweiz ist. Wir brauchen einen grundlegenden Paradigmenwechsel im Diskurs rund um die Mobilität, wenn es darum geht, welche Mobilität wir uns in Zukunft wirklich leisten können, und das nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Neben dem Fuss- und Veloverkehr, der diskussionslos die klimafreundlichste Fortbewegungsart ist, ist selbstverständlich auch der ÖV wichtig. Es ist eine Tatsache, dass der ÖV in der Schweiz sowie in der Stadt Bern nicht kostengünstig ist. Somit können es sich nicht alle Menschen leisten, diesen zu benutzen. Man greift rasch aus Bequemlichkeit und aus Kostengründen auf das Auto zurück. Das Auto ist meist nicht per se kostengünstiger, aber wenn sich eine vierköpfige Familie aus Berns Westen überlegt, ob sie jetzt am Ticketautomat viermal 4.80 Franken bezahlt oder doch lieber das Auto nimmt, um in die Stadt zufahren, ist die Rechnung relativ einfach. Was braucht es tatsächlich, um den Umstieg vom Auto auf den ÖV zu fördern? Muss er für alle gratis sein oder braucht es nicht eher eine sozialverträgliche Preisgestaltung? Ich kann sehr gut damit leben, dass Menschen, die am Wochenende mit ihrem Porsche Cayenne in der Innenstadt herumfahren, unter der Woche auch etwas an den Service public bezahlen. Der ÖV ist klar klimafreundlicher als der MIV und trotzdem braucht er auch Energie sowie eine zu wartende Infrastruktur, damit die Qualität langfristig gewährleistet werden kann. Deshalb: Verkehrswende ja, unbedingt jetzt und sofort. Ob das nun gratis

oder kostengünstig umgesetzt werden soll, darin waren wir uns in der Fraktion nicht einig und haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVP: «Freie Fahrt für alle» klingt gut und ist verlockend. Was bewirkt ein generell kostenloser ÖV? Sehr wahrscheinlich wird die Nachfrage nach ÖV gesteigert. Das bedingt aber einen grossen Aufwand bezüglich des Ausbaus des bestehenden ÖV-Netzes, was hohe Kosten für uns alle in der Stadt generiert. Kurzum fragen wir uns, was das Ganze bringen soll und wie das Kosten-Nutzen-Verhältnis aussieht. Wir denken, dass es in keinem Verhältnis steht. Das Ganze verursacht einen hohen Verlust an Steuergeldern für die Stadt, was nicht passieren sollte. Ein kostenloser ÖV muss durch eingenommene Steuergelder finanziert werden, die Rechnung geht nicht auf. Aus unserer Sicht ist diese Idee für die Stadt Bern nicht finanzierbar. Hinzu kommt, dass es aus Sicht der Volksgesundheit keine gute Idee ist. Viele Velofahrer werden auf den ÖV umsteigen, was zu einer Bewegungsarmut der Einwohner führt. Das ist nicht förderlich. Deshalb lehnen wir die Motion generell ab. Sie würde ungleich mehr Kosten verursachen und einen geringen Nutzen bringen.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Die Antwort des Gemeinderats ist ausführlich, wenn auch nicht mehr ganz aktuell. Ich halte mich deshalb kurz und gebe Ihnen ein kurzes Update. Der Gemeinderat hat für das Grundanliegen Verständnis. Wir wollen den nachhaltigen Verkehr fördern, selbstverständlich auch den öffentlichen Verkehr. Wir verfolgen seit langem eine Strategie der massvollen und zielgruppenorientierten Tarifvergünstigung. Wie die meisten von Ihnen wissen, hat der Gemeinderat aufgrund der Gratis-ÖV-Initiative juristische Abklärungen vorgenommen. Im Rahmen dieser Gültigkeitsabklärung kam der Gemeinderat zum Schluss, dass ein Gratis-ÖV für alle zurzeit mit dem übergeordneten Recht nicht vereinbar ist. Zum selben Schluss kam auch die Stadt Zürich. Gemäss der Bundesverfassung sind die Kosten des öffentlichen Verkehrs zu einem angemessenen Anteil von den Nutzenden zu decken. Eine Beschwerde ist bei der Regierungsstatthalterin hängig. Schauen wir, was sie dazu meint. Dies alles schliesst selbstverständlich nicht aus, dass Transportunternehmen Vergünstigungen anbieten können. In der Stadt Bern ist das bereits der Fall, beispielsweise bei den IV-Beziehenden oder Menschen mit Ergänzungsleistungen. Ihnen wird eine Ermässigung von durchschnittlich 30% auf das Abonnement gewährt. Weitere solche Ermässigungen sind grundsätzlich denkbar. Ein generell kostenloser Personentransport hätte zweifelsohne eine positive Auswirkung auf die Nachfrage, aber die direkten Kosten – die Entschädigung des Tarifverbundes für den Ertragsausfall – würden überproportional erhöht. Indirekte Kosten – ein Ausbau des ÖV – kämen hinzu. Wenn die Stadt den Gratis-ÖV im Alleingang einführen würde, müsste sie auch die Kosten alleine tragen. Eine Unterstützung durch den Kanton wäre eher unwahrscheinlich. Uns würden die Mittel für den nötigen Ausbau fehlen, aber auch für die Investitionen in die Zukunft, beispielsweise die zunehmende Elektrifizierung. Der Gemeinderat unterstützt die Idee, massvolle Vergünstigungen für bestimmte Zielgruppen beim ÖV zu fördern. Wir wollen selbstverständlich den nachhaltigen Verkehr, für welchen der ÖV das Rückgrat darstellt, auch weiter fördern.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (30 Ja, 28 Nein, 6 Enthalten) [Namen](#) 036
3. Die Antwort gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.

Eva Krattiger (JA!): Viele der heute traktandierten Klimavorstösse wurden bereits dreimal verschoben. Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass wir diese heute alle noch behandeln. Das betrifft die Traktanden bis und mit Traktandum 24. Wir ergreifen keine zusätzlichen Klimamassnahmen, wenn wir im Stadtrat einmal mehr darüber diskutieren.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Krattiger zu. (Ja 47, 14 Nein, 6 Enthalten) [Namen](#) 037

2019.SR.000093

17 Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL): Klimamassnahmen prioritär umsetzen; Begründungsbericht

Matteo Miceli (PdA) für die Motionärin: Mit unserer Motion fordern wir, dass Klimamassnahmen prioritär umgesetzt werden. Es ist gut, dass der Gemeinderat einsieht, dass es wichtig ist, Massnahmen zu ergreifen und diese mit einer gewissen Dringlichkeit zu behandeln. Weiter ist wichtig, dass ein Klimareglement erschaffen worden ist. Es ist unzureichend, nur Massnahmen zu ergreifen, weil sie gut klingen und sich gut präsentieren lassen. Auf den ersten Punkt der Motion, der fordert, dass Massnahmen zum Klimaschutz priorisiert umgesetzt werden sollen, antwortet der Gemeinderat, dass die Ausarbeitung einer zusätzlichen Beurteilung der getroffenen Massnahmen ressourcentechnisch nicht machbar sei. Das als Argument vorzubringen, um gewisse Schritte im Kampf gegen die Klimakrise nicht einleiten zu müssen, zeigt das Problem auf, das auch das Klimareglement hat. Man will etwas verändern, verkündet dies auch öffentlichkeitswirksam, stellt aber die nötigen Mittel nur ungenügend bereit. Ich weiss, die Stadt Bern muss oder will zumindest sparen, aber wenn wir nicht alles daran setzen, die Klimakrise abzuwenden, sparen wir für nichts. Wenn man eine seriöse Klimapolitik vorantreiben und die gesetzten Ziele erreichen will, muss man dafür arbeiten und lernen, auf gewisse Dinge zu verzichten. Es müssen Ressourcen geschaffen werden, dort wo sie noch nicht vorhanden sind. Ich hoffe, dass das alle einsehen. Es kostet etwas, ein von uns geschaffenes Problem zu bekämpfen. Ob man über die Ressourcen verfügt, um die Bekämpfung der Klimakrise anzugehen, hätten wir uns vor ein paar Jahren – wenn nicht Jahrhunderten – überlegen müssen. Wir werden den Begründungsbericht deshalb nicht annehmen.

Fraktionserklärungen

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Forderungen der Motionärinnen sind für mich klar und einfach verständlich. Massnahmen zum Klimaschutz müssen vom Gemeinderat priorisiert umgesetzt werden. Leider beantwortet der Begründungsbericht praktisch keine der Forderungen und auch nach mehrmaligem Durchlesen der knapp 1,5 Seiten wird nicht klar, ob und wie der Gemeinderat konkrete Massnahmen zum Klimaschutz priorisiert behandeln möchte. Das vor drei Monaten vom Stadtrat verabschiedete Klimareglement und die Erneuerung der Klimastrategie sind schön und gut, aber genau wie es mein Vorredner gesagt hat, bringen schöne Worte wenig. Wir haben es bereits damals oft wiederholt: Wir benötigen die effektive Umsetzung der Massnahmen und keine Worthülsen in einem Reglement und einer Strategie. Es braucht jetzt endlich konkrete Massnahmen und insbesondere die prioritäre Behandlung und Umsetzung dieser Massnahmen. Trotzdem steht in diesem Begründungsbericht praktisch nichts dergleichen.

Zur zweiten Forderung: Bei allen Geschäften soll die positive und negative Auswirkung des Klimawandels in der gemeinderätlichen Begründung zuhanden des Stadtrats abgewogen und

beschrieben werden. Eine Antwort auf diese Forderung habe ich vergebens gesucht. Es wird von der Überarbeitung des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP), den Mitteln der Stadt Bern, die nachhaltig eingesetzt werden sollen und von klimafreundlichen Alternativen, die bevorzugt werden, gesprochen. Aber es steht kein Wort dazu, ob und wann die Geschäfte, die uns im Stadtrat vorgelegt werden, eine positive oder negative Auswirkung auf den Klimawandel haben. Vielleicht kann der Gemeinderat später in seinem Votum darauf eingehen. Die GB/JA!-Fraktion ist sich einig darin, dass der Begründungsbericht nicht zufriedenstellend ist und mehr Fragen aufwirft, als Antworten liefert. Wir hoffen sehr, dass der Gemeinderat trotzdem – auch wenn der Begründungsbericht fraglich ist – die Klimamassnahmen prioritär behandelt und sich dazu durchringen kann, bei den Geschäften im Stadtrat nicht nur die finanziellen Auswirkungen aufzuführen, sondern auch die Auswirkungen auf unsere Klimaziele.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Begründungsbericht zur Motion.

- Die Traktanden 18 bis 21 werden gemeinsam behandelt. -

2019.SR.000296

18 Motion Eva Gammenthaler (AL): Umweltschonende Ernährung in städtischen Betrieben

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 als Richtlinie erheblich zu erklären und Punkt 2 abzulehnen.

Bern, 1. April 2020

Jemima Fischer (AL) für die Motionärin zum Traktandum 18: Wir schätzen es sehr, dass es mittlerweile Ernährungs- und Qualitätsrichtlinien für Kitas und Tagesschulen gibt. Wir begrüßen eine Checkliste für nachhaltige Veranstaltungen. Ein Festival, das die Bevölkerung hinsichtlich der Aspekte von nachhaltiger Ernährung sensibilisiert, ist grundsätzlich eine gute Idee. Es geht aber hier um etwas anderes, nämlich um die in der Motion erwähnten Forderungen. Wir vertreten eine Verzichtabsicht, einen bewussten Entscheid dazu, einen machbaren Schritt zu gehen. Es geht um eine Verzichtabsicht oder -erklärung, die immer noch eine Wahlfreiheit beinhaltet. Dort, wo diese Wahlfreiheit nicht gewährleistet ist, beispielsweise in Institutionen, in denen Menschen längerfristig bei allen Mahlzeiten betreut werden, soll die Regelung flexibel gehandhabt werden. Wenn wir ernsthaft Massnahmen für unser Klima ergreifen wollen – es wurde heute bereits mehrfach gesagt – kommen wir um Verzicht nicht herum. Hinzu kommt, dass wir unseren Jüngsten auf diese Weise Möglichkeitsräume aufzeigen. Im Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung, der am 6. Juli 2022 lanciert wurde, steht unter anderem Folgendes: «Auf Bundes- und Kantonsebene wurden bisher nur wenige Massnahmen umgesetzt und die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist noch kaum sichtbar. Städte und Gemeinden sind wichtige Akteure. Sie beauftragen Unternehmen für die Verpflegung in Schulen, Kitas, Spitälern, Alters- und Pflegezentren und Personalrestaurants. Dort können sie neue Massnahmen initiieren sowie die Skalierung bestehender Aktivitäten beschleunigen. Städte und Gemeinden sollten daher verstärkt eingebunden werden, damit das Skalierungspotenzial realisiert werden kann.» Wir halten daran fest, dass wir als Gesamtes über die Motion abstimmen möchten, nicht punktweise. Der Gemeinderat hat bei einer Richtlinie einen relativ grossen Spielraum und muss deshalb selbst bei einer Annahme beider

Punkte nicht viel ändern. Wir danken Ihnen für die Zustimmung zu beiden Punkten und für die Annahme als Richtlinie. Das war gleichzeitig auch unser Fraktionsvotum.

Anna Jegher (JA!) für die Motionärinnen zum Traktandum 19: Laut einer Studie der ETH Zürich fallen in der Schweiz jährlich 2,8 Mio. Tonnen Food Waste an. Das entspricht bezogen auf die Umweltbelastung der Hälfte des gesamten motorisierten Individualverkehrs in der Schweiz. Die JA! fordert mit dieser Motion deshalb eine konsequente Bekämpfung von Food Waste in der Stadt Bern. Der Gastronomiesektor allein verursacht 14% des Food Waste in der Schweiz. Das sind 210 000 Tonnen Food Waste pro Jahr. Unsere erste Forderung hat deshalb zum Ziel, dass Restaurants ihre Essensreste am Ende des Tages nicht mehr wegwerfen, sondern anderen Leuten zur Verfügung stellen. Sie können das Essen gratis oder vergünstigt den anwesenden Gäst*innen und Mitarbeitenden mitgeben oder beispielsweise über eine Food-Sharing-Plattform zugänglich machen. Es ist absolut sinnlos, Essen in einem problemlos geniessbaren Zustand Abend für Abend wegzuworfen. Einige Gastrobetriebe haben den Handlungsbedarf erkannt und beteiligen sich bereits heute freiwillig an Food-Sharing-Plattformen. Das zeigt, dass es als Restaurant relativ unkompliziert möglich ist, etwas gegen Food Waste zu unternehmen. Unsere Forderung würde folglich dazu führen, dass eine einfach umzusetzende Praxis gegen den Klimawandel künftig von allen umgesetzt würde. Unsere anderen beiden Forderungen betreffen das sogenannte «Containern». Unter «Containern» versteht man die Suche nach verwertbaren Lebensmitteln in den Abfallcontainern von Lebensmittelgeschäften. Nach Ladenschluss landet täglich unglaublich viel Essen in diesen Containern, da es nicht mehr sehr frisch aussieht oder das Verfallsdatum abgelaufen ist. Trotzdem wären diese Lebensmittel noch problemlos essbar. Mit unseren Forderungen wollen wir deshalb zum einen das «Containern» in der Stadt Bern legalisieren und zum anderen alle Lebensmittelgeschäfte dazu verpflichten, ihre Container öffentlich zugänglich zu machen. Auch diese Umsetzung wäre mit einem minimalen Aufwand vonseiten der Geschäfte verbunden. Zudem ist es absurd, wenn man bedenkt, wie viel problemlos geniessbares Essen täglich weggeworfen wird, währenddem es Leute in dieser Stadt gibt, die Tag für Tag abwägen müssen, ob sie sich lieber einen Kaffee oder ein Busbillett leisten sollen, und die nicht wissen, ob sie nächsten Monat genügend Geld für mehr als eine Mahlzeit am Tag zur Verfügung haben werden.

Da unklar ist, in welchem Rahmen unsere Forderungen rechtlich umsetzbar sind, begrüssen wir es, dass der Gemeinderat bereit ist, die konkrete Umsetzung zu prüfen und **wandeln unsere Motion in ein Postulat** um. Ich bitte Sie, unser Postulat anzunehmen.

Motionärin *Eva Krattiger* (JA!) zum Traktandum 20: Ich spreche zur Motion unter Traktandum 20, in der es um ein Verbot für eingeflogene Esswaren geht. Wir fordern, dass eingeflogene Esswaren verboten und auf dem Stadtgebiet nicht mehr verkauft werden dürfen. Wenn man sich fragt, warum diese Forderung wichtig ist, kann man die Antwort des Gemeinderats lesen. Er schreibt, dass Güter, die per Flugzeug transportiert werden, zehnmal so viele Emissionen verursachen, wie Güter, die per Lastwagen transportiert werden. Güter, die mit einem Frachtschiff transportiert werden, verursachen sogar hundertmal weniger Emissionen im Gegensatz zum Flugtransport. Das sind eindrückliche Zahlen, zumal offenbar bei der Migros der Prozentsatz von Lebensmitteln, die wirklich eingeflogen werden, nur 0,5% des Sortiments beträgt. Gleichwohl ist ein Drittel aller transportbedingten Emissionen auf den Flugtransport zurückzuführen. Das zeigt uns, dass es nur einen kleinen Teil des Sortiments betrifft, der geändert werden müsste. Es geht wahrscheinlich einzig um exotische Luxusprodukte wie Früchte, beispielsweise Mangos, die nicht langsam transportiert werden können, aber getrocknet oder als Konfitüre konsumiert werden könnten. Der Gemeinderat sagt, dass diese Forderung unmöglich umzusetzen sei, da es um die Rechtsgleichheit und die Gleichbehandlung gehe. So

dürften entsprechend nicht alle Migros-Filialen in der Schweiz dasselbe verkaufen. Ich möchte darauf hinweisen, dass dies bereits heute nicht der Fall ist. Nicht, dass sie es nicht dürfen, sondern weil nicht überall dieselbe Kundschaft vorhanden ist. Wenn man das Sortiment einer Migros-Filiale beim Wankdorf mit einer beim Breitenrainplatz vergleicht, wird offensichtlich, dass bereits heute grosse Unterschiede bezüglich des Sortiments bestehen. Wenn solche Unterschiede aufgrund von Nachfrage und wirtschaftlichen Überlegungen möglich sind, müssen sie auch aufgrund von ökologischen Überlegungen möglich sein. Wir finden deshalb, dass die Stadt Bern vorangehen und den gesamten Handlungsspielraum nutzen sollte. Der Vorteil wäre, dass es mit jeder Gemeinde, die sich für diese Massnahme entscheidet, für die Migros und andere Grossverteiler irgendwann einmal einfacher wird, keine eingeflogenen Lebensmittel mehr zu verkaufen. Unser Vorstoss ist eine Motion und wir schauen zuerst, wie sich die anderen Fraktionen verhalten. Je nach dem sind wir bereit, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln.

Anna Jegher (JA!) für die Motionärinnen zum Traktandum 21: Ich halte das Votum stellvertretend für Nora Joos, die heute leider nicht anwesend sein kann. In unserer Motion für eine konsequente Klimapolitik fordern wir ein Verbot von Plastiksäcken. Plastik hat sich seit seiner Erfindung und dem Beginn der Massenproduktion in Unmengen in Gewässern, Böden und in der Luft akkumuliert. Aktuell schwimmen beispielsweise 86 Mio. Tonnen Plastik in den Ozeanen. Es hat somit mehr Plastik als Fische im Meer. Nicht nur Fische haben deshalb Plastik im Magen: Eine WWF-Studie von 2019 belegt, dass Menschen im Durchschnitt jede Woche bis zu 5 Gramm Plastik aufnehmen, das entspricht ungefähr dem Gewicht einer Kreditkarte. Plastik ist heutzutage überall anzutreffen. Das hat erhebliche Konsequenzen für alle Ökosysteme sowie für die Biodiversität. Um diese Schäden zu verhindern, ist es nicht ausreichend, Plastik aus den Gewässern, Böden und der Luft zu entfernen, sondern es muss dringend weniger hergestellt und verwendet werden. Ein Ansatzpunkt ist deshalb beispielsweise, die Verwendung von Plastiksäcken in der Stadt Bern zu reduzieren. Wir begrüssen es deshalb, dass der Gemeinderat rechtlich abklären lassen will, wie die Nutzung von Plastiksäcken in der Stadt Bern reduziert werden kann. Wir erachten es ebenfalls als sinnvoll, abzuklären, welche Materialien als Alternativen zu Plastik die beste Ökobilanz aufweisen und wandeln deshalb unsere Motion in ein Postulat um. Die JA! fordert den Gemeinderat auf, im Zuge dieser Abklärung allgemein zu klären, wo in der Stadt Plastik und andere Abfallproduktion verhindert werden kann. Wir möchten, dass der Gemeinderat diesbezüglich auf Stadtebene vorwärts macht, anstatt darauf zu warten, dass national oder kantonale etwas passiert. Dafür hat es eindeutig bereits heute überall zu viel Plastik und Abfall. Zusätzlich sind wir nicht mit dem Gemeinderat einverstanden, dass eine Speziallösung für Bern unverhältnismässig ist. Schliesslich müssen auf allen Ebenen und in allen Bereichen konsequente Klimamassnahmen umgesetzt werden. Wir bitten Sie deshalb, unsere Motion als Postulat anzunehmen.

Fraktionserklärungen

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: In den vorliegenden vier Vorstössen geht es um ein zentrales Thema der Klima- und Umweltdebatte, namentlich um die ressourcenschonende und nachhaltige Ernährung. Inhaltlich teilt die GFL/EVP-Fraktion alle vier Anliegen. Tierische Erzeugnisse verursachen eine hohe Umweltbelastung und sollen in den städtischen Betrieben auf ein Minimum reduziert werden. Wir folgen der Empfehlung des Gemeinderats und nehmen den Punkt 1 als Richtlinie an, insbesondere auch deshalb, weil die Motion selbst eine Umsetzung mit Augenmass fordert. Den vollständigen Verzicht auf tierische Produkte lehnt unsere Fraktion ab. Viel wichtiger wären eine Verwendung mit Mass und eine Prüfung der Lage in den bisher nicht erfassten und ausgewerteten Betrieben wie beispielsweise der

Feuerwehrzentrale und den drei kleineren Kantinen. Ferner verstehen wir nicht, – und das richtet sich primär an den Gemeinderat – warum die Stadt lediglich empfiehlt, nachhaltige Produkte zu bevorzugen und in ihren eigenen Betrieben keine Pflicht für die Verwendung von regionalen und biologisch produzierten Lebensmitteln einführt. Ein solches Vorgehen wäre kontrollier- sowie umsetzbar. Da die Motionärinnen auf eine punktweise Abstimmung verzichten oder diese ablehnen, lehnen wir den Vorstoss leider gesamthaft ab, da uns Punkt 2 zu weit geht. Die gesamte Food-Waste-Thematik ist sehr wichtig. Laut Bundesamt für Umwelt (BAFU) sind 25% der Umweltbelastungen, die aus dem Ernährungssystem stammen, allein auf Food Waste zurückzuführen. So hat sich auch der Bund im Einklang mit der Agenda 2030 zum Ziel gesetzt, die gesamtschweizerische Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren. Entsprechend zentral ist es, dass wir auch lokal in der Stadt Bern die rechtlichen Möglichkeiten prüfen, wie wir auf lokaler Ebene zu diesem Ziel beitragen können. Den Vorstoss als Postulat nehmen wir an und sind sehr gespannt auf den Prüfungsbericht. Das dritte Anliegen im Ernährungsblock begrüßen wir ebenfalls, hegen aber auch hier wieder dieselben Bedenken wie der Gemeinderat. Das Problem sind die fehlende Umsetzbarkeit und der schwierige Vollzug. Es bliebe bestehen, auch wenn wir Rechtssicherheit hätten. Die Fraktion GFL/EVP findet es wichtig, dass die knappen städtischen Ressourcen in Projekte und Prüfungen einfließen, die tatsächlich die Chance auf eine sinnvolle Umsetzung haben. Ansonsten verpuffen Ressourcen in Form von Geld und Energie, die uns für umsetzbare Massnahmen fehlen werden. Wir lehnen den Vorstoss entsprechend ab.

Zum Traktandum 21: Plastik ist überall, in den Böden, im Wasser, in den Berggipfeln, in der Lunge, im Blut, überall. Hinzu kommt, dass konventionelles Plastik aus Erdöl hergestellt wird. Wir sind keine Fans von Plastik. Trotzdem finden wir auch hier, dass vor der Einführung von griffigen, gesetzlichen Massnahmen, wie es der Vorstoss fordert und der tatsächlichen Eliminierung von Plastik, die Kompetenzen sowie die Rechtslage in der Stadt Bern geprüft werden müssen. Die GFL/EVP-Fraktion möchte auch diesen Vorschlag gerne als Postulat annehmen.

Florence Schmid (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Unsere Fraktion lehnt alle in diesem Block zusammengefassten Motionen ab. Ich gehe auf jede Motion kurz ein und erläutere unsere Gründe für deren Ablehnung.

Zum Traktandum 18: Die Fraktion FDP/JF spricht sich für eine umweltschonende Ernährung in städtischen Betrieben aus. Ein Verzicht auf tierische Erzeugnisse ist aber nicht per se umweltschonend. Damit für eine ausgewogene sowie gesunde Ernährung die in tierischen Produkten enthaltenen Nährwerte ersetzt werden können, braucht es vielfach Lebensmittel, die es in der Schweiz nicht gibt. Eier beispielsweise können durch Chia-Samen ersetzt werden. Chia-Samen wachsen in Südamerika, Australien und China. Ein lokal – also beispielsweise in Kirchdorf – gelegtes Ei ist viel umweltfreundlicher als importierte Chia-Samen. Mit anderen Worten: Ja, umweltschonende Ernährung in städtischen Betrieben ist begrüßenswert, sie kann aber nicht durch ein Verbot von tierischen Lebensmitteln sichergestellt werden, sondern viel eher durch die Wahl von lokal produzierten und saisonalen Lebensmitteln.

Zum Traktandum 19: Die Fraktion FDP/JF geht mit den Motionärinnen einig, dass Food Waste ein Unding ist und so gut wie möglich vermieden werden sollte. Dieses Vermeiden ist aus unserer Sicht aber nicht primär die Aufgabe des Staates, sondern in erster Linie eine Aufforderung an die Konsumentinnen und Konsumenten – wir haben vorhin ein Beispiel aus dem Migros im Breitenrain gehört –, indem sie ihre Erwartungen an die Detailhändler hinunterschrauben. Der Staat soll insofern dabei helfen, indem er bürokratische Hürden für die Verhinderung von Food Waste abbaut. In der Schweiz sind Gemüse und Früchte beispielsweise genormt. Das heisst, sie müssen für den Verkauf gewissen Formen und Grössen entsprechen. Solche Normen sind abzuschaffen. Die Zuständigkeit hierfür liegt aber nicht bei den Gemeinden, sondern beim Bund.

Zum Traktandum 20: Ich wiederhole, dass es nicht am Staat ist, ein Verbot für eingeflogene Esswaren zu erlassen, sondern an den Konsumentinnen und Konsumenten, auf den Kauf solcher Esswaren zu verzichten. Dass Konsumentinnen und Konsumenten auf solche Lebensmittel verzichten, würde allenfalls helfen, wenn sie wüssten, dass 0,5% der Lebensmittel in Migros und Coop, die eingeflogen werden, 33% der transportbedingten Treibhausgasemissionen verursachen. Ich wusste dies zum Beispiel nicht. Unser Tipp an die Motionärinnen: Wenden Sie sich an die grossen Detailhändler, da gerade in den Marketingabteilungen viele junge Leute arbeiten, die genau dieselben Anliegen haben wie Sie. Sie werden einer entsprechenden Informationskampagne gegenüber bestimmt nicht abgeneigt sein. Auf jeden Fall würde ein Verbot für den Verkauf von eingeflogenen Esswaren einen krassen Eingriff in die Grundrechte der Wirtschaftsfreiheit bedeuten. Der Erlass eines solchen Verbots auf Stufe Gemeinde wäre aus Sicht der Fraktion FDP/JF nicht rechtens und aus den erwähnten Gründen nicht zielführend.

Zum Traktandum 21: Für die Fraktion FDP/JF ist ein Verbot von Plastiksäcken auf Gemeindeebene nicht umsetzbar, zudem müsste ein solches Verbot aus denselben Gründen wie oben genannt – namentlich die krasse Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit – auf Bundesebene erlassen werden. Die Fraktion FDP/JF erachtet das Verbot von Plastiksäcken als unnötig, da eine Eindämmung der Nutzung von Plastiksäcken beispielsweise nachweislich erfolgen kann, indem die Detailhändler hierfür eine höhere Gebühr verlangen. Wenden Sie sich auch diesbezüglich an die Detailhändler und suchen Sie mit ihnen das direkte Gespräch. Sie werden auf diese Weise viel schneller zu Ihren Zielen kommen als über staatliche Verbote.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion SVP: Es ist gut gemeint, wenn man die Restaurants bezüglich der Verwertung von Essensresten bevormunden will. Die meisten Gastronomen verfügen über ein Konzept, um das übrig gebliebene Brot am nächsten Tag zu verwerten, beispielsweise für eine Brotsuppe. Es gibt trotzdem weiterhin Reste, die man zum Beispiel für Biogasanlagen einsammeln kann. Ich weiss von einer Biogasanlage, deren Betreiber die Container eigens einsammelt und anschliessend aus Essensresten Energie herstellt. Wir von der Fraktion SVP finden, dass die Forderungen dieser Motion zu weit gehen. Es handelt sich um eine Bevormundung der Gastronomen. Man darf dort nicht eingreifen. Wie gesagt, die meisten Gastronomen schauen, dass sie möglichst wenige Reste produzieren. Es ist eine Frage der Organisation und der Erfahrung – wie viele Kunden werden erwartet und wie viele Portionen können verkauft werden – ob und wie viele Resten entstehen. Erfahrene Gastronomen haben dies im Griff.

Zum Traktandum 20: Als praktizierender Landwirt und Zuckerproduzent kann ich Ihnen versichern, dass wir in der Schweiz eine Unter-Selbstversorgung haben. Es ist gut gemeint, alles verbieten und keine Lebensmittel mehr einfliegen zu wollen. Kaffee, Kakao und selbst Zucker, den wir selbst produzieren könnten, fliegen wir ein. Der Selbstversorgungsgrad geht kaputt, wenn man offenes Ackerland zerstört, wie beispielsweise das Viererfeld, auf dem Sie 6,5 Hektaren Ackerland vernichten. Eine Hektare Ackerland wirft rund 8000 Kilogramm Weizen ab. 8000 Kilogramm Weizen ergeben 6160 Kilogramm Mehl und aus einem Kilogramm Mehl kann ein Brot hergestellt werden, wenn noch weitere Zutaten hinzugefügt werden. Das heisst, dass Sie, die rot-grüne Mehrheit, mit der Vernichtung des Viererfelds rund 40 000 Laibe Brot pro Jahr vernichten. Sie werden genau das Gegenteil der vorliegenden Forderungen erreichen, indem Sie die Zuwanderung in die Stadt fördern. Es ist gut und recht, immer mehr Leute zu haben, aber Sie zwingen die Leute in eine Ernährungsknappheit und das führt dazu, dass Lebensmittel aus dem Ausland importiert werden müssen. Wenn Sie etwas für die Klimapolitik tun wollen, tragen Sie wenigstens Sorge zum Ackerland, das noch der Stadt Bern gehört. Ich hoffe, dass man dieses erhalten kann. Es geht um eine Produktion am Ort des Konsums. Klar ist es nicht gut, wenn man dort produziert, wo es am günstigsten

ist und die Produkte anschliessend in der ganzen Welt herum transportiert. Deshalb sind wir gegen Verbote und dafür, dass gewisse Lebensmittel in die Schweiz importiert werden können. Ansonsten hätten wir am nächsten Tag eine Hungersnot.

Zum Traktandum 21: So wenige Plastiksäcke wie möglich zu benutzen, so dass es einigermaßen aufgeht, dafür stehen wir. Uns ist klar, dass Plastik nicht umweltfreundlich ist. Aber man kann beispielsweise bezüglich Hygiene gewisse Abläufe ohne Plastik gar nicht mehr durchführen. Im Speziellen in der Gastronomie ist man teilweise dazu gezwungen, Produkte zu vakuumieren, wie beispielsweise Reste, damit diese länger haltbar bleiben. Deshalb sind wir dagegen, dass man diesbezüglich in die Handlungsfreiheit der Unternehmen eingreift.

Bezüglich der Ernährung der Mitarbeiter in den städtischen Betrieben sind wir dafür, dass es weiterhin ein Stück Fleisch geben darf. Wir sind gegen die Einschränkung, dass wir unsere Nahrungsmittel nicht mehr selbst wählen dürfen. Klar ist, dass das Angebot und die Nachfrage übereinstimmen müssen. Man könnte in den städtischen Betrieben Umfragen durchführen, wer was essen möchte. Aber dass man auf Fleisch verzichtet und auf diese Weise Leute diskriminiert, ist katastrophal. Das darf nicht sein. Schliesslich haben wir das Metzgergewerbe und verschiedene andere KMU, die von der Produktion und dem Verkauf von Fleisch leben. Wir erachten die Forderungen in den Motionen als sehr übertrieben. Die Klimapolitik setzt damit am falschen Ort an. Ich wiederhole: Man hätte die Möglichkeit gehabt, das Viererfeld zu erhalten, aber mit aller Gewalt wird dort offene Ackerfläche an lokalem Standort und mit Produktionspotenzial vernichtet. Das zwingt uns, günstige Lebensmittel aus dem Ausland zu importieren. Als Landwirt kann ich Ihnen sagen, dass wir Landwirte dafür sind, dort zu produzieren, wo auch konsumiert wird, und dass kein weltweiter Handel nötig sein sollte. Wir wollen eine einheimische Produktion. Der Grossverteiler hat aber die Bauernlobby teilweise in der Hand. Denken Sie an Migros und Coop, die genau sagen können, wie viel sie für einen Liter Milch bezahlen wollen und welches Kontingent an Milch die Bauern abgeben dürfen. Das ist alles geregelt. Ich glaube nicht, dass wir diese Vorgaben auf städtischer Ebene neu regeln können. Wir können als Gemeinde einer Migros nicht vorschreiben, dass sie keinen Kaffee mehr einfliegen darf. Das wäre zu viel verlangt und ist nicht durchsetzbar.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Zuerst möchte ich auf das Votum von Thomas Glauser antworten. Ich finde das Viererfeld-Argument brillant, vor allem weil dem entgegensteht, dass pro Kilogramm Fleisch 16 Kilogramm Getreide benötigt werden. Wenn man die Forderung nach einem Fleischverbot konsequent umsetzen würde, hätte man einen wesentlich höheren Selbstversorgungsgrad, als wenn man das Viererfeld nicht überbauen würde.

Grundsätzlich favorisiert die GLP/JGLP-Fraktion Anreizsysteme anstelle von Verboten. Das haben wir auch mehrmals mit dem Grünen Bündnis diskutiert. Häufig werden wir gefragt, was uns von den Grünen unterscheidet. Es ist genau dieser Punkt, wir setzen uns primär für Anreizsysteme und nicht für Verbote ein. Verbote sollen erst dann zum Tragen kommen, wenn Anreizsysteme nicht gegriffen haben. Entsprechend dieser Logik stimmen wir den Vorstössen zu oder lehnen sie ab. Viele Anträge sind auf Verbote ausgerichtet und die meisten davon in Bereichen, in denen Anreizsysteme noch nicht ausgetestet wurden. Bei den Plastiksäcken handelt es sich um eine Ausnahme. In der gesamten Stadt müssen Plastiksäcke bereits bezahlt werden, trotzdem werden sie weiterhin rege benutzt. Sie basieren auf fossilen Rohstoffen. Es gibt etliche Städte, die ein Verbot von Plastiksäcken bereits kennen – sowohl in der Schweiz, als auch im Ausland, und es funktioniert. Florence Schmid, es ist tatsächlich möglich, dass man ein solches Verbot auf städtischer Ebene umsetzt. Wenn man ein solches Verbot implementieren will, braucht es entsprechend Alternativen, auf die die Konsumentinnen und Konsumenten ausweichen können. Bei den Plastiksäcken ist das eindeutig gegeben und deshalb stimmen wir dem Vorstoss zu.

Zum Traktandum 20: Eine Flugdeklaration würden wir sehr begrüßen, aber ein Verbot ist auf städtischer Ebene nicht umsetzbar, da es leider keine Deklarationspflicht gibt.

Zum Traktandum 18: Die Diskussion zum Fleischverbot war in unserer Fraktion sehr emotional. Einerseits ist es eine sehr wirksame Massnahme, unter anderem aufgrund des eingangs erwähnten Punktes. Es braucht wesentlich mehr Fläche für die Produktion eines Kilogramms Fleisch und diese generiert massiv mehr CO²-Emissionen. Wir wissen, dass der grosse Teil der CO²-Emissionen in der Landwirtschaft aus der Tierproduktion stammt. Gleichzeitig stehen dem aber Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) entgegen, die einen geringen Fleischkonsum empfehlen. Wir hätten einem Vorstoss zugestimmt, der vorgeschrieben hätte, das Fleischangebot stark zu reduzieren. Einem Verbot können wir nicht zustimmen. Es hätte noch die Möglichkeit gegeben, eine vegane Option anzubieten. Das ist aber in Tagesschulen oder Kitas nicht möglich, da nicht mehrere Menus angeboten werden können. Das wäre nicht finanzierbar. Entsprechend sind wir dafür, in den städtischen Betrieben weniger Fleisch anzubieten, lehnen aber ein staatlich vorgeschriebenes Verbot ab. Solange es vom BAG Empfehlungen für einen geringen Fleischkonsum gibt, finden wir in der Fraktion keine Mehrheit. Entsprechend lehnen wir diese beiden Vorstösse ab.

Judith Schenk (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP zu Traktandum 19: Die Zahlen und Fakten zur Motion wurden von meinen Vorredner*innen bereits erwähnt. In unserer globalen Welt fehlt alles, was wir hier wegwerfen, auf einem Tisch anderswo. Basierend auf einem GLP-Postulat hat der Bundesrat am 6. April 2022 den Aktionsplan «Gegen die Lebensmittelverschwendung» publiziert. Als Reaktion darauf haben wir am 28. April 2022 eine interfraktionelle Motion eingereicht, die fordert, dass Food Waste in der Stadt Bern bis 2030 um die Hälfte reduziert wird.

Zum ersten Punkt der vorliegenden Motion: Die gesetzlichen Grundlagen für die Verwertung von Speiseresten aus Restaurants und restaurantähnlichen Betrieben sind in der Schweiz komplex. Seit 2011 ist es verboten, Küchen- und Speiseabfälle als Tierfutter zu verwerten, dies als Reaktion auf diverse schwere Tiererkrankungen. So, wie die Motion formuliert ist, kann sie nicht erfüllt werden.

Zu den Punkten 2 und 3: Das «Containern» ist in der Schweiz nicht verboten. Die rechtliche Einschätzung des Gemeinderats, dass die weiteren Forderungen im Sinn der Motionärinnen nicht auf städtischer Ebene geregelt werden können, erscheint uns realistisch. Im erweiterten Aktionsplan sind Anpassungen beim Lebensmittelgesetz – vor allem auch die erleichterte Abgabe von Lebensmitteln an gemeinnützige Organisationen und Privatpersonen nach Ladenschluss – geplant. Die Thematik des «Containerns» ist ein Symptom und unser erklärtes Ziel ist es, dass einwandfreie Lebensmittel gar nicht erst in einem Container landen dürfen. Wir stimmen der Umwandlung der Motion in ein Postulat zu und nehmen dieses an.

Erich Hess (SVP): Es ist eine sehr wichtige Diskussion, die wir heute im Stadtrat führen. Deshalb bitte ich Sie darum, die Diskussion auch tatsächlich zu führen, diesen Block noch abzuschliessen und anschliessend – nach Traktandum 21 – die Sitzung abzubrechen. Die Leute müssen morgen wieder arbeiten. Besten Dank für Ihre Zustimmung zum **Ordnungsantrag**, dass wir diesen Traktandenblock abschliessen und die Sitzung danach beenden.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Hess ab. (Ja 18, 33 Nein, 9 Enthalten) [Namen](#) 038

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich bin froh, dass der ursprünglich geplante Block thematisch doch noch aufgeteilt wurde, weil es sich um ein Chaos handelte, auf das man sich nur schwer vorbereiten konnte. In diesem Block sind nun alle individuellen

Verhaltensregeln zusammengefasst, die sich klima- und umweltschädlich auswirken, aber kollektiv getragen werden müssen. Wir teilen die Einschätzung der Problematik, gleichzeitig identifizieren wir die Ursachen vielfach an anderen Stellen und würden die Massnahmen auf anderen Ebenen ansetzen. Öffentliche Erziehungsmassnahmen sind stets schwierig und ambivalent, auch wenn sie moralisch begründbar sind. Häufig liegt die Ursache der hier vorliegenden Forderungen woanders.

Ich gehe auf zwei Forderungen ein, erstens auf Traktandum 21 bezüglich des Verbots von Plastiksäcken. Die Verfügbarkeit und die Präsenz von Plastiksäcken und Verpackungen sind insbesondere auf die billige Überproduktion der Petrochemie zurückzuführen und damit eng an die Erdölförderung gekoppelt. Das kann in Zukunft preislich anders aussehen, wie wir heute wissen. Technisch gesehen könnte herkömmliches Polyethylen recycled werden. Aber das Verbrennen und Neuproduzieren ist offensichtlich günstiger, als internationale Regulierungen einzuführen. Davon abgesehen gibt es zahlreiche alternative Kunststoffe. Für diese interessiert sich die Wirtschaft aber erst seit dem Zeitpunkt, als es attraktiv wurde, sich im Jahresbericht einen grünen Anstrich zu geben. Schlussendlich setzt ein Verbot dieser Konsumgüter anstelle der Regulierung auf Seiten der Produktion am falschen Ende des kapitalistischen Produktionsverhältnisses an.

Zur Motion in Traktandum 19, die von unserer Fraktion sehr begrüsst wird: Wir fragen uns, ob es sich dabei um die richtige Ebene handelt. Von meiner Vorrednerin wurde erwähnt, dass ein solches Verbot bereits von anderen Städten eingeführt worden sei, was mich erstaunt, aber natürlich auch freut. Vor ein paar Wochen wurde auf Bundesebene von Bundesrätin Simonetta Sommaruga eine Vereinbarung mit 28 Führungskräften unterzeichnet. Das ist ein wichtiger Schritt, da solche Vorhaben am besten auf nationaler Ebene angegangen werden sollten. Des Weiteren betrachten wir es als wichtig, dass die Nahrungsmittelversorgung breiter angegangen wird. Das heisst, dass man auch die regionalen und interregionalen Zulieferketten miteinbezieht, die einen sehr grossen Einfluss auf den Nahrungsmittelüberfluss haben. Wir finden den Vorschlag äusserst prüfenswert. Bezüglich der anderen Motionen finden wir, dass der Gemeinderat alles gesagt hat. Wir folgen in unserem Abstimmungsverhalten grossmehrheitlich den Anträgen des Gemeinderats.

Jemima Fischer (AL) für die Fraktion AL/PdA: Ich spreche zu den Traktanden 19 bis 21. Die drei Motionen der JA! sind aus unserer Sicht dringend anzunehmen und zu unterstützen. Dass gewisse rechtliche Dinge noch geprüft werden müssen, wie es der Gemeinderat schreibt, sehen wir ein. Aber wir fordern, dass die Prüfung mit der nötigen Dringlichkeit angegangen wird. Wir wünschen und fordern Mut – *Unterbrechung*

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer* unterbricht das Votum: Ich bitte um mehr Ruhe im Saal, damit wir die Votantin verstehen, danke.

Jemima Fischer setzt ihr Votum fort: - besonders was die Lebensmittelverschwendung betrifft. Gerade für hoch gesteckte Ziele wie die Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis ins Jahr 2030, die in der Strategie Nachhaltige Entwicklung Schweiz gesetzt werden, sollten solche konkreten Forderungen dankend entgegengenommen und möglichst schnell umgesetzt werden. Im bereits zitierten Aktionsplan gegen die Lebensmittelverschwendung wird klar gesagt, dass im Speziellen Städte und Gemeinden wichtige Instanzen sind, die über die Möglichkeit verfügen, Massnahmen zu initiieren und somit eine Vorbildfunktion einzunehmen. Zum Beispiel ein Verbot von Plastiksäcken durch die Stadt: Es ist – und da sind wir mit dem Gemeinderat nicht einverstanden – ein umsetzbarer Schritt. Weiter fordern wir ein städtisches Verbot des Verkaufs von eingeflogenen Esswaren. Der Gemeinderat sieht diesbezüglich den Bund in der Pflicht. Aber wenn wir den Aktionsplan ernst nehmen und den Aufforderungen

folgen wollen, haben wir jetzt als Stadt die Gelegenheit, Massnahmen zu initiieren. Wir unterstützen die drei Vorstösse.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich halte das Fraktionsvotum zu Traktandum 18, da die JA! ihre Vorstösse bereits begründet hat. Die Fraktion GB/JA! begrüsst die Motion sehr. Es ist ebenfalls erfreulich zu lesen, dass der Gemeinderat bezüglich des vegetarischen Angebots in den städtischen Betrieben vorwärts macht und sich der positiven Auswirkungen von pflanzlicher Ernährung für den Menschen und für das Klima bewusst ist. Aktuell ist unser Konsum von tierischen Produkten nicht nachhaltig und auch nicht mehr tragbar. Es werden Wälder gerodet, um Futtermittel anzubauen, die anschliessend um die halbe Welt geschifft werden, damit wir unser Schweizer Rindfleisch essen können. Das ist bereits seit langem irrsinnig und verschärft sich mit den zunehmenden Krisen, Konflikten und der Ernährungsunsicherheit immer wie mehr. Die Motionärinnen haben sich berechtigterweise gefragt, wo sich auf städtischer Ebene unsere Hebel befindet und wo angesetzt werden kann, um den Teufelskreis zu durchbrechen. Trotzdem geht dem Gemeinderat die zweite Forderung, auf sämtliche tierischen Produkte zu verzichten, zu weit. Er erachtet sie als zu weitreichend und bevormundend. Das erschliesst sich mir nicht ganz. Die Motion fordert nicht, dass sich alle Stadtberner*innen inklusive Kleinkindern ab sofort nur noch in den städtischen Kantinen und Mittagstischen verpflegen müssen und somit alle zum Veganismus gezwungen werden. Es geht einzig darum, eine Vorbildfunktion wahrzunehmen, Innovation voranzutreiben, indem man als städtische Beschafferin auf dem fleischlosen Markt mitmischt, und in der Bevölkerung ein Bewusstsein schafft, dass Ernährung sehr wohl klimaschonend und gleichzeitig ausgewogen sein kann. Eine zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik ist nicht zwingend eine rein vegane. Vielmehr ist es eine standortangepasste, kleinbäuerliche und vor allem auch pestizidfreie Politik. Deshalb heisst es zurück zum Sonntagsbraten aus der Region – wenn es für einmal Fleisch sein darf – und weg von einem selbstverständlichen Angebot von importierten, tierischen Produkten oder von Schweizer Fleisch, das mit Importfutter im Akkord gezüchtet wurde. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen die GB/JA!-Fraktion die gesamte Motion zur Annahme.

Erich Hess (SVP): Es ist mittlerweile 22.40 Uhr. Im Stadtratsreglement steht, dass die Sitzung um 22.30 Uhr abgebrochen wird. Es stehen noch einige Referenten zum Traktandum 21 auf der Liste. Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass wir diesen Traktandenblock abschliessen und die Sitzung danach abgebrochen wird. Ich bitte Sie um Unterstützung dieses Ordnungsantrags.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Im Stadtratsreglement steht, dass die Sitzung «in der Regel» um 22.30 Uhr abgebrochen wird.

Der Stadtrat lehnt den **Ordnungsantrag** Hess ab. (15 Ja, 38 Nein, 6 Enthalten) [Namen](#) 039

Vize-Stadtratspräsident *Michael Hoekstra* (GLP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass die Rednerliste geschlossen wird.

Laute Stimmen im Saal.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Bitte sprechen Sie entweder ins Mikrofon oder gar nicht. Erich Hess, Sie haben nicht das Wort. Es ist ein Ordnungsantrag.

Erich Hess (SVP): Mein Name ist auf der Rednerliste blockiert, weil er zuoberst steht. Ich wollte mich als Einzelvotant anmelden.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer:* Sie stehen auf der Liste und ich lasse Sie auf der Liste, zudem handelt es sich um einen Ordnungsantrag und über solche wird nicht diskutiert. Das steht so im Ratsreglement, auf das Sie, Erich Hess, vorgängig gepocht haben. Wir kommen zur Abstimmung über die Schliessung der Rednerliste. Erich Hess steht auf der Rednerliste.

Der Stadtrat stimmt dem **Ordnungsantrag** Hoekstra zu. (50 Ja, 6 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 040

Einzelvoten

Ueli Jaisli (SVP): Zur Beruhigung der Gemüter möchte ich mich wieder auf die Sache beziehen und zum Traktandum 21 sprechen. Ich arbeite bei einem Grossverteiler im Verkauf und stelle fest, dass es einen unschönen Umgang mit Verpackungen und Plastiksäcken gibt. Teilweise ist die Verpackung grösser als das Produkt selbst. Wir haben nun eingeführt – wie andere Grossverteiler auch –, dass wir für den Plastiksack 5 Rappen verlangen, und festgestellt, dass das eine gewisse Wirkung auf die Konsumenten hat. Diese machen sich gewisse Überlegungen und nehmen einen alten Sack oder eine gebrauchte Papiertasche mit zum Einkaufen. Es geht nicht darum, ein Verbot in die Welt zu setzen, das missachtet oder aus Trotz nicht eingehalten wird, sondern mit Augenmass und gesundem Menschenverstand Sorge zur Umwelt und zu unseren Ressourcen zu tragen. Es sollen gezielte Massnahmen ergriffen und nicht alles verboten werden. Ich stelle fest, dass wir mit unserem Vorgehen einen gewissen Erfolg verzeichnen und Ressourcen in Sachen Verpackungs- und Transportmaterial sparen können. Schlussendlich muss bedacht werden, dass, wenn Plastiksäcke durch Papiersäcke ersetzt werden, diese Säcke aus Holz hergestellt werden. Holz ist unser einziger Rohstoff, der nachwächst. Dazu müssen wir Sorge tragen, da er eine wichtige Funktion im Klima übernimmt, die Bäume regulieren die Temperaturen sowie den Wasserbestand. Wir müssen Sorge tragen zu diesem Rohstoff und dürfen nicht sinnlos Wälder roden, nur weil wir grenzenlos Papiersäcke benutzen. Wir müssen lernen, mit den vorhandenen Ressourcen und den Dingen, die wir bereits besitzen, auszukommen. Das ist der bessere Weg, anstatt Verbote auszusprechen.

Alexander Feuz (SVP): Uns liegen hier Vorstösse vor, die alle in dieselbe Richtung zielen. Ich kann damit leben, dass man sie zusammen traktandiert. Aber es wird mühsam und man sollte sie sachgerecht diskutieren können. Ich bedaure sehr, dass Sie den Ordnungsanträgen von Erich Hess nicht zugestimmt haben.

Zu den Vorstössen: Die Motionäre haben sich leider zu wenig damit auseinandergesetzt, dass sie hier teilweise im Rahmen der Stadt Bern nicht legiferieren können. Sie wollen vom Ausland eingeflogene Esswaren verbieten. Sie alle wollen internationale Netzwerke wie die World Trade Organization (WTO). Nun wollen Sie verbieten, dass Produkte aus Spanien oder Lachs aus Norwegen eingeflogen werden. Das ist aufgrund der Wege nicht möglich. Wir werden ein Verfahren am Hals haben, wenn die Schweiz unabhängig von der WTO eigene Transportwege eröffnen will. Wollen Sie, dass der Wein aus Italien wieder mit dem Maultier über den Gottardpass gebracht werden muss? Dieser Vorstoss zielt nämlich in diese Richtung.

Zum Traktandum 18: Ich muss Ihnen diesbezüglich meine Interessenbindungen offenlegen. Ich habe eine Tochter, die sehr gerne Fleisch isst. Sie würde zu diesem Vorstoss klar Nein sagen und unzufrieden sein damit. Es handelt sich um Umerziehung, wie damals 1975 in Vietnam, als die Amerikaner abgezogen sind. Man hat begonnen, die Leute umzuerziehen. Sie

wollen den Verzicht auf Fleisch und Fisch – sogar Fisch wollen Sie verbieten! – in allen Essensangeboten, in denen die Stadt Bestellerin oder Anbieterin ist. Ich als Jurist will nicht wissen, welches die Begründung dafür ist, sondern einzig, wie der Antrag lautet. Wenn das der Antrag ist, hat die Stadt nicht mehr viel zu entscheiden. Die Stadt will es als Richtlinienmotion annehmen. Aber es geht doch nicht an, dass den Leuten das Fleischessen verboten wird. Ich habe bereits in einem Votum zum Verkehr gesagt, dass Sie uns als nächstes das Fleisch verbieten wollen. Ich hatte recht und wir haben alle gewusst, dass wir heute noch darüber sprechen werden. Das ist Umerziehung und keine Freiheit, es ist diktatorisch. Ich lehne das klar ab. Auch vom juristischen Gesichtspunkt her ist die Formulierung «bei denen die Stadt Bestellerin oder Anbieterin ist» unmöglich. Wenn Sie als Kita mit einem Metzger einen – vielleicht mehrjährigen – Vertrag abgeschlossen haben, müssen Sie diesen umgehend kündigen. Das ist absolut jenseitig.

Zum Traktandum 19: Ich bin auch der Meinung, dass Food Waste bekämpft werden muss. Ich gehe häufig auf dem Markt einkaufen und kaufe keinen Sack mit 25 Karotten, sondern lediglich zwei oder drei Stück, die ich dann verwerten kann – ich mag sie nicht besonders. Aber wenn Sie hier weitergehen wollen, geht das zu weit. Auch die Forderung unter Traktandum 20 ist absolut jenseitig. Ich habe insofern zur Kenntnis genommen, dass auch der Gemeinderat findet, dass dies zu weit geht. Auch das Verbot von Plastiksäcken geht nicht, Sie können keine städtische Klimapolitik betreiben und die Migros in der Stadt Bern dazu zwingen, keine Plastiksäcke mehr zu haben, während die Migros in Zollikofen das noch darf. Auf welchem Planeten leben Sie eigentlich?

Timur Akçasayar (SP): Zum Traktandum 19: Vor einigen Wochen hat Stadtgrün Bern zur Besichtigung einer Kompostieranlage im Seeland eingeladen, wo unser Kompost landet. Was ich dort gesehen habe, hat mich schockiert. Es gab einen riesigen Berg von frischem Gemüse und Obst, das problemlos gegessen werden könnte. Dieses Gemüse und diese Früchte kamen nicht aus einem Restaurant oder aus Haushalten, sondern aus den Grossverteilern. Es ist tragisch, wir haben in diesem Land ein grosses Problem mit Food Waste. Das einzig Positive daran ist, dass die Produkte in einer Vergärungsanlage landen und anschliessend zu Biogas werden. Ich teile Ihr Anliegen, trotzdem handelt es sich um den falschen Weg, den Sie hier aufzeigen. Insbesondere was das «Containern» anbelangt. Als Sozialdemokrat kann ich dem leider nicht zustimmen. Ich finde es menschenunwürdig, zu sagen, dass man sich in den Abfallcontainern bedienen gehen dürfe. Ich habe einen anderen Anspruch an die Politik, nämlich den, dass es gar nicht so weit kommen darf, dass die Leute Nahrungsmittel aus den Müll-eimern holen müssen und dass diese überhaupt dort landen. Der Ansatz bleibt auch bei grösster Sympathie für diesen Vorstoss und das Anliegen aus meiner Sicht falsch. Bitte interpretieren Sie dies nicht falsch.

Thomas Glauser (SVP): Ich möchte Stellung nehmen zum Votum von Gabriela Blatter, die gesagt hat, dass es nicht umweltschonend ist, das Viererfeld nicht zu überbauen. Ich komme nochmals darauf zurück. Ich möchte Sie nicht zu Landwirten machen – mit solchen Ansichten werden Sie das sehr wahrscheinlich ohnehin nicht so schnell – aber eine Fruchtfolgeregelung auf einem Ackerland ist sehr wichtig. Beispielsweise ist die Zuckerrübe eine der interessantesten Pflanzen, die ein Landwirt anbauen kann. Daraus wird einheimischer Zucker produziert, damit kein Rohrzucker mit dem Flugzeug in die Schweiz importiert werden muss. Wenn Sie das Viererfeld entsprechend aber vernichtet und die Zielpolitik nicht verfolgt haben, gebe ich Ihnen ein kleines Beispiel: Eine Hektare Zuckerrüben – eine Hektare entsprechen 10 000 Quadratmetern – ergibt rund 20 Tonnen Zucker pro Jahr. 20 Tonnen Zucker! Im Viererfeld stehen 6,5 Hektaren zur Verfügung, auf denen entsprechend 130 Tonnen Zucker produziert werden könnten. Sie können selbst ausrechnen, welchen Zuckerbedarf ein Mensch

pro Tag hat. Hinzukommt, dass Zuckerrüben Pflanzen sind, die pro Hektare 26 Tonnen Sauerstoff mit Kohlendioxid binden. Das heisst, wenn wir 6,5 Hektaren Zuckerrüben haben, werden 169 Tonnen neuer Sauerstoff produziert. Das ist Klimapolitik, meine Damen und Herren. Ich bin dafür, dass man das Viererfeld in der Stadt unbebaut lässt und allenfalls dem städtischen Betrieb – die Stadt verfügt über einen Landwirtschaftsbetrieb – anschliesst. Dort kann für das Klima in der Stadt etwas getan werden.

Thomas Fuchs (SVP): Was hier heute abläuft, ist einmal mehr ein Theater. Wir lassen uns von der Klimasekte vorführen für Vorstösse, bei denen es sich um richtigen Bullshit handelt und die überhaupt nichts ändern, ob sie nun heute oder in zwei Wochen oder in zwei Monaten beschlossen werden. Das hat null Einfluss. Aber nein, man muss es durchstieren und gross angeben, wie wichtig das sei, ansonsten gehe die Menschheit zugrunde. Die Menschheit geht wegen Leuten wie Ihnen zugrunde, die hier solchen Mist vorgeben und das Gefühl haben, die Mehrheit werde Ihnen folgen. *Unterbrechung*

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer* unterbricht das Votum: Ich bitte Sie um Mässigung bezüglich der Sprache.

Thomas Fuchs führt sein Votum fort: Sehen Sie sich die leere Galerie an, es sind keine Journalisten mehr anwesend. Es bringt nichts und ich hoffe, es schreibt auch niemand darüber. Wir lehnen alle Vorstösse ab. Ich lasse mich von der Klimasekte nicht nötigen und werde nach Traktandum 21 nachhause gehen. Die Zeit kann besser genutzt werden als hier mit Ihnen.

Erich Hess (SVP): Ich kritisiere den Stadtratspräsident massiv, da er die Traktanden 18 bis 21 in denselben Block genommen hat. In den einzelnen Vorstössen geht es um unterschiedliche Inhalte. Wenn man einen Block bilden will, muss es sich bei den einzelnen Vorstössen um dieselben Inhalte handeln. Ansonsten wird das Parlament politisch kastriert. Wenn so viele Vorstösse, die inhaltlich unterschiedliche Dinge betreffen, in denselben Block genommen werden, wird jeder einzelnen Fraktion sowie jedem einzelnen Parlamentarier die Redefreiheit von nur einem Vorstoss gewährt. Das kritisiere ich, da es aus meiner Sicht dem Stadtratsreglement zuwiderläuft.

Zum Traktandum 21: Wie viele Plastiksäcke landen schlussendlich im Meer? Plastik ist grundsätzlich nichts Schlimmes, sondern etwas sehr Effizientes. Zum Beispiel Gurken, die in Plastik eingepackt werden, halten um einiges – bis zu zwei Drittel! – länger als ohne Plastikverpackung. Im selben Traktandenblock werden nun also Themen wie Food Waste und Plastik behandelt. Eingepackte Gurken werden weniger rasch zu Food Waste. Deshalb sind es Themen, die effektiv nicht zusammenpassen. Mittlerweile haben Migros und Coop wegen den grünen Leuten, die überall in der Stadt Bern herumschwirren, die Plastikpräservative von den Gurken wieder entfernt. Sie haben aber nicht gemerkt, dass die Gurken deswegen weniger lange haltbar sind. Schlussendlich werden die Konsumenten den Preis dafür bezahlen, weil all die schlechten Gurken, die von den Grossverteilern nicht mehr verkauft werden können, entsorgt werden müssen. Was passiert mit den weggeworfenen Gurken? Den Grossverteilern ist das egal, da sie die Preise 1:1 den Kunden weitergeben werden. Jetzt stehen wir im Vergleich zu den letzten 20 Jahren vor einer grossen Inflation und die Lebensmittelpreise werden in Zukunft massiv steigen. Aufgrund der steigenden Energiepreise von Gas, Heizöl und Strom erhöhen sich auch die Produktionskosten. *Unterbrechung*

Der Stadtratspräsident bittet den Votanten darum, zum Schluss zu kommen.

Erich Hess setzt sein Votum fort: Dasselbe gilt bei den Transportkosten. Schlussendlich müssen die Konsumenten dafür bezahlen. Unter dem Strich sind Sie somit Inflationstreiber, wenn Sie die Vorstösse unterstützen. Ich bitte Sie, die Vorstösse alle abzulehnen.

Direktor SUE *Reto Nause:* Es ist für mich ein lehrreicher Abend über Zuckerrüben, Gurken etc. Da die Medientribüne bereits leer ist – wie von Thomas Fuchs treffend festgestellt wurde – fasse ich mich kurz. Zum Traktandum 18 habe ich von den Motionärinnen nicht gehört, dass sie einer punktweisen Abstimmung zustimmen, sondern sie wollen an der eingereichten Form festhalten. Ich muss Ihnen dazu folgendes sagen: Wir haben die Strassenreinigung, Entsorgung und Recycling Bern und Schutz und Rettung Bern - entschuldigen Sie bitte, diese Leute können Sie nicht alle zu Veganern zwangserziehen. Diese Leute sind kaserniert und verbringen Tag und Nacht in dieser Kaserne. Diesen Menschen vorschreiben zu wollen, dass sie nur noch vegan essen sollen, geht meiner Meinung nach nicht. Ich bin dankbar, dass die Motion unter Traktandum 19 – soweit ich dies verstanden habe – gemäss Antrag des Gemeinderats gewandelt wurde. Beim Traktandum 20 habe ich nicht gehört, dass es gewandelt worden wäre. Der Gemeinderat lehnt das ab – das sind die eingeflogenen Esswaren. Traktandum 21 wurde gewandelt und der Gemeinderat ist einverstanden, das als Postulat entgegenzunehmen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dem Gemeinderat folgen und wir die Zuckerrüben- und Gurkendebatte beenden können.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion Gammenthaler ab. (17 Ja, 38 Nein, 3 Enthaltungen) [Namen 041](#)

2019.SR.000115

19 Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #2: Foodwaste stoppen!

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 11. September 2019

Diskussion siehe Traktandum 18.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärinnen wandeln die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (46 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen 042](#)

2019.SR.000116

20 Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #3: Verbot für den Verkauf eingeflogener Esswaren!

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 11. September 2019

Diskussion siehe Traktandum 18.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärinnen wandeln die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. (24 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen 043](#)

21 Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #6: Verbot von Plastiksäcken

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 11. September 2019

Diskussion siehe Traktandum 18.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärinnen wandeln die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (47 Ja, 9 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen 044](#)

Erich Hess (SVP): Gemäss Stadtratsreglement dauert die Sitzung bis um 22.30 Uhr – in der Regel! Eine Regel kann gebrochen werden, wenn ein Traktandum einmal länger dauert. Dieser Traktandenblock hat ein wenig länger gedauert. Es kann nicht sein, dass wir nach dem reglementarischen Sitzungsende weitere drei Traktanden diskutieren. Mit diesem **Ordnungsantrag** bitte ich Sie, die Sitzung abubrechen, besten Dank.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Hess ab. (12 Ja, 36 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen 045](#)

- Die Traktanden 22 und 23 werden gemeinsam behandelt. –

2019.SR.000068

22 Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, GB/JA! (Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP/Katharina Gallizzi, GB): Klimanotstand – Kommission für den Klimaschutz schaffen

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 11. September 2019

Eva Chen (AL) für die Motionär*innen zum Traktandum 22: Ich spreche stellvertretend für Tabea Rai. Es ist höchste Zeit, dass die Klimamassnahmen mit der nötigen Dringlichkeit behandelt werden. Bereits die Tatsache, dass der Vorstoss nicht als dringlich erklärt wurde,

zeigt uns, dass einige die Klimakrise noch nicht ernst genug nehmen. Der Umfang der Antwort des Gemeinderats entspricht ungefähr der Ernsthaftigkeit respektive der Legitimität, die der Klimakommission zugesprochen wird. Wir sind nicht derselben Meinung wie der Gemeinderat, dass die Kommission unseren Motionsforderungen entspricht. Wir Motionär*innen fordern, dass der Gemeinderat eine Klimakommission schafft, und zwar unter Einhaltung einiger Kriterien. Erstens sollen alle Gemeinderät*innen und alle Ämter, die eine besondere Verantwortung für die Massnahmen zum Klimaschutz haben, vertreten sein. Gemeinderat Reto Nause für die SUE ist vertreten. Aber wie sieht es mit den anderen Gemeinderät*innen aus? In allen Direktionen ist es wichtig, dass dringend nötige Klimamassnahmen umgesetzt werden. Je nach Themenbereichen sollten die Gemeinderät*innen der betroffenen Direktionen an den Sitzungen der Klimakommission anwesend sein, so beispielsweise die BSS, wenn es darum geht, dass Klimamassnahmen auch sozialverträglich sein sollen. Die Punkte 2, 3 und 4 fordern, dass der Gemeinderat die Kommission ausschliesslich mit den aus dem Klimanotstand resultierenden, besonderen Aufgaben betraut. Er soll der Kommission die nötigen Kompetenzen erteilen, damit sie entscheidungs- und handlungsfähig ist und nötige Massnahmen beschliessen respektive dem Parlament oder der Bevölkerung vorlegen kann. Die Kommission soll in engem, regelmässigem Austausch mit der Bevölkerung stehen und auch die Bevölkerung soll ihre Vorschläge und Ideen aus einer verwaltungsexternen Perspektive einbringen können. Diese Punkte sind unserer Ansicht nach noch nicht erreicht. Die Kommission hat sich im September 2021 das erste Mal getroffen und bisher haben zwei geplante und eine ausserordentliche Sitzung stattgefunden. Das entspricht sicherlich nicht der nötigen Sitzungskadenz, die der Dringlichkeit der Klimamassnahmen entspricht. Die Klimakommission hat aber auch nicht die dringend notwendigen Kompetenzen, um wirklich etwas bewirken zu können. Es ist an der Zeit, dass wir endlich einem Notstand entsprechend handeln und nicht nur Massnahmen treffen, die sich auf der Homepage – wie in einem Hochglanzprospekt – gut präsentieren lassen. Wir bitten Sie deshalb, die Motion anzunehmen und hoffen, der Gemeinderat nimmt seine Aufgabe anschliessend auch ernst.

Matteo Micieli (PdA) für die Motionärin zum Traktandum 23: Traktandum 23 dreht sich um fast dasselbe Anliegen wie das von Eva Chen bereits ausgeführte. Eine Wiederholung schadet aber nicht, da im Nachgang ohnehin zu wenig passieren wird. Auch die Motion von Zora Schneider verlangt, dass es ein unabhängiges, wissenschaftliches Begleitgremium geben soll, das ergänzende Massnahmen vorschlägt. Seither ist viel passiert, beispielsweise wurde die Energiekommission zur Energie- und Klimakommission erweitert, was einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet. Der Controlling-Bericht ist öffentlich einsehbar und man kann dazu Stellung nehmen, sei es als Privatperson oder im Kollektiv organisiert. Die Arbeit der besagten Klimakommission geht aber noch deutlich zu wenig weit. Auch viel weniger weit, als es meine Kollegin mit ihrer Motion im Sinn hatte. Es gibt noch viel Luft nach oben. Somit fällt die Antwort des Gemeinderats sehr unbefriedigend aus, weil die Klimakommission – wie von meiner Vorrednerin erwähnt – nicht viel mehr als ein «Abnick-Gremium» darstellt. Die Kommission trifft sich zwar, dies aber viel zu selten. Der Einbezug der Öffentlichkeit ist zwar möglich und gewährleistet, wie der Gemeinderat schreibt, ist aber nicht für die breite Öffentlichkeit institutionalisiert, was bei diesem Thema sehr zentral wäre. Den Controlling-Bericht durchlesen zu können, wie der Gemeinderat schreibt, ist aus unserer Sicht unzureichend. Ein breiter Einbezug der Öffentlichkeit muss zu Verhaltensänderungen führen können. Da sind wir alle in der Pflicht. Wer aus der Zivilgesellschaft, wer von ausserhalb dieser Kommission weiss schon von diesem Controlling-Bericht oder überhaupt von dieser Kommission. In diesem Zusammenhang ist ausserdem sehr undurchsichtig, wer in diesem Gremium mitmachen darf und wer nicht. Auch die Art und Weise, wie die Auswahl getroffen wird und wer darüber entscheidet, wer aus der Zivilgesellschaft dabei sein darf sowie welche NGO vertreten sind, ist nicht trans-

parent. Es wirkt auf uns, als hätte dies jemand allein entschieden. Damit die Klimakommission nicht einzig für das gute Gewissen erstellt worden ist und als erledigte Forderung vorgewiesen werden kann, hat unsere Fraktion bereits das vorvorletzte Mal, als wir versucht haben, die Klimamassnahmen zu besprechen, eine Motion eingereicht, die fordert, dass die Klimakommission ausgebaut wird. Es muss noch viel mehr gemacht und öffentlich diskutiert werden, es muss mehr Verantwortung übernommen und es müssen mehr Geschäfte der Gemeinde auf klimarelevante Massnahmen überprüft werden. Wir werden die vorliegende Motion annehmen und die Abschreibung ablehnen, da es nichts abzuschreiben gibt, da noch nichts erledigt ist.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich habe viel Verständnis für die Vorstösse von Luzius Theiler und konnte auch viele davon unterstützen. Diesen aber lehnen wir als Fraktion SVP ganz klar ab. Man will eine weitere Kommission für den Klimaschutz schaffen, in der die Gemeinderäte und die Ämter mit einer besonderen Verantwortung für die Klimaschutzmassnahmen vertreten sein sollen. Man will eine weitere Kommission, die vor allem mit internen Leuten bestückt ist. Weiter soll die Kommission ausschliesslich mit den aus dem Klimanotstand resultierenden besonderen Aufgaben betraut werden. Es besteht die Zielsetzung, bei den Treibhausgasemissionen bis 2030 eine Netto-Null zu erreichen, ohne Einplanung von Kompensationstechnologien. Drittens sollen der Kommission für den Klimaschutz die notwendigen Kompetenzen erteilt werden, damit sie entscheid- und handlungsfähig ist, um die notwendigen Massnahmen zu beschliessen respektive dem Parlament oder der Bevölkerung vorzulegen. Viertens soll die Kommission in engem, regelmässigem Kontakt mit der Bevölkerung stehen, damit diese ihre Vorschläge und Ideen zur Erreichung der Zielsetzung der Vision aus verwaltungsexterner Perspektive einbringen kann. Es muss ehrlich gesagt werden, dass wir eine Gemeindeordnung und ein Geschäftsreglement des Stadtrats haben. Man kann nicht irgendeine Kommission einsetzen, dies sich über all die gesetzlich vorgesehenen Grundordnungen hinwegsetzt und anschliessend eigenes Recht fassen kann. Es ist eine Kommission, von der wir nicht wissen, wie sie gewählt werden soll. Es wird gesagt, dass die Jugendbewegung mit den weltweiten Protesten, bestimmt, was man alles machen muss. Es kann nicht sein, dass von nun an der Grundsatz «vox populi vox Dei» gelten soll. Eine solche Kommission soll wahrscheinlich so eingesetzt werden, dass schlussendlich das Autofahren in der Stadt verboten und alle die von uns abgelehnten Vorstösse wie das Verbot von Fleisch und Fisch in städtischen Kantinen über Umwege umgesetzt werden können. Das ist undemokratisch. Deshalb ist eine solche Kommission meiner Meinung nach überflüssig, ausser es würde sich um eine beratende Kommission handeln. Das ist aber nicht der Fall, denn es heisst – und das stösst mir sauer auf –, dass die Kommission Massnahmen durchsetzen respektive beschliessen und dem Parlament vorlegen kann. Das geht zu weit und ich sehe gewaltige Probleme. Mit dieser Formulierung können wir das nicht zulassen. Ich bin durchaus für die Einbindung der Bevölkerung. Aber mit dieser Kommission geht das zu weit. Des Weiteren handelt es sich wiederum um eine interne Vernetzung von allen Gemeinderäten und Ämtern. Wir haben bereits sehr viele Koordinationssitzungen, deshalb lehnen wir diesen Vorstoss vehement ab. Allenfalls beantragen die Motionäre eine punktweise Abstimmung, wir sind aber trotzdem dagegen.

Zum Traktandum 23: (*Liest den Vorstoss vor*). Es mutet wie ein Teach-in in den 1968er Jahren an, bei dem gesagt wird, was bei einer Sache gut und was nicht gut ist. Wir wollen das nicht. Wir haben gewählte Vertreter und die Sache sollte klar sein. Es ist unnötig, ein moralisaures Gremium einzusetzen, dass uns dann sagt, wie man es machen sollte. Wenn ich und meine Tochter in diesem Gremium sässen, sähe das anders aus in den Kitas, es gäbe genü-

gend Fleisch. Für mich stellt dieser Vorstoss klar ein Problem der demokratischen Legitimation dar. Ich hege grösste Vorbehalte dagegen und lehne ihn ab. Hören Sie sich das an: «Ein Viertel der Sitze dieses Gremiums sollen von interessierten Personen aus der Bevölkerung, die keine mit dem Thema verbundenen ökonomischen Interessen haben, besetzt werden und Dreiviertel mit geeigneten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.» Es stellt sich die Frage, was passieren würde, wenn Erich Hess und ich in diese Kommission gehen würden, hätten wir Zugang dazu? Sind wir geeignete Personen oder nicht? Für mich stellt diese Auswahl bereits ein undemokratisches Vorgehen dar und ich denke, dass es mit unseren gewählten Vertretern und der Gemeindeordnung sowie dem Geschäftsreglement nicht vereinbar ist. Weiter heisst es, dass sich dieses Gremium ausserhalb des Berichtszyklus öffentlich zur städtischen Klimapolitik äussern und dabei die Schwierigkeiten benennen kann, die einer Lösung der Probleme im Weg stehen. Viele Dinge, die Sie tun, sind kontraproduktiv. Sie haben es vorhin gehört, die wirksamen Massnahmen zum Klimaschutz sind der Erhalt des Viererfelds und die Erstellung eines Marziparkes – das Viererfeld ist wichtig, diesbezüglich lasse ich mir nichts anderes sagen! Sie hören einfach nicht gerne, dass wir das Viererfeld erhalten wollen und gegen das Provisorium für die Flüchtlinge sind, weil die Fruchtfolgefläche nicht genutzt werden kann. Es gibt in Huttwil, Aarberg und Lyss zahlreiche leerstehende Wohnungen, wo diese Leute untergebracht werden könnten. *Unterbrechung*

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer* unterbricht das Votum: Bitte bleiben Sie beim Thema, dies ist nicht Gegenstand der Debatte.

Alexander Feuz führt sein Votum fort: Ich habe einzig auf einen Zwischenruf aus dem Saal reagiert und Ihnen einige konkrete Klimamassnahmen vorgeschlagen, die der Bevölkerung nutzen würden. Die wirkungsvollste Massnahme lehnen Sie ab und beklatschen die Zerstörung der Fruchtfolgefläche auf dem Viererfeld.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion GB/JA! Ich weiss nicht, was sich der Gemeinderat bei der Beantwortung der Vorstösse gedacht hat. Gemäss der Antwort des Gemeinderats ist nämlich die Schaffung der Energie- und Klimakommission – die Forderung der Motion für eine Kommission für Klimaschutz – erfüllt. Diese Meinung teilt unsere Fraktion nicht. Die Energiekommission ist zwar im Jahr 2019 zu einer Energie- und Klimakommission erweitert worden, inklusive Vertreter*innen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Mobilität und Wissenschaft, was sehr zu begrüssen ist und sicherlich auch noch Erweiterungsmöglichkeiten mit sich bringt. Aber die ersten Treffen der neu zusammengesetzten Kommission, die erst im Sommer 2021 stattfanden, lassen noch zu wünschen übrig. Die Motion fordert, dass der Kommission für den Klimaschutz die notwendigen Kompetenzen zu erteilen sind. Nach den wenigen Treffen im Sommer 2021 ist weiterhin unklar, über welche Kompetenzen und Handlungsspielräume die Energie- und Klimakommission eigentlich verfügt. Momentan scheint die Kommission vor allem Geschäfte der Verwaltung zu spiegeln. Von der Möglichkeit, auf Eigeninitiative hin zu agieren, scheint die Kommission noch weit entfernt zu sein. Wir hoffen, dass sich dies in Zukunft ändert und Kompetenzen sowie Handlungsspielräume endlich geklärt werden. So wird hoffentlich auch transparenter, wer und vor allem aus welchem Grund jemand in der Kommission vertreten ist. Als Zweites fordert die Motion, dass die Kommission in engem und regelmässigem Kontakt zur Bevölkerung stehen soll. Auch in diesem Punkt wird die Energie- und Klimakommission den Ansprüchen nicht gerecht. Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, die Arbeitsweise der Kommission entsprechend anzupassen, damit die Bevölkerung besser in deren Arbeit eingebunden werden kann und so für den Stadtrat transparenter wird, wofür die Kommission da ist. Somit kann aus unserer Sicht nicht behauptet werden, dass die Forderungen der Motion erfüllt sind, und wir empfehlen deshalb die Vorlage zur Annahme.

Zum Traktandum 23: Wir nehmen die Motion an und verzichten auf die Abschreibung. Wie die Motionär*innen sind wir ebenfalls der Meinung, dass es dringend einen öffentlichen Diskurs darüber braucht, wie wir als Gesellschaft zusammen zum Ziel kommen können. Massnahmen, die top-down entschieden und implementiert werden, stossen eher auf Widerstand als Massnahmen, die man gemeinsam mit der Bevölkerung – also bottom-up – ausarbeitet. Das ist wissenschaftlich belegt und wir konnten es bestens beim CO²-Gesetz beobachten. Als Stadt, die sich die Teilhabe auf die Fahne schreibt, sollten wir also keine Angst vor zusätzlichen Gremien und Mitsprachen der Bevölkerung haben. Gerade bei komplexen Themen, die häufig ideologisch festgefahren sind, eignen sich solche Gremien bestens, um eine weitere, wichtige Perspektive zur Problemlösung einzubeziehen. Das hat sich bereits erfolgreich im ausserparlamentarischen Klimarat in Frankreich sowie im Bürger*innenrat in Irland zum Abtreibungsgesetz gezeigt. Ich darf heute verkünden, dass vor zwei Wochen der erste Bürger*innenrat der Schweiz auf nationaler Ebenen lanciert worden ist, weil es nämlich nicht nur in der Klimapolitik nicht vorwärts geht, sondern insbesondere auch in unserem Landwirtschafts- und Ernährungssystem. Für eine Ernährungspolitik, die ausserhalb unserer festgefahrenen Strukturen Empfehlungen an die Politik ausarbeitet, braucht es solche Bürger*innenräte. Es freut uns, dass sich der Gemeinderat von der Energie- und Klimakommission gut beraten fühlt, aber die Arbeit in der Kommission ist nicht vergleichbar mit der Arbeit, die nötig wäre, um vor allem die Öffentlichkeit mitzunehmen und durch Einbindung der Bevölkerung ein Bewusstsein zu schaffen. Deshalb empfehlen wir die Motion zur Annahme und sprechen uns gegen eine Abschreibung aus.

Regula Bühlmann (GB): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass die Redner*innenliste geschlossen wird. Gemäss Ratsreglement – Nadja Bischoff, Leiterin des Ratssekretariats, kennt den Artikel, wir haben diesen vorgängig nachgeschaut – kann die Schliessung der Redner*innenliste jederzeit verlangt werden. *Unterbrechung*

Laute Stimmen im Saal.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer* unterbricht das Votum: Wir werden die Beschwerde entgegennehmen müssen. Das Ratsreglement gibt offensichtlich im Artikel 51 die Möglichkeit, die Rednerliste jederzeit zu schliessen. Wenn das so im Ratsreglement steht, muss ich den gestellten Antrag entgegennehmen. Ausserdem wird über Ordnungsanträge nicht diskutiert, auch dies steht im Ratsreglement.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Bühlmann zu. (38 Ja, 10 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 046

Erich Hess (SVP): Dieses höchst undemokratische Vorgehen, das bei so wichtigen Vorstössen – *Unterbrechung*

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer* unterbricht das Votum: Erich Hess, wir sprechen nicht über den gestellten Ordnungsantrag. Bitte stellen Sie Ihren Ordnungsantrag. Es gibt keine Diskussion über Ordnungsanträge.

Erich Hess führt sein Votum fort: Deshalb stelle ich nun den nächsten Antrag. Ich stelle den **Ordnungsantrag** auf sofortigen Abbruch der Sitzung, aufgrund der Tatsache, dass es mittlerweile 23.24 Uhr ist. Sobald die Sitzung länger als 23.30 Uhr dauert, hat der Stadtrat wieder viel Geld aus dem Fenster geworfen, weil jeder Stadtrat ein zusätzliches Sitzungsgeld erhal-

ten wird. Deshalb bitte ich Sie darum, die Sitzung umgehend abubrechen. Das Thema können wir nächstes Mal weiter diskutieren, es wäre ein absoluter Affront dem Steuerzahler gegenüber, wenn ab 23.30 jeder wieder ein Sitzungsgeld zugute hätte.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Hess ab. (9 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 047

Alexander Feuz (SVP): Man kann eine Rednerliste schliessen, aber dazu gehört, dass man vorgängig die Möglichkeit hatte, sich überhaupt einzutragen. Vorher haben die Einzelsprecher – *Unterbrechung*

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer* unterbricht das Votum: Alexander Feuz, wir diskutieren nicht über Ordnungsanträge.

Alexander Feuz führt sein Votum fort: Ich stelle formell den **Ordnungsantrag**, dass auf die vorherige Debatte zurückzukommen sei, weil die Gelegenheit gefehlt hat, sich als Einzelsprecher anzumelden, der Stadtratspräsident falsch informiert hat sowie unfähig ist, die Sitzung zu leiten.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Feuz ab. (9 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 048

Erich Hess (SVP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass wir nur noch diese beiden Abstimmungen machen und das nächste Traktandum nicht mehr heute behandeln. Wir sind ein Milizparlament und müssen morgen alle arbeiten, ausser Sie arbeiten beim Bund, einer Gemeinde, bei der SBB oder der Post, dann können Sie morgen vielleicht ausschlafen. Im Ratsreglement ist das Sitzungsende auf 22.30 Uhr festgelegt. Es ist jetzt 23.27 Uhr, in drei Minuten wird ein weiteres Sitzungsgeld fällig, deshalb müssen wir diese Sitzung sofort abbrechen, damit der Steuerzahler nicht mit weiteren, unnötigen Kosten belastet wird.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Hess ab. (12 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 049

Direktor SUE *Reto Nause:* Folgen Sie dem Gemeinderat und schreiben Sie diese Motion ab, der Steuerzahler dankt es Ihnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (40 Ja, 9 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 050

2019.SR.000148

23 Motion Zora Schneider (PdA): Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürger sollen bei ökologischen Massnahmen und Klimamassnahmen zu Wort kommen!

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

Bern, 16. Oktober 2019

Diskussion siehe Traktandum 22.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich. (39 Ja, 9 Nein, 1 Enthalten) [Namen 051](#)
3. Der Stadtrat schreibt die Motion ab. (33 Ja, 19 Nein, 1 Enthalten) [Namen 052](#)

2019.SR.000120

24 Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #8: Flugverbot für Dienstreisen

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 22. Mai 2019

Eva Krattiger (JA!) für die Motionärinnen: Ich spreche zum letzten Mal, nicht nur für heute, sondern allgemein, und freue mich sehr, dass ich dieses Votum noch halten kann. Wir fordern in dieser Motion, dass städtische Angestellte für Dienstreisen nicht mehr das Flugzeug benutzen dürfen, sondern den Zug nehmen müssen. Es freut uns, dass der Gemeinderat einen Teil unseres Vorstosses bereits umgesetzt hat, bevor dieser vom Stadtrat überwiesen worden ist. So sind Flüge für Dienstreisen in der Schweiz und in Mitteleuropa grundsätzlich nicht erlaubt. Falls ein Reiseweg mehr als zwölf Stunden beträgt, kann der Gemeinderat in begründeten Fällen eine Flugreise innerhalb von Mitteleuropa genehmigen. Auch Interkontinentalflüge sind nicht erlaubt. Aber auch hier entscheidet der Gemeinderat über Ausnahmen. Die Vorgaben tönen schön und gut, wie effektiv diese aber tatsächlich sind, ist abhängig von den Ausnahmen, die der Gemeinderat bewilligen kann. In welchen begründeten Fällen darf jemand innerhalb von Mitteleuropa fliegen? Reicht dafür bereits ein Städteaustausch oder ein Treffen mit den Gehl-Architekten in Kopenhagen? *Unterbrechung*

Der Stadratspräsident bittet um mehr Ruhe im Saal.

Eva Krattiger führt ihr Votum fort: Und welche Begründung wäre für einen Interkontinentalflug nötig? Zum Beispiel ist der Stadtpräsident Alec von Graffenried Mitglied des Global Parliament of Mayors. Das Netzwerk trifft sich einmal jährlich irgendwo in einer der Mitgliedstädte. *Unterbrechung*

Der Stadratspräsident bittet nochmals um mehr Ruhe im Saal.

Eva Krattiger führt ihr Votum fort: 2019 fand dieses Treffen in Durban in Südafrika statt. Ich nehme nicht an, dass der Stadtpräsident mit dem ÖV dorthin gelangte. Dieses Jahr findet das Treffen in Kattowitz in Polen statt. Laut SBB-Fahrplan dauert ein Weg mit dem ÖV mindestens 16 Stunden. Auch diese Reise fällt sehr wahrscheinlich unter die möglichen Ausnahmen. Solche Treffen sind für die Tätigkeiten als Stadtpräsident von Bern weder nötig, noch bringen sie einen Mehrwert, der nicht auch durch ein Online-Meeting möglich wäre. Warum eine Flugreise

für solche Events gerechtfertigt sein sollte, ist für uns fraglich. Die Ausnahmen, die heute in der Mobilitätspolicy der Stadt Bern festgehalten sind, braucht es deshalb nicht. Die Coronapandemie hat aufgezeigt, wie viele Treffen auch online möglich sind und wie viele Reisen sich damit verhindern lassen. Wir bitten Sie, unserer Motion zuzustimmen und die heute vorhandenen Ausnahmen für Flugreisen zu streichen.

Fraktionserklärungen

Erich Hess (SVP) für die Fraktion SVP: Ich begreife diesen Rat nicht. Sie arbeiten nicht effizient. Was ist effizienter? Eine achtstündige Reise mit dem Auto oder dem Zug oder eine kurze Flugreise von ungefähr 1,5 Stunden? Können Sie sich vorstellen, wie viel ein Beamter kostet? Es interessiert Sie wahrscheinlich nicht, weil die meisten von Ihnen wahrscheinlich in einer Verwaltung arbeiten. Es kann nicht sein, dass man für eine Dienstreise nicht das effizienteste Verkehrsmittel einsetzt. Was ist Effizienz? Effizienz ist Zeit und Nutzen. Wahrscheinlich sind Sie der Meinung, dass die Beamten nicht ausgelastet sind und man ihnen zumuten kann, dass sie nicht mehr fliegen dürfen, auch wenn es kosteneffizienter und schneller wäre. Das eine ist der Flugpreis und das andere die Zeit, die die städtischen Mitarbeiter kosten. Welche Faktoren gibt es sonst noch? Nicht mehr viele. Zahlen müssen wir den Lohn ohnehin. Wahrscheinlich könnte ich Ihnen sogar recht geben, da der Beamte auf diese Weise weniger Zeit hätte, solche dummen Vorstösse vorzubereiten, die er dem einen oder anderen Parlamentarier hier im Rat eingeben kann. Dem Klima haben Sie damit keinen Millimeter geholfen. Aus dem einfachen Grund, dass das Flugzeug ohnehin fliegt, ob ein städtischer Mitarbeiter darin sitzt oder nicht. Es kann nicht sein, dass wir nicht für Effizienz sind. Warum hinken wir als Stadt Bern zuhinterst nach? Schauen Sie, wie sich Zürich, Genf, Lausanne und Basel entwickeln und wir in Bern keinerlei Weiterentwicklung der privaten Wirtschaft vorweisen können, nur weil wir rot-grüne Bremsklötze haben, die die gesamte Verwaltung und die gesamte Wirtschaft lahmlegen. Ich verstehe es einfach nicht. Auch in Zürich gibt es selbstverständlich rot-grüne Politiker, die das gerne sähen und den vorliegenden Vorstoss unterstützen würden. Aber die sind so intelligent, dass sie einen solchen Vorstoss gar nicht erst eingeben. Gut, sie haben in Zürich bereits Dümmeres überwiesen. Ich bitte Sie, solche unseriösen, undurchdachten und ineffizienten Vorstösse abzulehnen.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Wir sind uns nicht einig, ich und Erich Hess. Ich unterstütze den Vorstoss. Ich muss mich zuerst noch entschuldigen für meine vorgängige Heftigkeit. Es ärgert mich, wenn zusätzliches Sitzungsgeld ausbezahlt werden muss. Wir erhalten nun drei Sitzungsgelder, der Stadtratspräsident erhält – vielleicht war das auch der Grund – jeweils das doppelte Sitzungsgeld und hat nun 780 Franken verdient und nicht nur 390 Franken. Das wollte ich noch anführen.

Zum Traktandum 24: Der Auslöser für meine Unterstützung war die Reise des Stadtpräsidenten nach Südafrika. Wenn es für die Stadt Bern so wichtig ist, nach Südafrika zu reisen, könnte der Stadtpräsident auch mit dem Zug anreisen. So hätten wir vielleicht eine Zeit lang weniger Probleme, weil er weiter weg wäre. Es wird stets auf die Effizienz verwiesen, deshalb müsste man sich bei solchen Reisen überlegen, ob es überhaupt nötig ist, dorthin zu reisen oder nicht. Deshalb sind das meine persönlichen Beweggründe, weshalb ich im Sinn einer effizienten Stadtverwaltung, wie sie auch Erich Hess unterstützt, dem Vorstoss zustimme. Ist es wichtig, dass der Stadtpräsident eine Zwischenlandung macht und irgendwo noch karitativ Velo fährt? Wenn man das nicht will, muss man den Vorstoss unterstützen. Ich stimme dem Vorstoss zu.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: In der ersten Pultreihe liegen Listen auf, auf denen sich diejenigen unter Ihnen eintragen können, die auf das dritte Sitzungsgeld verzichten möchten. Man kann sich mit einer Unterschrift eintragen und damit seinen Verzicht ausdrücken.

Auf das Votum von Alexander Feuz möchte ich entgegenen, dass ich als Präsident tue, was das Parlament will, ich bin diesbezüglich Ihr Diener.

Alexander Feuz (SVP): Diese Listen sollten meiner Meinung nach vertraulich sein und nicht offen aufliegen, damit man frei entscheiden kann, ob man auf das Geld verzichten will oder nicht.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Wer nicht hier unterschreiben will, kann sich per E-Mail ans Ratssekretariat wenden.

Einzelvoten

Erich Hess (SVP): Ich möchte den Vorstoss aus einem anderen Gesichtspunkt anschauen. Aber grundsätzlich will ich nur sagen, dass diese Listen bisher sehr schlecht gebraucht worden sind. *Unterbrechung*

Der Stadtratspräsident bittet den Votanten, sich einzig zum Vorstoss zu äussern.

Erich Hess führt sein Votum fort: Ich bitte Sie, diesen Vorstoss im Sinn des Steuerzahlers abzulehnen. Wir müssen für die sehr teuren städtischen Mitarbeiter den effizientesten Hin- und Rückweg organisieren, damit sie nicht noch mehr kosten, wenn sie stunden- oder tage-lang untätig in einem Zug sitzen.

Gabriela Blatter (GLP): Ich möchte transparent machen, dass ich die Liste unterschrieben habe. Zum Vorstoss möchte ich folgendes festhalten, weil ich unter anderem zu denjenigen Leuten gehöre, die sehr häufig solche Dienstreisen machen müssen: Es ist nicht der Fall, dass man zehn Stunden im Zug sitzt und schläft, sondern man sitzt zehn Stunden im Zug und arbeitet konzentriert durch, weil niemand ein E-Mail schreibt und niemand anruft etc. Es handelt sich entsprechend um hocheffiziente Arbeitszeit. Vielleicht sollten wir alle Verwaltungsmitarbeitenden zwingen, einmal im Monat eine lange Zugreise zu machen, damit sie effizienter werden. Entschuldigen Sie bitte die Argumentation.

Zwischenrufe aus dem Saal. Der Stadtratspräsident bittet um Ruhe im Saal.

Michael Hoekstra (GLP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass die Rednerliste nach Johannes Wartenweiler geschlossen wird.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Hoekstra zu. (43 Ja, 4 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 053

Johannes Wartenweiler (SP): Uns zu nötigen, auf Sitzungsgelder zu verzichten, finde ich sehr unsouverän, nachdem man mit unzähligen Ordnungsanträgen die Sitzung verlängert hat. *Unterbrechung*

Der Stadtratspräsident bittet den Votanten, zur Sache zu sprechen.

Johannes Wartenweiler führt sein Votum fort: Man hat nun verschiedentlich und grundsätzlich äusserst negativ über die städtischen Angestellten gesprochen. Ich möchte zuhänden des Protokolls festhalten, dass das eine Diffamierung ist, die man so nicht stehen lassen kann.

Direktor SUE *Reto Nause:* Alexander Feuz, ich weiss nicht, warum Sie denken, dass unser Stadtpräsident mit dem Zug in Afrika herumkurvt. Gerade wenn irgendwelche Rocker auftauchen, wäre ich als Sicherheitsdirektor manchmal froh, könnte ich ab und zu im Zug herumkurven. Der Gemeinderat lehnt den Vorstoss in dieser Form ab. Wir haben das Verbot von Flugreisen innerhalb von Europa konsequent umgesetzt. Sie müssen aber wissen, dass die Stadt Bern Partnerschaften pflegt, beispielsweise eine Energiepartnerschaft mit Chile. Es ist sehr ineffizient, mit dem Schiff nach Chile zu reisen. Die Forderung des Stadtrats wurde verstanden, der Gemeinderat hat sie umgesetzt und ist nicht bereit, sie noch als Motion entgegenzunehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich. (24 Ja, 21 Nein, 5 Enthalten) [Namen 054](#)

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer:* Ich schliesse die Sitzung gerne mit der Bemerkung, dass wir heute 18 Vorstösse abgearbeitet haben, was 4,2% der anstehenden Vorstösse entspricht.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- 25 2018.SR.000251 Interpellation Michael Daphinoff/Milena Daphinoff (CVP): Auf welchen Betrag verzichtet die Stadt Bern mit der Vermietung ihrer Wohnungen zu kostendeckenden Mietzinsen?
- 26 2019.SR.000131 Interfraktionelle Motion CVP/BDP, FDP/JF, SVP (Michael Daphinoff, CVP/Barbara Freiburghaus, FDP/Alexander Feuz, SVP): Klare Vermietungskriterien für städtische Wohnungen, die zu kostendeckenden Mietzinsen vermietet werden
- 27 2019.SR.000122 Motion Fraktion GLP/JGLP (Melanie Mettler, GLP): GüWR-Verträge für GüWR-Wohnung
- 28 2019.SR.000134 Interfraktionelle Motion BDP/CVP, FDP/JF, SVP (Michael Daphinoff, CVP/Barbara Freiburghaus, FDP/Alexander Feuz, SVP): Systemwechsel beim günstigen Wohnraum
- 29 2019.SR.000226 Interpellation Luzius Theiler (GaP): Überbauung Mutachstrasse: Günstige Mietzinse nur für Wohlhabende?
- 30 2019.SR.000021 Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Geeignete Verfahren wählen und Rahmenbedingungen festlegen
- 31 2019.SR.000022 Motion Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Wohnflächenverbrauch begrenzen – Stadt geht voran
- 32 2020.SR.000397 Postulat Oliver Berger, Dolores Dana (FDP): Sicherstellung ausgewogener Mietermix in städtischen Liegenschaften
- 33 2021.SR.000034 Interpellation Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Anna Leissing, GB): Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass mit der Wohnstrategie die Folgen der Corona-Krise gelindert werden können?

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Motion Tanja Miljanovic (GFL) und Mirjam Roder (GFL): Transformationswissenschaften gehören in die Energie- und Klimakommission
2. Motion Tanja Miljanovic (GFL) und Mirjam Roder (GFL): Genderspezifische Aspekte der Klimakrise gehören in die Energie- und Klimakommission

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 23.45 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Die Protokollführerin

X

X

Manuel C. Widmer

Christine Otis